

Staat und Wirtschaft in Hessen

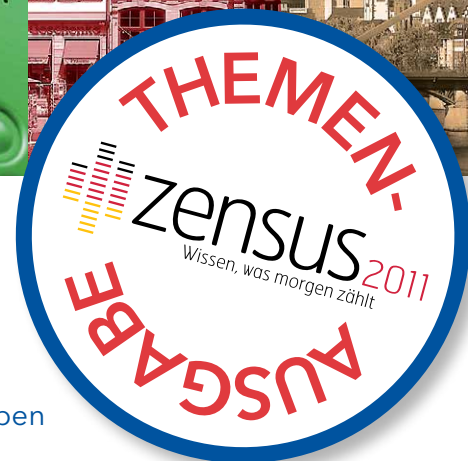
STATISTIK HESSEN

Heft Nr. 6, Juni 2013

68. Jahrgang



- Zensus 2011 – Kurzbeschreibung
- Vom Melderegister zur Einwohnerzahl
- Die Rolle der Melderegister
- Die Beteiligung der hessischen Kommunen
- Erhebungsstellen – Aufbau, Organisation und Aufgaben
- Zensus 2011 – Ihr Zugang zu den Ergebnissen
- Erste Ergebnisse des Zensus 2011
- Daten zur Wirtschaftslage
- Hessischer Zahlenspiegel



IMPRESSUM

ISSN 0344 – 5550 (Print)

ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden,
Rheinstraße 35/37

Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de

Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden,
Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt,
Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,50 Euro

(Doppelheft 13,00 Euro), Jahresabonnement 66,30 Euro (jew. inkl. Versandkosten)

PDF-Datei als kostenloser Download im Internet.

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen
Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle;

Telefon: 0611 3802-802 oder -807;

E-Mail: info@statistik-hessen.de

Umschlagfotos sowie Fotos auf den Seiten 165, 167, 173, 176, 181, 182,
185, 186, 187, 188: © Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Zeichenerklärung

– = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.

0 = Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle
nachgewiesenen Einheit.

. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

() = Ausgabewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.

/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsdaten ist
die Ausgangszahl kleiner als 100).

D = Durchschnitt.

s = geschätzte Zahl.

p = vorläufige Zahl.

r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsdaten und Salden
mit einem Vorzeichen versehen.

Positive Veränderungsdaten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig
von der Endsumme abweichen.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

am 31. Mai 2013 wurden die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 veröffentlicht. Nun liegen Bevölkerungszahlen, demografische Grunddaten und viele weitere Informationen, z. B. zur Ausbildung, zur Religionszugehörigkeit und zum Migrationshintergrund wie auch Informationen zum Gebäude- und Wohnungsbestand, flächendeckend für Hessen vor.

In dieser Themenausgabe von **Staat und Wirtschaft in Hessen** zum Zensus 2011 erfahren Sie im Detail, wie dieses methodisch und organisatorisch hoch komplexe Projekt abgelaufen ist, wie die Einwohnerzahlen ermittelt wurden und welche Rolle die Kommunen dabei spielten.

Darüber hinaus beinhaltet die Ausgabe eine kurze Zusammenstellung der Ergebnisse. Weitere Regionalergebnisse finden Sie unter www.statistik-hessen.de. Individuelle Auswertungsmöglichkeiten bietet die Auswertungsdatenbank unter www.zensus2011.de.

Der Zensus 2011 war ein Großprojekt der amtlichen Statistik. In den letzten sechs Jahren haben zeitweise bis zu 125 Personen im Hessischen Statistischen Landesamt daran mitgewirkt. Hinzu kamen unzählige kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Erhebungsbeauftragte in den örtlichen Erhebungsstellen. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement danken.

Ich wünsche eine interessante Lektüre.

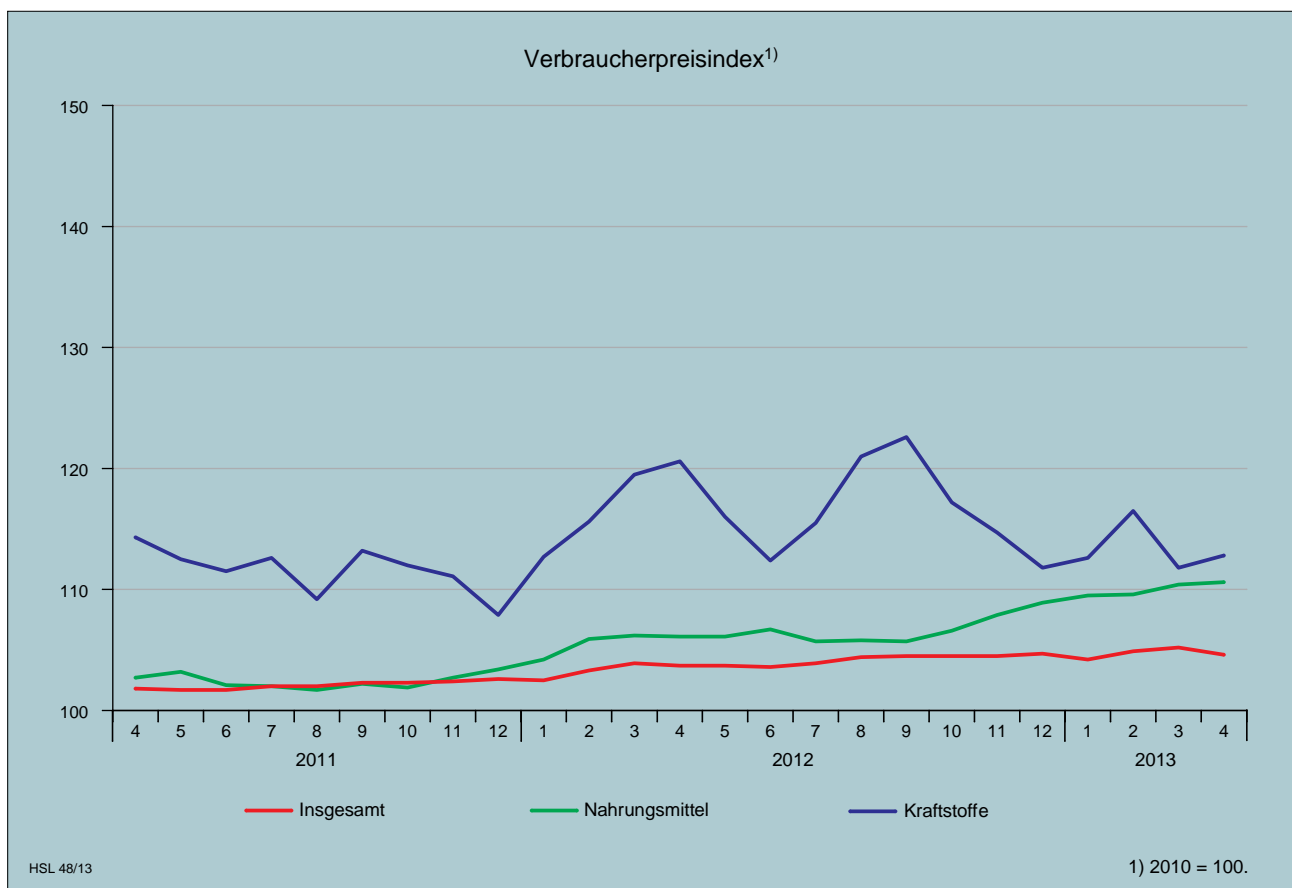
Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads "Ch. Figgner". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Christel Figgner
Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamts

INHALT

Ganz kurz	163
Zensus 2011	
Zensus 2011 – eine Kurzbeschreibung. Von <i>Carsten Beck</i>	164
Zensus 2011 – vom Melderegister zur Einwohnerzahl. Von <i>Carsten Beck</i>	170
Die Rolle der Melderegister im Zensus 2011. Von <i>Susanne Fröhlich</i>	175
Die Beteiligung der hessischen Kommunen am Zensus 2011 und deren Nutzen. Von <i>Philip Graze</i>	180
Erhebungsstellen im Zensus 2011 – Aufbau, Organisation und Aufgaben. Von <i>Carsten Beck</i>	184
Zensus 2011 – Ihr Zugang zu den Ergebnissen. Von <i>Jennifer Träuble</i>	191
Erste Ergebnisse des Zensus 2011	196
Daten zur Wirtschaftslage	200
Nachrichten aus der Statistik	210
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	212
Soziales, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	213
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	214
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	215
Tourismus, Verkehr	216
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	217
Verdienste	218
Buchbesprechungen	Seite 220 und Umschlagseite 3



Hessische Autohändler verbuchen weniger Umsatz

Die Autohändler in Hessen verzeichneten im Februar 2013 im Vergleich zum Februar 2012 Umsatzeinbußen. Nominal und real, also inflationsbereinigt, gingen die Umsätze jeweils um 12 % zurück. Im Februar 2013 waren im Kfz-Handel 1,1 % mehr Personen beschäftigt als im Februar 2012. Der leichte Anstieg der Beschäftigten ist vor allem auf die um 3,8 % gestiegene Anzahl der Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen.

Rohstoffe aus dem Müll

Hessische Entsorgungsanlagen gewannen 1,4 Mill. t verwertbare Stoffe zurück

In hessischen Abfallentsorgungsanlagen wurden 2011 insgesamt 8,6 Mill. t Abfälle verwertet, behandelt oder beseitigt. Damit stieg der Durchsatz in den 417 Entsorgungsanlagen gegenüber dem Vorjahr um 579 000 t oder 7 %. Bei der Abfallbehandlung wurden 1,4 Mill. t Sekundärrohstoffe, Kompost, Bauteile, die weiter verwendet werden können, und andere verwertbare Stoffe gewonnen. Mit 6,9 Mill. t stammten 80 % der entsorgten Abfälle aus Hessen. Aus anderen Bundesländern waren 1,5 Mill. t (17 %) und aus dem Ausland 219 000 t (3 %) angeliefert worden. Bei 960 000 t oder 11 % der insgesamt entsorgten Abfälle handelte es sich um gefährliche Abfälle. Die Entsorgung in Abfallverbrennungsanlagen und anderen thermischen Abfallbehandlungsanlagen hat seit einigen Jahren stetig zugenommen und lag im Jahr 2011 bei über 1,6 Mill. t. Auch die Verwertung von Abfällen zur Erzeugung von Strom und Wärme gewinnt in Hessen weiter an Bedeutung: Der Durchsatz in Feuerungsanlagen wie z. B. Biomasse-, Ersatzbrennstoffkraftwerken oder Heizwerken hat sich in den letzten 4 Jahren fast verdreifacht und lag 2011 bei 1,4 Mill. t. Auf Deponien wurden 1,5 Mill. t abgelagert, überwiegend Bau- und Abbruchabfälle sowie Abfälle aus den genannten thermischen Prozessen. Die übrigen 4,0 Mill. t der zur Entsorgung anstehenden Abfälle wurden in spezifischen Anlagen behandelt, um sie danach entweder direkt einer Verwertung oder einer weiteren Behandlung zuzuführen. So kümmerten sich Sortieranlagen um 1,1 Mill. t der Abfälle, und 717 000 t durchliefen Schredderanlagen. Zur Kompost- und Biogaserzeugung wurden 795 000 t organische Abfälle in biologischen Behandlungsanlagen eingesetzt. Einer mehrstufigen mechanischen bzw. mechanisch-biologischen Behandlung wurden 568 000 t der Abfälle unterzogen, um heizwertreiche Fraktionen für eine energetische Verwendung aufzubereiten. Der Rest wurde beispielsweise chemisch-physikalisch behandelt

oder in Bodenbehandlungs-, Demontage-, Rückgewinnungsanlagen oder Zerlegeeinrichtungen aufbereitet. Insgesamt gaben die Abfallentsorgungsanlagen nach der Behandlung 4,3 Mill. t Abfälle, Produkte oder Sekundärrohstoffe ab. Davon ging ein Drittel (1,4 Mill. t) – überwiegend Holz, Metalle und Papier sowie erzeugter Kompost – direkt an Verwerter oder den Handel. 63 % (2,7 Mill. t) wurden zur weiteren Verwertung und 4 % (171 000 t) zur Beseitigung an andere Abfallentsorgungsanlagen abgegeben.

Schnellmeldung: Weniger Tote auf hessischen Straßen

In Hessen wurden in den Monaten Januar bis März 2013 bisher 24,6 % weniger Menschen bei Straßenverkehrsunfällen getötet als im gleichen Vorjahreszeitraum. Es gab 3748 Unfälle mit Personenschaden. Dabei wurden 43 Personen getötet, 825 Personen schwer und 4382 Personen leicht verletzt. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 21,9 % weniger Schwerverletzte und 14,9 % weniger Leichtverletzte. Diese ersten und vorläufigen Ergebnisse basieren auf den Meldungen der hessischen Polizei.

Privater Konsum 2011 um 3,9 % gestiegen Bronzemedaille im Sparen

Die in Hessen ansässigen privaten Haushalte steigerten 2011 ihren Konsum gegenüber 2010 um 3,9 %. Dies geht aus aktuellen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hervor. Damit erhöhten die privaten Haushalte ihre Waren- und Dienstleistungskäufe nach dem Rückgang 2009 (- 0,4 %) das zweite Jahr in Folge kräftig (2010: + 3,2 %). Bereinigt man den aktuellen Zuwachs um den Anstieg der Verbraucherpreise, dann betrug er noch 2,0 %. Insgesamt gaben die Haushalte 112,1 Mrd. Euro für Konsumzwecke aus. Das waren 49,6 % des hessischen Bruttoinlandsproduktes (229,7 Mrd. Euro). Damit war der private Konsum die wichtigste Verwendung des Bruttoinlandsprodukts vor den Investitionen, dem Staatskonsum und dem Außenbeitrag. Durchschnittlich gab im Jahr 2011 jeder Einwohner 18 450 Euro für den Konsum aus. Damit lagen die Hessen um 1,4 % über dem gesamtdeutschen Niveau (18 190 Euro), aber etwas unter dem Mittel der alten Bundesländer ohne Berlin (18 810 Euro). Nach wie vor waren die Hessen eifrige Sparer, die 2410 Euro oder 11,6 % ihres verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante legten, während es in Deutschland lediglich 10,4 % waren. Nur in Bayern (11,9 %) und Baden-Württemberg (11,7 %) war dieser Anteil, die sogenannte Sparquote, höher. (Methodischer Hinweis: Das Sparen enthält die Erhöhung der Ansprüche auf betriebliche Altersversorgung. Daher wird zur Berechnung der Sparquote das verfügbare Einkommen um den gleichen Betrag erhöht.)



Zensus 2011 – eine Kurzbeschreibung

Zum Stichtag 9. Mai 2011 fand in der Bundesrepublik Deutschland erstmals seit der Volkszählung 1987 in den alten Bundesländern bzw. 1981 in den neuen Bundesländern wieder eine Volkszählung, der Zensus 2011, statt. Zur Umsetzung des Zensus hatte sich Deutschland – statt wie bisher für eine Vollerhebung – für eine registergestützte Methode entschieden. Das bedeutet, dass bereits vorhandene Verwaltungsregister als Datenquellen vorrangig genutzt wurden, die in bestimmten Bereichen oder für bestimmte Merkmale durch eine Verknüpfung von Voll- und Stichprobenerhebungen ergänzt wurden. Nachfolgend werden die im Rahmen des Zensus 2011 durch das Hessische Statistische Landesamt (HSL) in Hessen durchgeführten Arbeiten kurz beschrieben.

Rechtsgrundlagen

Der Zensus 2011 war die erste Volkszählung, die EU-weit angeordnet war. Er wurde auf der Grundlage der nachfolgend genannten Gesetze und Verordnungen durchgeführt:

- Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen (Amtsblatt der EU Nr. L218, S.14 ff.).
- Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschl. einer Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz 2011 – ZensVorbG 2011) vom 8. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2808).
- Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahr 2011 (Zensusgesetz 2011 – ZensG 2011) vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1781).
- Verordnung über Verfahren und Umfang der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis zum Zensusgesetz 2011 (Stichprobenverordnung Zensusgesetz 2011 – StichprobenV) vom 25. Juni 2010 (BGBl. I S. 830).
- Hessisches Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz 2011 und Gesetz zur Änderung des Hessischen Landesstatistikgesetzes vom 23. Juni 2010 (GVBl. I S. 178).

In den nationalen Rechtsgrundlagen waren die im Nachfolgenden beschriebenen Arbeiten angeordnet bzw. geregelt, um zu gewährleisten, dass die im Rahmen des Zensus 2011 stattfindenden Erhebungen nach bundesweit einheitlichen Vorgaben durchgeführt werden.

Vorbereitende Arbeiten

Rückgrat und zentrales Steuerungsinstrument für den Zensus 2011 war das Anschriften- und Gebäuderegister (AGR). Dieses umfasst im Idealfall alle bewohnten Anschriften einer Regionaleinheit. Der Aufbau des Registers vollzog sich, beginnend 2008, mit dem Einspielen von Anschriften des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Einwohnermelderegister. Das Einspielen der beiden erstgenannten Quellen wurde zentral durch das Statistische Bundesamt durchgeführt. Durch das HSL wurden zu den Stichtagen 1. April 2008 und 1. April 2010 2 Lieferungen bemeilter Anschriften aus den Melderegisterdaten der Kommunen angefordert und eingespielt, wobei der überwiegende Teil der Daten über die ekom21, ein kommunales IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen, geliefert wurde. Lediglich 40 hessische Kommunen lieferten ihre Angaben direkt an das HSL, da sie nicht Kunden der ekom21 sind. Bis August 2010 erfolgten die Prüfung der Anschriften sowie die Bereinigung um

solche Anschriften, hinter denen sich kein Wohnraum verbarg. Hierzu wurden alle Anschriften, die nicht aus mindestens 2 der genannten Quellen kamen, einer manuellen Nachprüfung unterzogen. Dazu wurden beispielsweise weitere Quellen, wie das Hessische Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation oder die Deutsche Post, herangezogen, aber auch Internet-Recherchen durchgeführt.

Die Bewohner und Einrichtungsleitungen an 2700 Sonderanschriften wurden befragt

Zur Vorbereitung der postalischen Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) war die Ergänzung der im AGR enthaltenen Anschriften um Eigentümerangaben notwendig. Dazu wurden jeweils im April 2009 und 2010 bei den kommunalen Grundsteuerstellen, der Oberfinanzdirektion Frankfurt sowie einigen ausgewählten örtlichen Ver- und Entsorgungsbetrieben entsprechende Eigentümerangaben angefordert. Die daraufhin übermittelten Eigentümeranschriften wurden bearbeitet und in einem eigens zur Durchführung der GWZ erstellten Register mit den aus dem AGR zugespielten relevanten Anschriften von Gebäuden mit Wohnraum verknüpft. Im Rahmen der Eigentümerrecherche wurden Eigentümer mit größeren Gebäude- und Wohnungsbeständen aus den Eigentümerlisten, aber auch über entsprechende Wirtschaftsverbände und das Internet, recherchiert. Um diese sogenannten Großeigentümer bei der späteren Befragung zu entlasten, wurde eigens ein Verfahren zur elektronischen Datenübermittlung installiert und die Datenübermittlung im Vorfeld mit den Großeigentümern abgestimmt.

Ebenfalls zur Vorbereitung der GWZ wurde im weiteren Verfahrensablauf durch die zuständige Projektgruppe eine Vorbefragung empfohlen, um die Qualität der Eigentümeranschriften im Hinblick auf Zustellbarkeit und Aktualität zu prüfen. Diese Vorbefragung war allerdings im Zensusgesetz nicht ausdrücklich geregelt. Auch war bei einem Bestand von knapp 1,6 Mill. Eigentümern eine schriftliche Befragung aller Eigentümer aufgrund des vorgegebenen Zeitrahmens (Oktober 2010 bis Februar 2011) nicht mehr zu bewerkstelligen. Das HSL nutzte zur Zustellbarkeitsprüfung daher in einem ersten Schritt die von der Deutschen Post AG angebotenen maschinellen Prüfroutinen. Im zweiten Schritt wurden nur Eigentümer angeschrieben, deren Anschriften bei

der Zustellbarkeitsprüfung durch die Deutsche Post zu unklaren Ergebnissen führten. Auf diese Weise konnte die Zahl der im Rahmen der Vorbefragung anzuschreibenden Eigentümer auf rund 350 000 reduziert werden.

Ebenfalls ab dem Jahr 2009 wurden die im Zensus 2011 gesondert zu befragenden Sonderanschriften festgelegt und im AGR gekennzeichnet. Zu den Sonder-

anschriften zählten insbesondere Wohnheime, Alten- und Pflegeeinrichtungen, Justizvollzugsanstalten, Kasernen u. Ä. Diese Anschriften wurden durch Recherchen in öffentlich zugänglichen Quellen (Veröffentlichungen des HSL zu Pflegeeinrichtungen, Internet), Rückfragen bei Kommunen und Landkreisen sowie anderen Verwaltungen und Ministerien (Justiz-, Innen- und Verteidigungsministerium) ermittelt. Teilweise wurden aber auch im Verlauf der ab dem 9. Mai 2011 beginnenden Erhebungen vor Ort noch letzte Sonderbereiche gefunden. Inse-



samt mussten im Zensus 2011 die Bewohner an rund 2700 Sonderanschriften, darunter rund 1200 sensible Sonderanschriften (Behindertenwohnheime, Justizvollzugsanstalten Psychiatrische Einrichtungen, u. Ä.), erhoben werden.

Fremdvergabe von Arbeiten

Die zur Durchführung der Erhebungen notwendigen Arbeiten konnten nicht alle durch das HSL selbst ausgeführt werden. In Teilbereichen war

sowohl die fachliche als auch technische Vor- bzw. Zuarbeit externer Dienstleister erforderlich. Insgesamt wurden folgende Arbeiten bzw. Aufgaben fremdvergeben:

- Druck der Erhebungsunterlagen für alle Befragungsteile;
- Versand der Erhebungsunterlagen im Rahmen der GWZ;
- Versand der Erhebungsunterlagen im Rahmen des GWZ-Mahnverfahrens (PZA);
- Transportlogistik im Rahmen der Betreuung der Erhebungsstellen;
- Belegung.

Für alle genannten Aufgaben wurden in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Competence Center Ausschreibungsunterlagen nach den Vorgaben der gültigen Ausschreibungsrichtlinien erstellt. Besonderer Wert wurde dabei auf die Belange des Datenschutzes¹⁾ gelegt. Aufgrund der Auftragsvolumina handelte es sich teilweise um EU-weite Ausschreibungen. Weiterhin wurden Rahmenvereinbarungen zur Abordnung von Beamten abgeschlossen.

Erhebungsstellen

Aufgrund der Vorgaben im Zensusgesetz konnten die Durchführung der Befragungen im Rahmen der Haushaltstichprobe, der Befragung an Sonderanschriften sowie einiger im Verlauf der Aufbereitung sich ergebender Rückfragen und der Ersatzvornahmen im Rahmen der GWZ als Aufgaben an kommunale Erhebungsstellen übertragen werden. In Hessen wurden insgesamt 33 Erhebungsstellen eingerichtet, und zwar in den 5 kreisfreien Städten Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach am Main, Wiesbaden und Kassel, den 7 Sonderstatusstädten Bad Homburg, Hanau, Rüsselsheim, Gießen, Wetzlar, Marburg und Fulda sowie bei den 21 Kreisverwaltungen. Letzteren wurde die Zuständigkeit für die Durchführung des Zensus in den jeweiligen kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit Ausnahme der Sonderstatusstädte übertragen.

Die kommunalen Erhebungsstellen nahmen im Oktober 2010 den Betrieb auf und bestanden

bis Juni 2012. Bei ihrer Arbeit waren sie, wie schon im Rahmen der Volkszählung 1987, auf ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte angewiesen, die die Befragungen vor Ort durchführten. Insgesamt kamen rund 8500 Erhebungsbeauftragte zum Einsatz.

Erhebungsdurchführung

Zum Stichtag 9. Mai 2011 starteten die Befragungen in den einzelnen Teilerhebungen des Zensus 2011. Dies waren in der Verantwortung der statistischen Landesämter (in Klammern: durchführende Stelle):

- Übermittlung von Registerdaten der Meldebehörden nach § 3 ZensG 2011 durch die kommunalen Meldebehörden an das HSL;
- Übermittlung von Daten über Beamte durch die personalführenden Stellen nach § 5 ZensG 2011 an das HSL;
- postalische Gebäude- und Wohnungszählung nach § 6 ZensG 2011 (HSL);
- Haushaltstichprobe nach § 7 ZensG 2011 (Erhebungsstellen);
- Erhebungen an Anschriften mit Sonderbereichen nach § 8 ZensG 2011 (Erhebungsstellen);
- Befragung zur Klärung des Wohnsitzes nach § 15 Abs. 3 und 4 ZensG (HSL);
- Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten nach § 16 ZensG 2011 (Erhebungsstellen);
- Ersatzvornahmen im Rahmen der GWZ nach § 6 ZensG (Erhebungsstellen).

Grundlage Melderegister

Der im Rahmen der Zensusvorbereitung im AGR eingespielte Anschriftenbestand bildete die Grundlage für die Auswahl der in der Haushaltstichprobe zu erhebenden Anschriften. Zum Stichtag 1. November 2010 wurde erstmals eine Melderegisterlieferung mit Personendatensätzen angefordert. Diese wurden zur Erstellung der Erhebungslisten für die Befragung vor Ort genutzt. Zusammen mit den angeforderten 2 weiteren

1) Vgl.: Der Hessische Datenschutzbeauftragte: 39. Tätigkeitsbericht, Wiesbaden 31.12.2010, S54 f.

Melderegisterlieferungen zum 9. Mai 2011 und 9. August 2011 diente der Bestand an neu gemeldeten Wohnanschriften aber auch der Aktualisierung der Stichprobe. Gleichzeitig bildet die Zahl der übermittelten Personendatensätze auch die Ausgangsgröße für die spätere Ermittlung der Einwohnerzahlen.

Für die Haushaltstichprobe wurden nach der Stichprobenziehung den Erhebungsstellen die erforderlichen Begehungsunterlagen zur Verfügung gestellt. Für jede zu begehende Anschrift erhielten die Erhebungsbeauftragten Listen, auf denen die dort lt. Melderegistereintrag vom November 2010 gemeldeten Personen aufgeführt waren. Im ersten Schritt mussten diese Listen überprüft, nicht gefundene Personen entsprechend als vorläufige „Karteileichen“ markiert und nicht in der Liste aufgeführte Personen als vorläufige Fehlbestände ergänzt werden. Erst im Anschluss an diese vorläufige Existenzfeststellung wurde mit der eigentlichen Befragung begonnen. Nach Übertragung der Daten an das HSL wurden dort die vorläufigen Ergebnisse der Existenzfeststellung mit dem aktuellen Melderegisterbestand zum Stichtag 9. Mai 2011 nochmals verglichen und gegebenenfalls korrigiert.

Im Rahmen des Zensus 2011 wurden alle in Sonderbereichen wohnenden Personen durch eine primärstatistische Befragung festgestellt. Die Erhebungen an Anschriften mit Sonderbereichen wurden in allen Kommunen durchgeführt. Da in Sonderbereichen wohnende Personen nicht nur in der Kommune, in welcher der Sonderbereich liegt, sondern auch noch in anderen Kommunen mit alleinigem Wohnsitz oder mit Hauptwohnsitz gemeldet sein können, fand ein bundesweiter Abgleich der im Rahmen der Befragungen in den Sonderbereichen festgestellten Personendaten mit den Meldedaten statt, um Doppelerfassungen bei der Ermittlung der Einwohnerzahlen auszuschließen. Grundsätzlich entsprachen die dabei verwendeten Verfahren denen der Mehrfachfallprüfung.

Im weiteren Verlauf der Erhebung wurden für alle Gebäude mit nur einer bewohnten Wohnung in Kommunen mit weniger als 10 000 Einwohnern die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung mit den Melderegisterdaten für die entsprechenden Anschriften abgeglichen. Bei Abweichungen zwischen den Meldungen der

GWZ und den Melderegisterangaben wurden nochmals Erhebungsbeauftragte an die Anschrift geschickt, um die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten (BKU) nach § 16 ZensG durchzuführen. Das Ergebnis der Vor-Ort-Befragung führte im weiteren Verlauf gegebenenfalls zu einer Korrektur der Einwohnerzahl.

Vom Melderegister zur Einwohnerzahl

Auf Grundlage der oben skizzierten Verfahren ergibt sich folgendes Schema für die Einwohnerzahlermittlung in den Kommunen (siehe nächste Seite):



Vorgang		Hinweis
Melderegisterbestand		zum Stichtag 9. Mai 2011
-	Nebenwohnsitze	Angehörige ausl. Streitkräfte, Diplomaten nachträglich zum Stichtag festgestellt
-	Freiwillige Meldung	
+	Zuzüge und Geburten	
=	Konsolidierter Melderegisterbestand	
-	Abgänge durch Mehrfachfallprüfung	
+	Zugänge durch Mehrfachfallprüfung	
=	1. korrigierter Melderegisterbestand	
-	Abgänge Sonderbereichserhebung	
+	Zugänge Sonderbereichserhebung	
=	2. korrigierter Melderegisterbestand	

Kommunen mit weniger
als 10 000 Einwohnern

Kommunen mit 10 000
oder mehr Einwohnern

-	Abgänge durch BKU-Erhebung	-	„Karteileichen“ (hochgerechnet)
+	Zugänge durch BKU Erhebung	+	Fehlbestände (hochgerechnet)
=	Amtliche Einwohnerzahl	=	Amtliche Einwohnerzahl

Erhebung zusätzlicher Merkmale

Zielsetzung der stichprobenweisen Befragungen im Rahmen der Haushaltstichprobe sowie der Befragung an Adressen mit Sonderbereichen war vorrangig die Bereinigung der Melderegister bzw. die Ermittlung der Einwohnerzahl. Allerdings mussten aufgrund der Anforderungen seitens der EU mit den Befragungen im Rahmen der Haushaltstichprobe und der Erhebung an Sonderbereichen auch Merkmale erhoben werden, die in Verwaltungsregistern entweder nicht vorhanden oder nur teilweise zu gewinnen sind. Hierzu zählen insbesondere Angaben zu bestimmten Formen der Erwerbstätigkeit (z. B. Selbstständige), der Religionszugehörigkeit und dem Migrationshintergrund, aber auch Angaben

über Bildung und Ausbildung sowie der Stellung im Beruf.

Gebäude- und Wohnungszählung

Die Gebäude- und Wohnungszählung wurde als eigenständige Erhebung im Rahmen des Zensus durchgeführt. Ihre Ergebnisse dienen auch als Grundlage für die Erstellung von Zensusergebnissen im Haushaltszusammenhang. Zu diesem Zweck wurden die Daten mit denen aus den übrigen Zensusserhebungen zusammengeführt.

Die Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung oblag den statistischen Landesämtern und erfolgte grundsätzlich als postalische Befra-

gung bei den Eigentümern oder Verwaltern von Gebäuden und Wohnungen. Lediglich die Großeigentümer erhielten keine Fragebogen, sondern übermittelten ihre Daten über das bereits vorher vereinbarte Verfahren der elektronischen Datenübermittlung. In Hessen umfasste der Erstversand rund 1,8 Mill. Eigentümer; etwas mehr als 400 Großeigentümer wurden gleichzeitig zur Übermittlung der digitalen Listen aufgefordert. Durch 2 Anschreiben wurden im September und November 2011 nochmals 200 000 bzw. 100 000 Eigentümer an die Auskunftserteilung erinnert. Im Februar 2012 mussten schließlich etwa 24 000 Zwangsgeldbescheide erlassen und im April 2012 annähernd 12 000 Vollstreckungsverfahren über die örtlich zuständigen Finanzbehörden eingeleitet werden, um die Auskunftspflicht durchzusetzen.

Zur Klärung letzter noch offener Fälle wurden insgesamt knapp 90 000 Gebäude im Wege von Begehungen durch Erhebungsbeauftragte erhoben. Diese Begehungen starteten im Dezember 2011 und waren bis Juni 2012 abgeschlossen. Trotz dieser Maßnahmen war nicht zu gewährleisten, dass für alle Gebäude und Wohnungen vollständige Datenrückläufe vorhanden waren. Für diese Fälle wurde als letzter Schritt vor dem

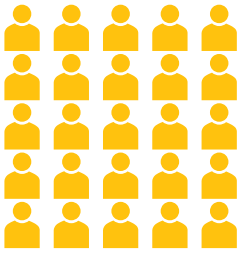
Beginn der Datenaufbereitung ein maschinelles Imputationsverfahren angestoßen. Damit wurden fehlende Einzelmerkmale, aber auch komplette Wohnungen und Gebäude aufgrund von Angaben ähnlicher Einheiten aus der Nachbarschaft erzeugt.

Ergebnisveröffentlichung

Erste Ergebnisse des Zensus 2011 wurden am 31. Mai 2013 veröffentlicht. Im Mittelpunkt des Interesses standen dabei die Einwohnerzahlen, die zukünftig auch die Basis für die regelmäßige Bevölkerungsfortschreibung – die bislang noch auf den Ergebnissen der Volkszählung 1987 aufbaut – bilden. Daneben wurden aber auch weitere demografische Merkmale, erste Ergebnisse der Haushaltestichprobe sowie der Gebäude- und Wohnungszählung veröffentlicht. Die Veröffentlichung weiterer Ergebnisse zu Haushalten und Familien wird nach der Beendigung der entsprechenden Aufbereitungsarbeiten im Frühjahr 2014 erfolgen.



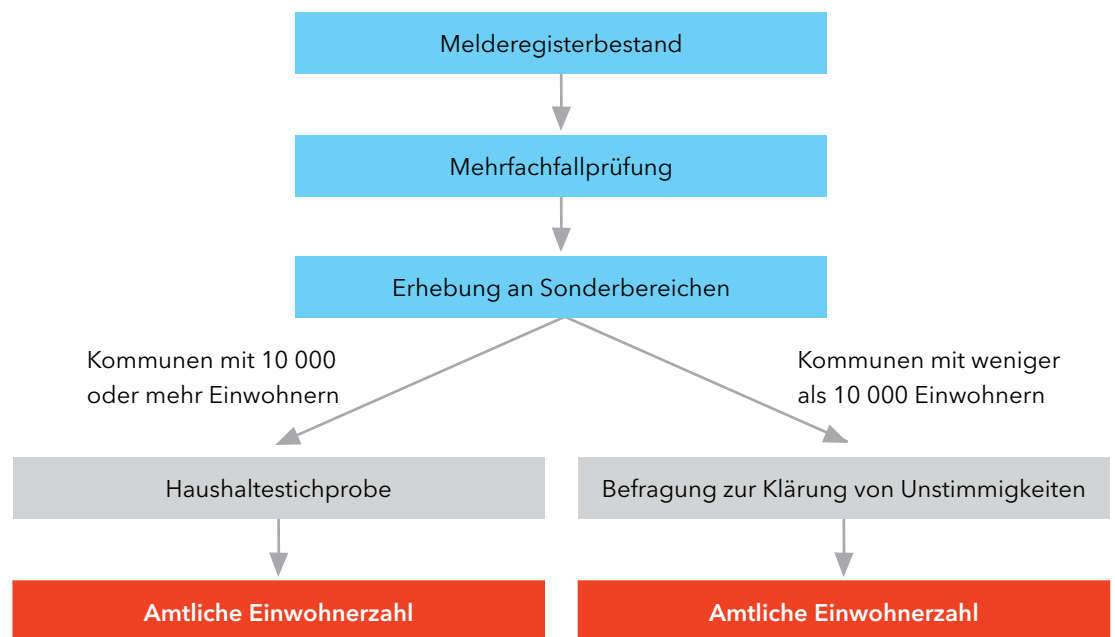
Carsten Beck
cbeck@statistik-hessen.de



Zensus 2011 – vom Melderegister zur Einwohnerzahl

Ein zentrales Ziel des Zensus ist die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen zum Zensusstichtag. Bis zum nächsten Zensus werden die Einwohnerzahlen auf der Basis des Zensus 2011 fortgeschrieben. Dabei handelt es sich um die sogenannte laufende Bevölkerungsfortschreibung. Der Zensus knüpft grundsätzlich an die Tradition der früheren Volkszählungen an. Allerdings handelt es sich nicht mehr um eine Befragung aller Einwohner wie noch im Rahmen der Volkszählung 1987. Vielmehr fußt das Erhebungskonzept des Zensus 2011 neben der Zählung von Gebäuden und Wohnungen auf der Auswertung vorhandener Verwaltungsregister – vor allem der Melderegister und der erwerbsstatistischen Register der Bundesagentur für Arbeit, die durch Ergebnisse direkter Befragungen ergänzt wurden. Als Folge dieses Methodenwechsels wurde auch die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl mit neuen Verfahren durchgeführt. Die nachfolgenden Ausführungen sollen das Verfahren der Einwohnerzahlermittlung kurz beschreiben.

Schematische Darstellung der Einwohnerzahlermittlung



Grundlage Melderegister

Basis für die Ermittlung der Einwohnerzahlen in den einzelnen Kommunen sind beim registrierten Zensus 2011 die von den Meldebehörden nach § 3 ZensG 2011 aus den Melderegistern übermittelten Personendatensätze. Diese sind eindeutig den Kommunen zugeordnet und enthalten die Information, ob eine Person mit alleiniger Wohnung bzw. mit Haupt- oder Ne-

benwohnung gemeldet ist. Relevant für die Einwohnerzahl einer Kommune sind nur Personen mit einem alleinigen Wohnsitz oder mit einem Hauptwohnsitz in der Kommune. Freiwillig gemeldete Personen bzw. Personen mit einem Nebenwohnsitz sind nicht zählungsrelevant.

Da die Angaben aus den Registern teilweise nicht vollständig oder aktuell sind, beschränkt sich die Ermittlung der Einwohnerzahlen und de-

ren zählungsrelevante Zuordnung zu einer Kommune nicht nur auf eine einfache Auszählung der Melderegister. Es kommt vor, dass Personen an ihrem Wohnort gar nicht mehr gemeldet sind (Fehlbestände) oder dass Personen im Register aufgeführt sind, obwohl sie schon längst umgezogen sind (Karteileichen). Ebenso kann es sein, dass Personen bundesweit mehrfach mit einem Hauptwohnsitz oder nur mit Nebenwohnsitzen gemeldet sind. Aus diesem Grund sieht die im Zensus angewandte Methode eine Reihe ergänzender und korrigierender Maßnahmen bei der Ermittlung der Einwohnerzahlen vor, wie z. B. die Mehrfachfallprüfung.

Durch die Verwendung von Meldedaten zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten (Zensusstichtag 9. Mai 2011 sowie 3 Monate danach) wird zunächst gewährleistet, dass alle stichtagsrelevanten Informationen genutzt werden können. Hierzu wurden die zum Zensusstichtag übermittelten Meldebestände um diejenigen Fälle aktualisiert, die zwar stichtagsrelevant sind, aber erst in dem Zeitraum von 3 Monaten nach Stichtag in die Melderegister eingearbeitet wurden (z. B. Umzüge, Geburten). Somit konnten die Daten um temporäre Karteileichen und Fehlbestände bereinigt werden, bevor in den nächsten Schritten weitere Korrekturen erfolgten.

Mehrfachfallprüfung

Bei dezentral geführten Melderegistern kann nicht ausgeschlossen werden, dass Personen bundesweit mehrfach mit einem alleinigen Wohnsitz oder mit einem Hauptwohnsitz bzw. nur mit Nebenwohnsitz(en) in die Melderegister eingetragen sind. Zur Ermittlung dieser Personen wurde daher nach § 15 ZensG 2011 eine Mehrfachfalluntersuchung durchgeführt. Hierzu wurden zunächst die Registerbestände der Meldebehörden im Statistischen Bundesamt in einen bundesweiten Datenbestand zusammengefasst.

Im ersten Schritt der Mehrfachfallprüfung wurden doppelt oder mehrfach erfasste Personen – unabhängig von ihrem jeweiligen Wohnstatus in den einzelnen Datensätzen – gesucht (Dublettensuche). Nicht jede Dublette im Datenbestand musste anschließend überprüft und bereinigt

werden, denn es ist melderechtlich zulässig, dass Personen mit einer Hauptwohnung und einer bzw. mehreren Nebenwohnung(en) gemeldet sind. Entsprechend erfolgte die Überprüfung einer Dublette nur dann, wenn eine Person mit mehreren Hauptwohnungen bzw. alleinigen Wohnungen oder ausschließlich mit Nebenwohnungen ohne zugehörige Hauptwohnung gemeldet war. Für diese Fälle war zu klären, an welcher der Anschriften sich der korrekte Hauptwohnsitz der Person zum Zensusstichtag befand.

Nur der Hauptwohnsitz wird gezählt

Mehrfachfälle in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern wurden durch das Statistische Bundesamt nach § 15 Abs. 2 ZensG 2011 maschinell bereinigt. Hier wurde anhand der Einzugs- bzw. Anmeldedaten, welche zu den entsprechenden Datensätzen hinterlegt waren, die aktuelle

Anschrift ermittelt. Gleichmaßen verfuhr man mit temporären Dubletten, wobei hier die ältere Wohnung (mit dem älteren Einzugsdatum) als irrelevant für den Zensus 2011 angesehen wurde. Als temporäre Dubletten wurden solche Dubletten angesehen, die sich in der Datenlieferung zum 9. Mai 2011 befanden und zu denen in der Datenlieferung zum 9. August 2011 eine stichtagsrelevante neue Haupt- oder alleinige Wohnung bekannt war. Um diese Paare aufzulösen, wurde das Dublettelement mit dem jüngeren Einzugsdatum aus der Datenlieferung vom August als aktuell gültige Wohnung erfasst und das Gegenstück als zensusirrelevant verworfen.

Für alle Personen, die bundesweit nur mit Nebenwohnung gemeldet waren, sowie für Personen mit mehr als einer alleinigen Wohnung bzw. Hauptwohnung, die auch in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern gemeldet waren, stellte das Hessische Statistische Landesamt nach § 15 Abs.3 und 4 ZensG 2011 den Wohnstatus zum 9. Mai 2011 fest. Die Feststellung des Wohnstatus erfolgte dabei auf dem Wege einer schriftlichen Befragung zur Klärung des Wohnsitzes.

Personen in Sonderbereichen

Laut § 2 Abs. 5 ZensG 2011 sind Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünfte, Wohnheime und ähnliche Unterkünfte als Sonderbereiche defi-

niert. Unter Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften sind Einrichtungen zu verstehen, die der in der Regel längerfristigen Unterbringung und Versorgung von Personen mit einem spezifischen Unterbringungsbedarf dienen. Anschriften, unter denen Wohnungslose gemeldet sind, werden als Notunterkünfte gezählt. Bereits im Rahmen der Volkszählung 1987 wurde u. a. deutlich, dass die Melderegister für Sonderbereiche erhebliche Über- und Untererfassungsfehler enthalten.

Mangels eines Registers für Sonderbereiche begann das HSL im Jahr 2009 eine Ermittlung der in Frage kommenden Anschriften. Die Recherche der Anschriften erfolgte über öffentlich zugängliche Quellen, freiwillige Angaben von Kommunen und direkte Kontakte zu großen Trägern von Sonderbereichen. Im Rahmen einer schriftlichen Vorbefragung wurde bei den ermittelten Trägern und Einrichtungen geklärt, ob tatsächlich ein Sonderbereich vorliegt und wenn ja, in welche Kategorie (siehe Übersicht 1) er einzuordnen ist. Mithilfe dieser Angaben wurde das Sonderanschriftenregister (SAR) sukzessive aufgebaut. Durch Verknüpfung des SAR mit dem Anschriften- und Gebäuderegister (AGR) – hier sind alle zensusrelevanten Anschriften, an denen sich Wohnraum befindet, erfasst – konnten alle Anschriften mit Sonderbereichen als solche gekennzeichnet werden.

Übersicht 1

Einteilung der Sonderbereiche

Sensible Sonderbereiche	Nicht-sensible Sonderbereiche
– Behinderten(wohn)heime	– Studentenwohnheime
– Krankenhäuser, z. B. <ul style="list-style-type: none"> • Palliativstationen • Stationäre Hospize • Psychiatrische Kliniken • Maßregelvollzugseinrichtungen 	– Kinder- und Jugendheime (können sowohl sensible als auch nicht-sensible Sonderbereiche sein)
– Flüchtlingsunterkünfte	– Mutter- und Kindheime (können sowohl sensible als auch nicht-sensible Sonderbereiche sein)
– Justizvollzugsanstalten	– Arbeiterheime
– (Not-)Unterkünfte für Wohnungslose	– Sonstige (Wohn-)Heime
– Kinder- und Jugendheime (können sowohl sensible als auch nicht-sensible Sonderbereiche sein)	– Alten-/Pflegeheime
– Mutter- und Kindheime (können sowohl sensible als auch nicht-sensible Sonderbereiche sein)	– Internate
	– Schulen des Gesundheitswesens
	– Klöster

Die Bestimmung der Grundgesamtheit der Anschriften mit Sonderbereichen erfolgte somit weitgehend im Rahmen der Vorbefragung. Ergänzend identifizierte man auch nach Abschluss der Vorbefragung noch weitere Sonderanschriften, z. B. im Rahmen der Erhebungen der Haushaltebefragung und der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) sowie durch die Vor-Ort-Kenntnisse der Erhebungsstellen. An allen ermittelten Anschriften mit Sonderbereichen wurde eine Befragung aller Personen durchgeführt, mit deren Durchführung die kommunalen Erhebungsstellen betraut waren.

Zur Zensusmethode gehörte es, die in den Sonderbereichen wohnenden Personen im Rahmen einer primärstatistischen Befragung festzustellen. Da in Sonderbereichen wohnende Personen nicht nur in der Kommune, in welcher der Sonderbereich liegt, sondern auch noch in anderen Kommunen mit alleinigem oder Hauptwohnsitz gemeldet sein können, fand ein bundesweiter Abgleich der im Rahmen der Befragungen in den Sonderbereichen festgestellten Personendaten mit den Meldedaten statt. Dadurch schloss man bei der Ermittlung der Einwohnerzahlen Doppelerfassungen aus. Grundsätzlich entsprachen die hierbei verwendeten Verfahren denen der Mehrfachfallprüfung.

Zentraler Punkt für die Ermittlung der Einwohnerzahl war innerhalb der Datenaufbereitung die Wohnstatusfeststellung, die nach klaren Buchungsregeln – den Melderechtsvorschriften folgend – automatisiert ablief. Für jede Person war zu ermitteln, ob sie an der Sonderanschrift ihre alleinige Wohnung oder ihre Hauptwohnung hat. Davon hing ab, ob diese Person letztlich an der Sonderanschrift oder an einer anderen Anschrift außerhalb der Sonderanschrift zu zählen war. Die Daten zu den Bewohnerinnen und Bewohnern von nicht-sensiblen Sonderbereichen ermittelte man durch eine persönliche Befragung der Bewohner, im Rahmen derer auch Fragen zu ihrem Wohnstatus gestellt wurden. Im Unterschied zu den nicht-sensiblen Sonderbereichen war für Bewohnerinnen und Bewohner von sensiblen Sonderbereichen nach § 18 Abs. 5 ZensG 2011 die Einrichtungsleitung auskunftspflichtig. Da die Einrichtungsleitung nicht alle Informationen zu allen eventuell vorhandenen Wohnsitzen ihrer

Bewohnerinnen und Bewohner kannte, erfolgte die automatisierte Feststellung des Wohnsitzes von Bewohnerinnen und Bewohnern von sensiblen Sonderbereichen immer in Verbindung mit einer Auswertung der Meldedaten zu eventuell weiter vorhandenen Wohnsitzen. Hierbei kamen Verfahren analog der schon beschriebenen Mehrfachfallprüfung zum Einsatz. Ziel war hier ebenfalls die Feststellung des alleinigen Wohnsitzes oder des Hauptwohnsitzes.

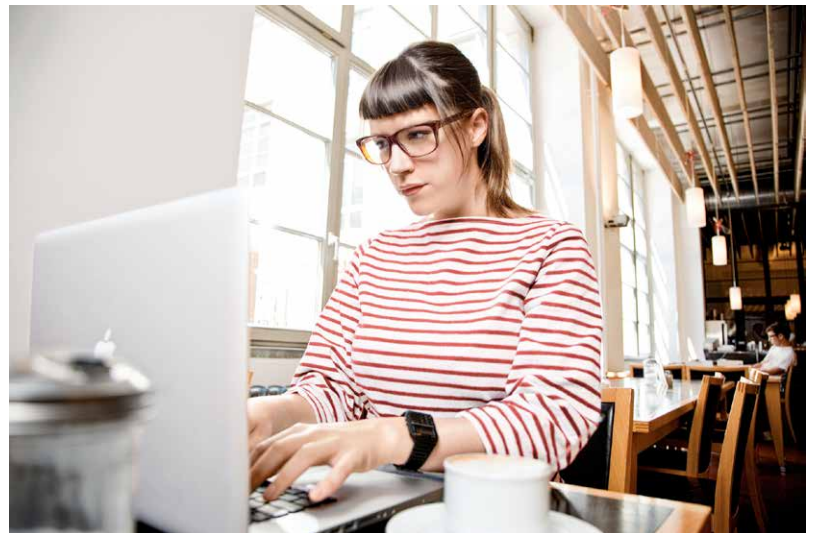
Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten und Haushaltestichprobe

Den Ergebnissen des im Jahr 2001 durchgeführten Zensustests zufolge verteilen sich Über- und Untererfassungen in den Melderegistern unterschiedlich auf die Kommunen. Tendenziell weisen größere Gemeinden nicht nur absolut höhere Zahlen, sondern auch prozentual höhere Anteile an sogenannten Karteileichen und Fehlbeständen auf. Aus diesem Grund wurden je nach Gemeindegröße unterschiedliche Verfahren für den Zensus 2011 entwickelt, um effizient und trotzdem fachlich fundiert Korrekturen vorzunehmen. Für das weitere Vorgehen unterschied man, ausgehend von der Einwohnerzahl am 31. Dezember 2009, kleine Kommunen (weniger als 10 000 Einwohner) von großen Kommunen (10 000 oder mehr Einwohner).

Unterhalb der Größe von 10 000 Einwohnern wird das genannte Stichprobenverfahren ineffizient, da man – um eine vergleichbare Genauigkeit zu erzielen – einen sehr hohen Anteil von zu befragenden Personen benötigen würde. Sowohl der Befragungsaufwand (Belastung von Auskunftspflichtigen) als auch die damit verbundenen Kosten wären kaum zu rechtfertigen. Daher führten die Erhebungsstellen in den Kommunen mit weniger als 10 000 Einwohnern die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten (BKU) nach § 16 ZensG 2011 durch. Bei den im Rahmen dieser Befragung in Hessen aufgesuchten rund 34 800 Anschriften handelte es sich nicht um eine zufällige Stichprobe wie in den großen Gemeinden, sondern um Anschriften, die bestimmte unplausible Konstellationen von Melderegisterinformationen und Angaben aus der zeitgleich stattfindenden GWZ aufwiesen. Durch die im Rahmen der Befragungen ermittelten Sachverhalte und den entsprechenden Bereinigungen wurde für die kleinen Kommunen eine Genauigkeit er-

zielt, die der hochgerechneten Korrekturstichprobe in den großen Gemeinden entsprach.

In Kommunen mit mindestens 10 000 Einwohnern lässt sich ein statistisch bereinigter Personendatenbestand am effizientesten erstellen, indem man das Ausmaß an Registerfehlern – Karteilei-



chen und Fehlbestände – erfasst und für die jeweilige Kommune anschließend hochrechnet (= Korrekturstichprobe). Dies erfolgt im Rahmen des Zensus 2011 durch die Haushaltestichprobe auf Stichprobenbasis. Der Gesetzgeber hat in § 7 ZensG 2011 sowie in einer eigens für die Haushaltestichprobe erlassenen Stichprobenverordnung die Durchführung der Haushaltestichprobe geregelt und gleichzeitig den maximalen Stichprobenumfang auf bundesweit 9,6 % der Bevölkerung festgelegt. Die Stichprobe sollte so konzipiert werden, dass die Ungenauigkeit der Einwohnerzahl – sie resultiert aus dem bei einer Stichprobe unvermeidlichen Zufallsfehler – möglichst einen einfachen relativen Standardfehler von 0,5 % erreicht¹⁾. Diese Vorgaben führten letztlich dazu, dass der Stichprobenumfang in Hessen aufgrund der Gemeindestrukturen bei 11,6 % lag.

1) Wie nahe die Ergebnisse einer Stichprobe am „wahren“ Wert der Grundgesamtheit liegen, hängt vom Standardfehler ab. Die Größe dieses Standardfehlers wird wiederum von der Stichprobengröße und der Streuung der Einzelwerte in der Grundgesamtheit beeinflusst. Die im Zensusgesetz genannte Genauigkeitsanforderung, für die Kommunen ab 10 000 Einwohnern einen Standardfehler von 0,5 % anzustreben, lässt sich an folgendem Beispiel verdeutlichen: Die tatsächliche Einwohnerzahl einer Kommune liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % in einem Intervall, das sich aus der im Rahmen des Zensus ermittelten Einwohnerzahl und dem Standardfehler errechnen lässt. Die Berechnung erfolgt nach der Formel [geschätzte EWZ ± Standardfehler * 1,96]. Wurden eine Einwohnerzahl von 20 000 und ein Standardfehler von 0,5 % erreicht, so ergibt sich nach vorstehender Formel ein Intervall von ± 0,98 % (= 0,5 * 1,96), die Einwohnerzahl der Kommune liegt mit 95 %iger Sicherheit also zwischen 19 804 und 20 196.

Zusammenfassung

In den **Kommunen mit weniger als 10 000 Einwohnern** erfolgt die Feststellung der Einwohnerzahl durch:

Übersicht 2

Ermittlung der Einwohnerzahl in Kommunen mit weniger als 10 000 Einwohnern

Vorgang	Hinweis
Melderegisterbestand	zum Stichtag 9. Mai 2011
- Nebenwohnsitze	
- Freiwillige Meldung	Angehörige ausl. Streitkräfte, Diplomaten
+ Zuzüge und Geburten	nachträglich zum Stichtag festgestellt
= <u>Konsolidierter Melderegisterbestand</u>	
- Abgänge durch Mehrfachfallprüfung	
+ Zugänge durch Mehrfachfallprüfung	
= <u>1. korrigierter Melderegisterbestand</u>	
- Abgänge Sonderbereichserhebung	
+ Zugänge Sonderbereichserhebung	
= <u>2. korrigierter Melderegisterbestand</u>	
- Abgänge durch BKU-Erhebung	nur in Kommunen unter 10 000 Einwohnern
+ Zugänge durch BKU Erhebung	nur in Kommunen unter 10 000 Einwohnern
= Amtliche Einwohnerzahl	für Kommunen unter 10 000 Einwohnern

Übersicht 3

Ermittlung der Einwohnerzahl in Kommunen mit 10 000 oder mehr Einwohnern

Vorgang	Hinweis
Melderegisterbestand	zum Stichtag 9. Mai 2011
- Nebenwohnsitze	
- Freiwillige Meldung	Angehörige ausl. Streitkräfte, Diplomaten
+ Zuzüge und Geburten	nachträglich zum Stichtag festgestellt
= <u>Konsolidierter Melderegisterbestand</u>	
- Abgänge durch Mehrfachfallprüfung	
+ Zugänge durch Mehrfachfallprüfung	
= <u>1. korrigierter Melderegisterbestand</u>	
- Abgänge Sonderbereichserhebung	
+ Zugänge Sonderbereichserhebung	
= <u>2. korrigierter Melderegisterbestand</u>	
- Karteileichen (hochgerechnet)	nur in Kommunen mit 10 000 oder mehr Einwohnern
+ Fehlbestände (hochgerechnet)	nur in Kommunen mit 10 000 oder mehr Einwohnern
= Amtliche Einwohnerzahl	für Kommunen mit 10 000 oder mehr Einwohnern

- eine Auszählung von Personen an Normalanschriften, also den Nicht-Sonderanschriften aus den Melderegistern.
- eine primärstatistische Bereinigung der Melderegisterbestände um unzulässige Mehrfachfälle an Nicht-Sonderanschriften.
- eine Vollerhebung aller Personen, die an Anschriften mit Sonderbereichen wohnen. Diese Befragung ist mit einem Abgleich mit den Melderegisterbeständen verbunden, um unzulässige Mehrfachfälle für diese Personen auszuschließen.
- die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten an Nicht-Sonderanschriften und Bereinigung um die an diesen Anschriften festgestellten Über- und Untererfassungen im Melderegister.

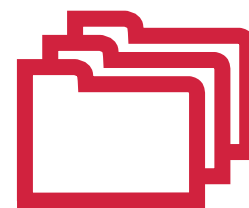
Die Feststellung der Einwohnerzahl in den **Kommunen mit mindestens 10 000 Einwohnern** erfolgt durch:

- eine Auszählung von Personen an Normalanschriften, also den Nicht-Sonderanschriften aus den Melderegistern.
- eine maschinelle Bereinigung der Melderegisterbestände, um unzulässige Mehrfachfälle für den Bereich der Nicht-Sonderanschriften auszuschließen.
- eine Vollerhebung aller Personen, die an Anschriften mit Sonderbereichen wohnen. Diese Befragung ist mit einem Abgleich mit den Melderegisterbeständen verbunden, um unzulässige Mehrfachfälle für diese Personen auszuschließen.
- eine statistische Korrektur dieses „vorbereinigten“ Melderegisterbestands um die im Wege der Haushalbefragung ermittelten und für die einzelnen Gemeinden hochgerechneten Karteileichen (Übererfassungen) und Fehlbestände (Untererfassungen).



Carsten Beck
 cbeck@statistik-hessen.de

Die Rolle der Melderegister im Zensus 2011



Anders als in der Volkszählung 1987 sind die Melderegister im Zensus 2011 die Ausgangsbasis für die Ermittlung der Einwohnerzahlen und wesentlicher Baustein für den Aufbau des Adress- und Gebäuderegisters. Im Folgenden werden die verschiedenen Melderegisterlieferungen sowie deren unterschiedliche Rollen bei der Vorbereitung, der Durchführung sowie der Auswertung des Zensus 2011 beschrieben.

5 Melderegisterlieferungen für den Zensus 2011: Ziele und Aufgaben

Die Melderegister sind die Basis für den registergestützten Zensus. Sie enthalten demografische Daten der Bevölkerung, verbunden mit ortsbezogenen Angaben (z. B. Anschrift, Zuzugsadresse), dem jeweiligen Wohnstatus (Hauptwohnung, alleinige Wohnung, Nebenwohnung) sowie Angaben über Familienstände und die Beziehung von Personen zu anderen Personen (Verzeigerung), welche die Grundlage für die Zuordnung von Personen zu Haushalten und Lebensgemeinschaften bilden. Die Übermittlung personenbezogener Einzeldaten durch die Meldebehörden an die Statistischen Ämter für die Zwecke des Zensus 2011 bedurfte gesetzlicher Grundlagen.

Im Rahmen der Gesetzgebung für den Zensus 2011 wurden insgesamt 5 Melderegisterlieferungen angeordnet: Das Zensusvorbereitungsgesetz¹⁾ begründet 2 Lieferungen mit den Stichtagen 1. April 2008 und 1. April 2010 (§ 5 Absatz 1 und 2), 3 weitere finden ihre Übermittlungsgrundlage in § 3 des Zensusgesetzes 2011²⁾. Die dort festgeschriebenen Termine sind der 1. November 2010, der Zensusstichtag 9. Mai 2011 sowie – 3 Monate danach – der 9. August 2011.

Als Basis für einen registergestützten Zensus übernehmen die 5 genannten Melderegisterlieferungen unterschiedliche Funktionen. Der Merkmalskranz, d. h. der Umfang und die Art der Merkmale der übermittelten Daten ist, ihrer jeweiligen Zielbestimmung folgend, daher unterschiedlich.

Ziele/Aufgaben der 5 Melderegisterlieferungen		
Stichtag	Kennzeichnung	Vorrangiger Zweck
1. April 2008	MR.2008	Aufbau AGR, Ortsverzeichnis, Stichprobenorganisationsdatei
1. April 2010	MR.2010	Aufbau AGR, Stichprobenorganisationsdatei
1. Nov. 2010	MR.05	Aktualisierung AGR, Auswahlgrundlage Stichprobe
9. Mai 2011	MR.1	Aktualisierung AGR, Bestimmung stichtagsgenauer Personenbestand
9. Aug. 2011	MR.2	Aktualisierung AGR, Bestimmung stichtagsgenauer Personenbestand

Die Rolle der Melderegister nach dem Zensusvorbereitungsgesetz 2011

Die ersten beiden Lieferungen (MR.2008 und MR.2010) waren wesentliche Bausteine zum Aufbau des Adress- und Gebäuderegisters (AGR), welches der Überprüfung und Vervollständigung der Grundgesamtheit des Zensus 2011 diene. Denn alle existierenden Gebäude mit Wohnraum, einschl. aller bewohnten Unterkünfte, bilden die Grundlage zur vollständigen Erfassung der Bevölkerung am Ort ihrer Hauptwohnung und der Nebenwohnung. Da es ein solches Verzeichnis von Adressen und Gebäuden in Deutschland nicht gibt, war es notwendig, im Vorfeld des Zensus ein solches aufzubauen und bis zum Berichtszeitpunkt aktuell zu halten. Die Melderegister lieferten hierfür die Anschriften, an denen Personen gemeldet waren.

1) Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschl. einer Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz 2011 – ZensVorbG 2011) vom 8. Dezember 2007 (BGBl. I Seite 2808), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Juli 2009 (BGBl. I Seite 1781).

2) Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahr 2011 (Zensusgesetz 2011 – ZensG 2011) vom 8. Juli 2009 (BGBl. I Seite 1781).

Aufgrund seiner vielfältigen Funktionen wird das Adress- und Gebäuderegister (§ 2 ZensVorbG 2011) häufig auch als „Rückgrat“ des Zensus bezeichnet. Es hat u. a. die zentralen Aufgaben, die im Rahmen des registergestützten Zensus durchgeführte Gebäude- und Wohnungszählung zu steuern und als Auswahlgrundlage für die Stichprobenerhebung zu dienen. Letztendlich fungiert es auch als Datengrundlage für die Analyse und Darstellung kleinräumiger Zensusergebnisse. Die Aktualität des AGR sicherzustellen war damit eine der wesentlichen Funktionen der Melderegisterlieferungen: Durch das Einpflegen neuer Anschriften und Gebäude



Es handelt es sich also um ein historisch-geografisches Verzeichnis, welches jeder Person – vorgegebenen Spezifikationen entsprechend – die Merkmale „Geburtsort“ und „Geburtsstaat“ in genormter Schreibweise zuweist. Damit werden auch die Lieferverpflichtungen der Mitgliedstaaten an die EU erfüllt: Die EU fordert, die Angaben nach dem aktuellen, d. h. am 1. Januar 2011 geltenden Gebietsstand, zu ermitteln⁴⁾. Bei den Geburtsstaaten werden 3 Aggregationsstufen unterschieden: die Staatenebene (jeweiliges Meldeland), EU bzw. Nicht-EU und als dritte Stufe die Kontinente (Afrika, Karibik/Süd- und Mittelamerika, Nordamerika, Asien, Ozeanien). Für das nationale Auswertungskonzept sollen Personen, die in den ehemals deutschen Ostgebieten (Deutsches Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937) geboren worden sind, als „in Deutschland Geborene“ und nicht als im Ausland geboren ausgewiesen werden können. Die Angaben zum Geburtsort dienen damit dem internationalen Vergleich und können zudem für die Untersuchung von Migrationshintergründen genutzt werden. Der Aufbau und die Führung der entsprechenden Datenbank wurden im Rahmen des Zensus 2011 dem Statistischen Bundesamt zugeordnet.

3) Diese Hauptziehung wurde ergänzt durch 2 Neuzugangsziehungen im Frühjahr und Herbst 2011.

4) Verordnung (EG) Nr. 1201/2009 der Kommission vom 30. November 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über Volks- und Wohnungszählungen in Bezug auf die technischen Spezifikationen für die Themen sowie für deren Untergliederungen (Amtsblatt der EU Nr. L 329, Seite 29).

5) Datensatz für das Meldewesen. Einheitlicher Bundes-/Länderteil (DSMeld). Hrsg. von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Verlag W. Kohlhammer.

6) Am 7. September 2009 erfolgte die Löschung aus dem AGR durch das Statistische Bundesamt.

sowie von Straßenumbenennungen wurde das AGR bis zum Stichtag aktuell gehalten. Aus dem AGR erfolgte im September 2010 zentral durch das Statistische Bundesamt die Hauptziehung der Anschriften, an denen die Haushaltsstichprobe durchzuführen war³⁾.

MR.2008 erfüllte darüber hinaus eine weitere Funktion: Es war gemäß § 3 ZensVorbG 2011 die Grundlage für den Aufbau des Ortsverzeichnisses, einem vom AGR getrennten Verzeichnis der Geburtsorte und Geburtsstaaten ohne Bezug zu anderen Registermerkmalen der Personen. Es dient dem Zweck, jedem Geburtsort aus dem Melderegister gemäß seiner geografischen Lage einen Geburtsstaat zuzuordnen. Dabei gilt es zum einen, die Fülle der unterschiedlichen Schreibweisen in den Daten der Melderegister zu vereinheitlichen (z. B. Frankfurt/Main, Frankfurt a. M., Frankfurt a. Main etc.), historisch bedingte verschiedene Schreibweisen aufzulösen (z. B. Danzig – Gdansk) und auch Gebietsänderungen nachzuvollziehen (z. B. ging die Tschechoslowakei zum 1. Januar 1993 in Tschechien und die Slowakei auf).

Entsprechend der Zielsetzung von MR.2008 und MR.2010 wurden von den nach Landesrecht für das Meldewesen zuständigen Stellen (Meldebehörden) den Statistischen Ämtern der Länder für alle gemeldeten Einwohner gem. § 5 ZensVorbG 2011 aus den Melderegistern elektronisch die in der Übersicht aufgelisteten Angaben übermittelt. Die Speicherung und Übermittlung der Daten von Meldebehörden erfolgte bundeseinheitlich gleich auf der Grundlage des im Datensatz für das Meldewesen (DSMeld) hinterlegten Formats⁵⁾.

Die Angaben aus den Blättern 0602 bis 0604 und 1223 bildeten die Basis des Ortsverzeichnisses. Nach Abschluss der Eingangs- und Plausibilitätskontrolle der Melderegisterdaten wurden sie gemäß § 5 Absatz 1 Satz 2 von den übrigen Angaben getrennt, gesondert abgelegt und durch das Statistische Bundesamt weiterbearbeitet⁶⁾.

Ein weiterer Verwendungszweck von MR.2008 und MR.2010 war der Aufbau einer Stichprobenorganisationsdatei. Für die Stichprobenmodellierung wurden methodische Untersuchungen durch das Statistische Bundesamt durchgeführt.

Lieferdatensatz der Melderegister aufgrund ZensVorbG 2011

Blatt DSMeld	Feldbezeichnungen	Bemerkung
0101	Familienname	
0601	Tag der Geburt	
0602, 0603, 0604	Geburtsort, Geburtsort_ Staat, Geburtsort_ Standesamt	Nur in MR.2008 enthalten
0701	Geschlecht	
1001	Staatsangehörigkeit(en)	
1215–1221	Angaben zur Zuzugsadresse	
1223	Zuzug aus dem Ausland	Nur in MR.2008 enthalten
1311	Datum Anmeldung bei der Meldebehörde	
1401	Familienstand	
1201–1211	Angaben zur (gegenwärtigen) Anschrift	
1213	Status der Wohnung	Alleinige/Haupt-/Nebenwohnung
1301	Datum des Beziehens der Wohnung	
1308	Datum der Anmeldung von Amts wegen	

Aus den Melderegistern ableitbare Informationen wie „Zahl der mit Haupt-/Alleiniger Wohnung oder Nebenwohnung gemeldeten Personen je Anschrift“ oder der „Anzahl unterschiedlicher Familiennamen je Anschrift“ wurden als Schätzgröße für die Modellierung der Stichprobe verwendet mit dem Ziel, die Stichprobenauswahl möglichst effizient zu gestalten und dabei eine möglichst hohe Genauigkeit der Ergebnisse zu erhalten. Die in § 5 Absatz 4 ZensVorbG 2011 vorgegebenen Merkmale der Melderegister (Anschrift, Wohnungsstatus, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Geburtsdatum, Geschlecht) wurden dafür in einer getrennt vorgehaltenen Datei ohne Namensbezug gespeichert. Nach Berechnung der Anzahl unterschiedlicher Familiennamen je Anschrift wurden die Namen aus dem Datenmaterial gelöscht und durch die errechnete Aggregatzahl in der Stichprobenorganisationsdatei ersetzt. MR.2010 diente dabei der Aktualisierung der bereits mit MR.2008 erstellten Stichprobenorganisationsdatei.

Die Rolle der Melderegisterlieferungen nach dem Zensusgesetz 2011

Der Merkmalskranz der 3 Datenübermittlungen durch die Meldebehörden gemäß § 3 ZensG 2011 ist wesentlich umfangreicher. Auch diese Datenlieferungen dienten – mit zunehmender Nähe zum Stichtag – der Aktualisierung und Pflege des AGR und damit der Sicherung und Vervollständigung der Grundgesamtheit aller für den

Zensus 2011 relevanten Anschriften und der weiteren Vorbereitung zur Durchführung des Zensus.

Die Angaben von MR.05, einem Registerauszug 6 Monate vor dem Stichtag, hatten eine besondere Rolle in der organisatorischen Vorbereitung der stichprobenbasierten Haushaltebefragung. Den Erhebungsbeauftragten dienten Namenslisten der Unterstützung der primärstatistischen Erhebung an Stichprobenanschriften und nicht-sensiblen Sonderanschriften. Es war die erste der 3 Lieferungen mit dem erweiterten Merkmalskranz.

Dieser umfangreiche Merkmalskranz zu den Personen ist dem Methodenwechsel zum registergestützten Zensus geschuldet: Bereits vorhandene Registerdaten – so auch die Melderegister – bilden die Basis und werden durch die Ergebnisse unterschiedlicher Befragungen ergänzt. Dieses Verfahren anstelle einer Vollerhebung soll die Bevölkerung entlasten, den Zählungsaufwand gegenüber der Vollerhebung deutlich reduzieren und Kosten sparen.

Über den Lieferumfang von MR.2008/2010 hinaus werden daher in den 3 Melderegisterauszügen nach dem ZensG 2011 Merkmale erfasst, die im Rahmen der weiteren Zensusdurchführung gebraucht werden: Für die statistische Haushaltegenerierung im Zensus werden Daten für die Feststellung von Haushalts- und Familienzusammenhängen benötigt, die sog. Verzeigerungen. Die Feststellung erfolgt in erster Linie über Angaben zu Ehegatten, Lebenspartnern/-partnerin-

Auszug aus dem Lieferdatensatz der Gemeinden (MR.05, MR.1, MR.2)		
Blatt DSMeld	Feldbezeichnungen	Bemerkung
0101–0106, 0201–0204, 0301–0302, 0401	Familienname, frühere Namen und Vornamen, Doktorgrad	
0601–0605	Geburtstag, -ort, erläuternde Zugehörigkeitsbezeichnungen	
0701	Geschlecht	
1001	Staatsangehörigkeit(en)	
1401–1402, 1406	Informationen zum Familienstand	
0901–0906	Information über gesetzliche Vertreter	Vater, Mutter, gesetzliche Vertreter, Betreuer
1101, 1104	Zugehörigkeit Religionsgesellschaft	
1201–1214, 1301–1302	Information über die aktuelle Anschrift in der Gemeinde	
1215–1223	Informationen über Zuzug	
1501–1505, 1517–1521	Information über Ehegatten/Lebenspartner	
1601–1604	Information über max. 15 Kinder	

nen, Kindern und deren gesetzlichen Vertretern. Schließlich wird auch die rechtliche Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft übermittelt.

Die Lieferung zum Zensusstichtag ist die zentrale Lieferung im Zensus 2011. Sie repräsentiert den Stand der Melderegister in den Meldebehörden mit Stand 9. Mai 2011, 24 Uhr.

Zum 9. August 2011 erfolgte die letzte Lieferung der Meldebehörden. Sie hatte den Zweck, auch nach dem 9. Mai 2011 erst zur „Anzeige“ gebrachte Umzüge, die jedoch bereits vor dem 9. Mai stattgefunden hatten, zu verbuchen und die Personen der Gemeinde, der sie am 9. Mai mit Hauptwohnsitz zugehörten, zuzurechnen. Denn maßgeblich für die Einwohnerzahl einer Gemeinde sind die Personen, die zum Stichtag dort mit Haupt- bzw. alleinigem Wohnsitz gemeldet waren. Als Erfahrung aus dem Zensusstest hatte sich nämlich gezeigt, dass nachträgliche Meldungen in einem Zeitraum von 3 Monaten bei den Meldebehörden erfolgen, sodass der Stichtag für MR.2 auf den 9. August 2011 festgelegt worden war. Aus MR.1 und MR.2 wurde im weiteren Verfahren der stichtagsgenaue Personenbestand der Melderegister zum Stichtag 9. Mai 2011 bestimmt. Dieser ist die Ausgangsbasis für die weiteren Schritte zur Ermittlung der Einwohnerzahl in den Kommunen⁷⁾.

7) Für weitergehende Informationen zum Verfahren der Einwohnerzahlermittlung siehe Seite 8 ff.

Nach der der EU-Verordnung zugrunde liegenden Definition der „Bevölkerung“ ist bei

der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl im Heimatland ein weiterer Personenkreis zu berücksichtigen: Für die ins Ausland entsandten Angehörigen der Bundeswehr und für diejenigen, die für die Bundeswehr im Ausland tätig sind, die Angehörigen deutscher Polizeibehörden und des Auswärtigen Dienstes sowie ihrer dort ansässigen Familien sind durch das Bundesministerium für Verteidigung, das Bundesministerium des Innern sowie das Auswärtige Amt Daten an das Statistische Bundesamt zu übermitteln (§ 3 Absatz 3 und 4 ZensG 2011). Aufgrund der dort verfügbaren Verwaltungsunterlagen sowie des z. T. hohen Schutzbedürfnis eines Teils der Daten wird hier auf einen reduzierten Merkmalskranz zurückgegriffen (Name, Vorname, Geschlecht, Staat des gegenwärtigen Aufenthalts, Beginn Auslandsaufenthalt). Diese Lieferungen wurde durch das Statistische Bundesamt verarbeitet.

Die Beurteilung der Melderegisterdaten in Hessen

Der Einzug der Melderegisterdaten in Hessen folgte dem bundeseinheitlichen Konzept. Vor den jeweiligen Datenanforderungen bei den Kommunen erfolgte eine Vorinformation, in der über den Umfang, den Zeitpunkt und die Liefermodalitäten im Vorfeld informiert wurde. Parallel dazu fanden Gespräche mit den Softwarefirmen statt, die Melderegisteranwendungen für die Kommunen bereitstellten und die für die Kommunen die Datenlieferungen für den Zen-

sus 2011 programmiert hatten. Die Situation in Hessen stellte sich dabei für den Zensus 2011 wie folgt dar: Die 426 Meldebehörden in Hessen wurden von 4 Software-Dienstleistern „versorgt“, wovon sich 386 Kommunen sich der Ekom21 als Dienstleister bedienten.

Die geringe Streuung der Softwareanbieter in Hessen war von großem Vorteil. So konnten etwaige Programmierfehler und Probleme beim Dateneinzug mit wenigen Ansprechpartnern geklärt werden. Als Übermittlungsweg für die Dateien der Meldebehörden wurde in Hessen ausschließlich IDEV⁸⁾ eingesetzt.

Die Vollzähligkeit der Datensätze wurde anhand des Gemeindeleitbands (GV2000) gemessen, und es erfolgte eine Auszählung der gelieferten Datensätze nach Haupt- und Nebenwohnung. Nach Abschluss der Verarbeitung der Datenlieferung MR.05 mit Stichtag 1. November 2010 erhielt jede Kommunen in Hessen im März 2011 durch das Hessische Statistische Landesamt eine gemeindespezifische Rückmeldung in Form eines Schreibens, in dem verschiedene Protokoll-daten übermittelt wurden.

Darüber hinaus wurden den Kommunen mit gleichem Schreiben folgende Vergleichswerte mitgeteilt: „Fortgeschriebene Bevölkerung nach GV2000 (Einwohner mit Haupt- bzw. alleiniger Wohnung)“ sowie „Abweichung der Datensätze mit Haupt-/alleiniger Wohnung aus MR.05 zu GV2000 in %“.

Diese Angaben dienten zur Information der Kommunen und als Rückmeldung zur Datenlieferung MR.05 und nicht der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl.

Im Rückblick auf die Arbeiten mit den Melderegisterabzügen im Rahmen des Zensus 2011 für Hessen lassen sich die aufgetauchten Fehler in 3 Bereiche einteilen:

1. Eingabefehler vor Ort in den Kommunen (Schreibfehler, unvollständige/fehlende Eintragungen, unzulässige (Leer-)Zeichen) oder auch Eintragungen nach der „Gepflogenheit“ in einzelnen Kommunen.
2. Softwarespezifische Probleme im Rahmen der Datenübermittlung für den Zensus.
3. Probleme, die dem Melderegister selbst nicht anzulasten sind, weil sie sich erst in späteren Arbeitsschritten beim Aufbau des AGR wie dem Zusammenspiel mit Daten der Vermessungsbehörden und der Bundesagentur für Arbeit über das Merkmal „Anschrift“ ergeben. Die unterschiedliche Handhabung bei der Verwendung von Hausnummernzusätzen oder unterschiedliche Abkürzungen bei identischen Straßennamen beispielsweise machten weitere Arbeitsschritte notwendig.

Die Fehler unter Punkt 1 und 2 wurden im Rahmen der Plausibilitätsprüfungen auffällig, die Probleme der dritten Kategorie erst in den weiteren Verarbeitungsschritten.

Fazit

Für den registergestützten Zensus hat sich die Nutzung der Melderegister als eine gute Methode erwiesen, mit überschaubarem Aufwand eine gute Ausgangsbasis für die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen zu schaffen. Die Regeln für die Plausibilisierung haben sich bewährt. Mit der weitestgehenden Einhaltung der Vorgaben für Form und Inhalt des im Datensatz für das Meldewesen aufgeführten Datenfelder sind die Voraussetzungen geschaffen, die automatisierten Datenübertragungen zwischen den Meldebehörden untereinander und zu anderen Behörden technisch übersichtlich und richtig zu realisieren.

8) IDEV = Internet Datenerhebung im Verbund. Bei diesem Verfahren erfolgt die Authentifizierung des Anwenders durch Benutzerkennung und Passwort. Die Kommunikation mit dem Server im Landesamt erfolgt ausschließlich über das HTTPS-Protokoll mit einer Verschlüsselung hoher Komplexität.

Protokoll-daten für Hessen insgesamt	
Merkmal	Angaben für Hessen insgesamt
Gelieferte Datensätze MR.05 insgesamt	6,44 Mill.
Gelöschte Datensätze insgesamt ¹⁾	465
In Datenbankmaterial MR.05 aufgenommen ²⁾	6,44 Mill.
davon	
mit Hauptwohnung	6,04 Mill.
mit Nebenwohnung	0,40 Mill.
1) Gelöschte Datensätze: Die Wohnung befindet sich nicht in der Gemeinde, für die Daten geliefert werden. – 2) Nicht übernommen und abgewiesen wurden Datensätze dann, wenn der Tag der Geburt nach dem Stichtag liegt.	



Susanne Fröhlich
 sfröhlich@statistik-hessen.de



Die Beteiligung der hessischen Kommunen am Zensus 2011 und deren Nutzen

Die Durchführung des Zensus war nicht allein Sache der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, sondern in besonderem Maße auch Aufgabe der Kommunen. Der Beitrag der Kommunen zum Zensus beinhaltete insbesondere die Lieferung von Melderegisterauszügen, die Bereitstellung von Grundsteuerdaten sowie die Vorbereitung und Durchführung von primärstatistischen Erhebungen, worunter die direkten Befragungen zu verstehen sind. Für die Realisierung dieses in Deutschland einzigartigen Konzepts eines registergestützten Zensus war eine intensive Mitwirkung der Kommunen deshalb unverzichtbar.

Registerlieferungen

Alle 426 Gemeinden Hessens lieferten zu insgesamt 5 Stichtagen Melderegisterauszüge. 3 Lieferungen erfolgten vor dem Stichtag, nämlich zum 1. April 2008, zum 1. April 2010 und zum 1. November 2010. Eine weitere Lieferung erfolgte zum Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011 und eine letzte 3 Monate danach zum 9. August 2011. Die ersten 3 Lieferungen vor dem Stichtag dienen dem Aufbau des Adressen- und Gebäuderegisters, das als zentrale Leitdatei des Zensus fungiert. Dieses Register stellt das wesentliche Instrument für die Feststellung der bewohnten Adressen und damit letztlich der Einwohnerzahlermittlung dar und ist darüber hinaus auch das zentrale Steuerungselement für die Erhebungsorganisation, -vorbereitung und -durchführung des Zensus. Neben den Daten der Meldebehörden wurde es hauptsächlich aus Dateien der BA und der Vermessungsbehörden zu bewohnten Adressen gespeist.

Rund ein halbes Jahr vor dem Stichtag, am 1. November 2010, erfolgte die für die Vorbereitung der Erhebungen vor Ort relevante Datenlieferung der Melderegisterauszüge. Sie

war von besonderer Relevanz, da sie erstmals auch Personenmerkmale enthielt. Aufbauend auf diesen Angaben konnten die Planungen für die folgenden örtlichen Erhebungen konkretisiert werden: Kalkulation der benötigten Zahl von Erhebungsbeauftragten, Räumen etc. Zum Zensusstichtag erfolgte eine Lieferung aller Angaben der zu diesem Zeitpunkt in den Melderegistern geführten Personen, womit die zentrale Lieferung im Zensus 2011 vollzogen wurde. Die

Die intensive Mitwirkung der Kommunen war unverzichtbar

Melderegisterdaten wurden mit den anhand von Befragungen gewonnenen Daten zum zensustypischen Datensatz für die Auswertung zusammengeführt. Am 9. August 2011, 3 Monate nach dem Stichtag, fand schließlich nochmals eine Melderegisterlieferung statt. Diese Lieferung war erforderlich, um stichtagsrelevante Umzüge, Geburten und Sterbefälle nachträglich zu erfassen.

Neben den Daten aus den Melderegistern übermittelten die Kommunen auch erwerbsstatistische Angaben über die bei ihnen beschäftigten Beamtinnen und Beamten sowie Dienstordnungsangestellte. Diese Datenübermittlung war notwendig, weil die BA zwar Informationen über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, aber nicht über Beamtinnen und Beamte be-

reitstellen kann. Bei den erwerbsstatistischen Merkmalen der Kommunen zum Zensusstichtag handelte es sich u. a. um die folgenden: amtlicher Gemeindeschlüssel des Arbeitsortes, amtlicher Gemeindeschlüssel des Wohnortes, Dienststellen-Nummer, Name oder Bezeichnung der Dienststelle, Umfang des Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnisses, kommunaler Aufgabenbereich, Wirtschaftszweig der Berichtsstelle, Name oder Bezeichnung der Berichtsstelle und Betriebsnummer bei der BA.

Im Rahmen des Zensus fand auch eine Gebäude- und Wohnungszählung statt. Diese sollte als postalische Befragung der Eigentümer oder sonstiger Nutzungsberechtigter ablaufen. Voraussetzung hierfür war die Ermittlung der Auskunftspflichtigen für alle beim Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters ermittelten Wohngebäude. Zu diesem Zweck konnten nach den Vorgaben des Zensusgesetzes weitere Register genutzt werden. Um zum Stichtag alle Eigentümer und Verwalter von Gebäuden und Wohnungen anschreiben zu können, bedurfte es im Vorfeld neben der Eigentümerermittlung anhand der Daten der Oberfinanzdirektion und der Ver- und Entsorger vor allem der Recherchen in den kommunalen Registern der Grundsteuerstellen. Das Hessische Statistische Landesamt (HSL) erhielt hierzu insgesamt 2 Lieferungen von den kommunalen Grundsteuerstellen. Die erste Lieferung erfolgte im April 2009, die zweite Lieferung im April 2010. Dabei diente die zweite Lieferung der Aktualisierung der bereits im Jahr zuvor erhaltenen Registerinformationen – neue Eigentümer wurden aufgenommen, nicht mehr aktuelle Eigentümer wurden durch die gegenwärtigen Eigentümer ersetzt.

Vorbereitung und Durchführung primärstatistischer Erhebungen

Da die im Zensus 2011 verwendeten Register einige für die Zensusergebnisse benötigten Angaben entweder nicht enthielten oder nach den Ergebnissen des Zensusstests eine nicht ausreichende Qualität aufwiesen, waren zusätzlich primärstatistische Erhebungen notwendig. An der Durchführung eines Teils der primärstatistischen Befragungen waren die Kommunen maßgeblich beteiligt. Dies betraf die Haushaltebefragungen, Erhebungen an Sonderanschriften, Befragungen zur Klärung von Unstimmigkeiten und die Ersatzvornahmen.

Den Kommunen oblag die vollständige Organisation und Durchführung der genannten Erhebungen. Die sogenannten Erhebungsstellen der Kommunen wurden ab Herbst 2010 von den Kreisverwaltungen, den kreisfreien Städten sowie den Sonderstatusstädten (Städte mit über 50 000 Einwohnern) eingerichtet. Die so entstandenen insgesamt 33 Erhebungsstellen waren insbesondere auf der Grundlage der datenschutzrechtlichen Vorgaben (Statistikgeheimnis) von der übrigen Verwaltung personell, organisatorisch und räumlich zu trennen und hatten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die statistische Geheimhaltung zu gewährleisten. Die statistische Geheimhaltung ist ein Grundprinzip der amtlichen Statistik und gewährleistet, dass Erkenntnisse aus der Erhebungstätigkeit nicht für andere Verwaltungsaufgaben verwendet werden.



Die Hauptaufgabe der Erhebungsstellen war die Organisation und Durchführung sowohl der Haushaltebefragungen als auch der Befragungen an Sonderanschriften. Mit dem Ziel, die aus den Melderegistern stammenden Bevölkerungszahlen statistisch zu korrigieren, wurden im Rahmen der Haushaltebefragung knapp 12 % der hessischen Bevölkerung befragt; das entspricht rund 734 000 Personen. Darüber hinaus sollten auf diesem Weg zusätzliche Informationen, beispielsweise zum Bildungsstand oder zum Migrationshintergrund, erhoben werden. Die Befragung erfolgte wahlweise durch Interviewer, schriftlich oder online. Die 33 Erhebungsstellen Hessens warben allein für diese Erhebung insge-

samt über 7000 Interviewer an und schulten sie. Die Befragung an Sonderanschriften beinhaltete eine Befragung der Bewohner und Einrichtungsleitungen von Gemeinschaftsunterkünften, wie Studenten- und Behindertenwohnheime, Klöster etc. Das primäre Ziel bestand in der Feststellung der Einwohnerzahl. Aufgrund der hohen Fluktuation in den Sonderanschriften wurde dieser Erhebungsteil als Vollerhebung von den Erhebungsstellen durchgeführt.

Auch im Zuge der Gebäude- und Wohnungszählung fielen für die Erhebungsstellen Aufgaben an. Sie beinhalteten die ersatzweise Begehung von Anschriften zur Feststellung von Gebäudemerkmalen, die sogenannten Ersatzvornahmen. Die Ersatzvornahmen waren notwendig, wenn

die schriftliche Befragung erfolglos blieb. Des Weiteren klärten die Erhebungsstellen Unstimmigkeiten an Anschriften in Gemeinden (Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten) mit weniger als 10 000 Einwohnern, bei denen es nur eine bewohnte Wohnung gab und es zwischen den Angaben zur Zahl der Bewohner aus dem Melderegister einerseits und den Angaben der Gebäudeeigentümer zur Zahl der Bewohner andererseits Abweichungen gab.

Für alle genannten Erhebungen prüften die Erhebungsstellen die eingehenden Erhebungsunterlagen auf Vollständigkeit und Vollständigkeit und übermittelten diese an das HSL. Außerdem standen die Erhebungsstellen als Ansprechpartner für Auskunftspflichtige, Interviewer und Bürger vor Ort zur Verfügung.

Die Erhebungsstellen konnten ihre letzten Arbeiten im Juni 2012 erfolgreich beenden und wurden geschlossen.

Nutzen

Der Zensus 2011 liefert Daten, die als wichtige Informations- und Planungsgrundlage für die Kommunen in Hessen dienen können. Zentrales Zensusergebnis sind die amtlichen Einwohnerzahlen, die für eine Vielzahl von Fragen, aber auch von rechtlichen Vorgängen, die Grundlage sind. Allein in Hessen hängen über 70 Rechtsfolgen mit der Einwohnerzahl zusammen, beispielsweise der Länderfinanzausgleich oder die Zahl der Sitze eines Bundeslandes im Bundesrat. Sie sind darüber hinaus Richtgrößen für die Einteilung von Wahlkreisen, die Berechnung der Sitze in Gemeinderäten und die Bezahlung der Bürgermeister.

Diese Angaben bilden zudem den Ausgangspunkt für die Bevölkerungsfortschreibung und -vorausberechnung. Die Einwohnerzahl kann aber auch eine entscheidende Größe bei der kommunalen Infrastrukturplanung von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern etc. sein. Nur mit aktuellen Einwohnerzahlen können der heutige und der zukünftige Bedarf an Infrastruktureinrichtungen bestimmt werden.

Neben den Einwohnerzahlen bilden die erwerbsstatistischen Angaben wertvolle Informationen für Planungen und ermöglichen den Kommunen



regionale Vergleiche hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung und des Arbeitskräftepotenzials.

Die Feststellung des Gebäude- und Wohnungsbestandes sowie seiner Nutzung ist von zentraler Bedeutung für wohnungspolitische sowie raumplanerische Entscheidungen in den Kommunen.

Zieht man Bevölkerungszahlen und weitere Merkmale, wie die Altersstruktur, hinzu, lässt sich aus den gewonnenen Angaben die örtliche Nachfrage nach Gebäuden und Wohnungen prognostizieren.

Die lokalen Akteure benötigen die gewonnenen Informationen auf kommunaler Ebene für ihre Planungen und Entscheidungen. Entscheidend für kommunale Fragestellungen ist dabei oft, dass die Daten auch unterhalb der Gemeindeebene – z. B. differenziert nach Gemeindeteilen, Planungsräumen oder anderen Gebietseinteilungen – entsprechend strukturiert verfügbar sind. Dies wird mit den Ergebnissen des Zensus 2011 für die Gemeinden ermöglicht. Die im Zensus gewonnenen Daten bilden somit die Basis für eine effiziente Gestaltung kommunaler Politik und Verwaltung.

Einzelangaben zur eigenen Auswertung können jedoch nur solche Gemeinden bekommen, die über eine abgeschottete Statistikstelle verfügen. Die Mehrheit der Kommunen, für die dies nicht zutrifft, sind auf Datenaufbereitungen und Auswertungen des HSL angewiesen. Über das gesetzliche Pflichtprogramm des Zensus vonseiten der statistischen Landesämter hinaus bietet das HSL den Städten und Gemeinden die Möglich-

keit an, kleinräumig gegliederte Auswertungen unterhalb der Gemeindeebene zu erhalten (z. B. für Stadtteile, Baublöcke oder Blockseiten).

Allerdings sind nicht alle im Rahmen des Zensus 2011 erhobenen Daten auf kleinräumiger Ebene verfügbar. Flächendeckend vorhanden sein werden demografische Merkmale (Alter, Geschlecht, Familienstand), Haushaltszusammenhänge (verschiedene Familientypen und Lebensgemeinschaften), Gebäude und Wohnungen (Angaben zu Beständen, Baujahr, Eigentumsverhältnissen, Belegungsstatus, Größe), erwerbsstatistische Angaben (Angaben für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Beamt(inn)e(n), Richter/-innen u. Ä.).

Fazit

Der Zensus 2011, die Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung, ist ein methodisch und organisatorisch äußerst komplexes Großprojekt. Die Vorbereitung und Durchführung erforderte eine enge Kooperation zwischen dem HSL und den Kommunen, denen eine tragende Rolle bei der erfolgreichen Realisierung des Projektes zukam. Nur sie verfügten über die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und die notwendigen Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten. Belastbare Zensusergebnisse waren deshalb nur mit der Beteiligung der Kommunen zu erzielen.



Philip Graze
 pgraze@statistik-hessen.de



Erhebungsstellen im Zensus 2011 – Aufbau, Organisation und Aufgaben

Trotz einer geänderten Methodik mit dem Schwerpunkt auf einer Auswertung vorhandener Registerdaten wurde sehr schnell klar, dass auch im Zensus 2011 auf eine Einrichtung von Erhebungsstellen und die entsprechende Mitarbeit kommunaler Verwaltungen nicht verzichtet werden konnte. Im Folgenden werden die wesentlichen Eckpunkte der Arbeit der Erhebungsstellen skizziert und der Ablauf der Zusammenarbeit dargestellt.

Einrichtung der Erhebungsstellen

Mit dem Zensus 2011 wurde eine methodische Änderung des Erhebungsverfahrens hin zu einer registergestützten Verfahrensweise vorgenommen. Somit wurde in Deutschland ein neues Verfahren eingeführt, das sich erheblich von einer traditionellen Volkszählung wie der des Jahres 1987 unterscheidet: Bei dem neuen Verfahren wurden nicht mehr alle Haushalte befragt, sondern hauptsächlich vorhandene Verwaltungsregister zur Gewinnung der Daten genutzt. Informationen über die Gebäude und Wohnungen, die nicht flächendeckend durch die Verwaltung erfasst sind, wurden darüber hinaus über die Gebäude- und Wohnungseigentümer erhoben. Weitere Angaben, wie etwa zur Bildung und Ausbildung oder über bestimmte Formen der Erwerbstätigkeit, wurden bei einem Teil der Einwohnerinnen und Einwohner in Form einer repräsentativen Stichprobe erfragt. Der Umfang der Stichprobe wurde mit höchstens 10 % auf Bundesebene festgelegt. In den Ländern wich der Umfang aufgrund der Stichprobenmethodik von diesem Wert ab; in Hessen ergab sich ein Stichprobenumfang von rund 12 %. Die stichprobenweise Befragung hatte zudem die Aufgabe, Fehler der Melderegister zu korrigieren.

Da in den Verwaltungsregistern jegliche Informationen über Haushaltszusammenhänge fehlen, wurde zusätzlich ein Verfahren entwickelt, bei

dem anhand vorhandener Registermerkmale mit den Angaben aus der Stichprobe auch die Haushaltszusammenhänge generiert werden können. Die neue Form des Zensus kam aber nicht ohne Erhebungsstellen aus, wie es sie schon in den vergangenen Volkszählungen gegeben hatte. Die Leiter der statistischen Ämter hatten mit einem gemeinsam gefassten Beschluss bereits am 19. Juli 2007 vorgegeben, bestimmte Aufgaben von kommunalen Erhebungsstellen (EHSt) wahrnehmen zu lassen. Aufbauend auf dieser Beschlusslage wurde im Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) ein Konzept für die Einrichtung und den Betrieb von Erhebungsstellen entwickelt. Aufgrund der neuen Zensusmethode wurde bereits zu einem frühen Zeitpunkt davon ausgegangen, Er-

Alle Städte mit über
50 000 Einwohnern
hatten eine
Erhebungsstelle

hebungsstellen nicht in allen Gemeinden einzurichten. Vielmehr wurden verschiedene Modelle geprüft und auch kostenmäßig gegeneinander abgewogen. Letztlich führten die Überlegungen zu der Lösung, Erhebungsstellen schwerpunktmäßig in den Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 50 000 Einwohnern einzurichten. Die Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern sollten jeweils von einer auf Ebene des Landkreises eingerichteten Erhebungsstelle betreut werden.

Die Einbindung der Kommunen bot u. a. den Vorteil, die Vor-Ort-Kennntnis der Kommunen bei den Nacherhebungen, Ersatzvornahmen und Prüfungen zu nutzen. Allerdings war absehbar,

dass die Arbeiten des Zensus teilweise zeitgleich mit der Kommunalwahl im März 2011 und den damit verbundenen Vor- und Nacharbeiten anfallen würden. Hinsichtlich des abzudeckenden Zeitraums war ein Betrieb der Erhebungsstellen zwischen Oktober 2010 und Juli 2012 erforderlich. Das Zensusanordnungsgesetz regelt im § 10 die Aufgaben der Erhebungsstellen:

„§ 10 Erhebungsstellen

- (1) Zur Durchführung der Erhebungen nach den §§ 6 bis 8, 14, 15 und 16 können die Länder Erhebungsstellen einrichten. Den Erhebungsstellen können auch Aufgaben übertragen werden, die nach diesem Gesetz von den statistischen Ämtern der Länder zu erfüllen sind.
- (2) Die Erhebungsstellen sind räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen zu trennen. Es ist sicherzustellen, dass die Angaben in den Erhebungsunterlagen nicht für andere Aufgaben verwendet werden. Die in den Erhebungsstellen tätigen Personen sind schriftlich zu verpflichten, das Statistikgeheimnis zu wahren und auch solche Erkenntnisse über Auskunftspflichtige geheim zu halten, die bei ihrer Tätigkeit gewonnen werden. Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung der Tätigkeit in den Erhebungsstellen.“

Zusätzlich war auch eine landesgesetzliche Regelung für die Einrichtung der Erhebungsstellen bzw. zur Regelung der Zuständigkeiten für die im Rahmen des Zensus 2011 anfallenden Aufgaben notwendig. Der Hessische Landtag verabschiedete daher am 23. Juni 2010 das Hessische Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz 2011 und das Gesetz zur Änderung des Hessischen Landesstatistikgesetzes (GVBl. I S.178). Nach § 3 dieses Gesetzes wurden für die örtliche Durchführung des Zensus in den kreisfreien Städten und den kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern sowie in den Landkreisen Erhebungsstellen eingerichtet. In Hessen entstanden daher 33 kommunale Erhebungsstellen, und zwar in den 5 kreisfreien Städten Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach am Main, Wiesbaden und Kassel, den 7 Sonderstatusstädten Bad Homburg, Hanau, Rüsselsheim, Gießen, Wetzlar, Marburg und Fulda sowie bei den 21 Kreisverwaltungen. Letztere waren für die Durchführung des Zensus in den jeweiligen kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit Ausnahme der Sonderstatusstädte zuständig.

Kommunale Kostenerstattung

Hinsichtlich der Frage der anfallenden Kosten wurde vor Beginn der Arbeiten eine Schätzung der voraussichtlich anfallenden Aufwände vorgenommen. Mit der Verordnung zur Regelung der Kostenerstattung nach § 15 Abs. 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zensusgesetz



2011 vom 12. Oktober 2010 (GVBl. I S.326) wurde zur Abgeltung der entstandenen Aufwände ein Gesamtbetrag von 13,6 Mill. Euro zur Verfügung gestellt. Allerdings stellte sich aufgrund der Erfahrungen in der Erhebungsphase heraus, dass die tatsächliche Entwicklung in Teilen über den erwarteten Verhältnissen lag. Bereits Mitte Mai 2011 begann daher eine Arbeitsgruppe aus kommunalen Vertretern und Vertretern des HSL bzw. der Hessischen Staatskanzlei mit der Dokumentation einzelner Aufwandspositionen, die sich gegenüber den ursprünglichen Annahmen als kritisch herausgestellt hatten bzw. sich im weiteren Verlauf der Arbeiten noch als kritisch herauskristallisierten. Im Ergebnis dieser Arbeiten wurde mit der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Kostenerstattung nach § 15 Abs. 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Zensusgesetz 2011 vom 15. Januar 2013 (GVBl. I S.38) den Entwicklungen Rechnung getragen. Insgesamt wurde ein Betrag von 1,5 Mill. Euro zusätzlich an die entsprechenden Kommunen bzw. Landkreise ausgezahlt, sodass zusammen knapp 15,1 Mill. Euro als Kostenerstattung für die Einrichtung und den Betrieb der Erhebungsstellen der kommunalen Seite zuflossen.

Datenschutz

Wie in der amtlichen Statistik allgemein üblich, sahen sich auch Erhebungsstellen sehr hohen Anforderungen aus datenschutzrechtlicher Sicht ausgesetzt. Grundlage für die Einrichtung der Erhebungsstellen war zunächst eine entsprechende Organisationsverfügung der zuständigen Gremien in den Stadt- oder Kreisverwaltungen. Durch eine entsprechende Abschottung der Erhebungsstellen musste eine eindeutige und für jedermann nachvollziehbare Trennung der amtlichen Statistik von der übrigen Verwaltung sichergestellt werden. Unter Abschottung ist die organisatorische, personelle und räumliche Trennung von anderen Stellen innerhalb der Stadt- oder Kreisverwaltung zu verstehen. Die Erhebungsstellen durften über die Aufgaben der amtlichen Statistik sowie der Kommunalstatistik hinaus kei-

ne auf den einzelnen Betroffenen gerichtete Verwaltungsaufgabe wahrnehmen.

Um der in seinem Volkszählungsurteil vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten strikten Trennung von Verwaltung und Statistik Rechnung zu tragen, musste durch die Trennung ein verlässlicher Schutz gegen jede Zweckentfremdung gegeben sein. Die Abschottung, d. h. die Unzugänglichkeit der Daten durch andere Bereiche der Kommune, war durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen der Kommune zu gewährleisten. Im Einzelnen waren erforderlich:

- Die Erhebungsstelle musste eine eigenständige organisatorische Einheit bilden.
- Eigene, vor unbefugtem Zugriff geschützte Räumlichkeiten.
- Ausreichender Schutz gegen den Zutritt durch unbefugte Personen.
- Eigenes Personal, d. h. dass zumindest während einer Aufgabenerledigung in der Erhebungsstelle den dort Beschäftigten keine dem Verwaltungsvollzug zuzurechnenden Aufgaben übertragen werden durften. Das Personal musste die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten und darf auch nach dem Ende der Tätigkeit aus den Einzeldaten gewonnene personenbezogene Erkenntnisse nicht für andere Zwecke verarbeiten oder offenbaren. Das Personal wurde schriftlich auf das Statistikgeheimnis verpflichtet.
- Für die Erhebungsstelle bestimmte Sendungen durften nur dort und nur von dem dortigen Personal geöffnet werden. Die Poststelle musste Sendungen für die Erhebungsstelle ungeöffnet nach dort weitergeben.

Voraussetzung für den Betrieb der kommunalen Erhebungsstellen war das Vorhandensein einer ständigen und dauerhaften rechentechnischen Infrastruktur, die es jederzeit ermöglichte, Einzeldatensätze abgeschottet verarbeiten zu können. Dies konnte beispielsweise durch lokales und damit physikalisch vom übrigen Verwaltungsnetz getrenntes Betreiben eines Rechners oder auch durch eine ausreichende Verschlüsselung für die Leitungsübertragung und für die Speicherung der statistischen Daten erfolgen.



Das detailliert entwickelte IT-Konzept des Zensus 2011 sah eine weitgehende Erhebungsunterstützung durch automatisierte Verfahren in Form von zentralen Web-Anwendungen vor. Der Zugang zu den einzelnen Anwendungen erfolgte dabei durch ein Zentrales Erhebungsunterstützungssystem für den Zensus, das ZEUZ-Portal. Über dieses Portal erhielten die Erhebungsstellen Zugang zu:

- dem Zentralen Erhebungsmanagement (ZEM) der Haushaltsstichprobe;
- dem Erhebungsmanagementsystem (EMS) der Erhebung an Sonderanschriften;
- dem Erhebungsstellenmanagement (EÜM) für die erhebungsteilübergreifenden Aufgaben, wie z. B. Verwaltung und Abrechnung von Erhebungsbeauftragten.

Für die Anbindung der Erhebungsstellen an die IT-Verfahren unter den einzuhaltenden Voraussetzungen wurde das Testa-Netz (später DOI-Netz) genutzt. Grundsätzlich waren aus den damaligen Anforderungen heraus folgende IT-bedingte Anforderungen zu stellen:

- abgeschotteter Speicherplatz in der EHSt (z. B. zur Ablage von Leitdateien für Serienbriefe im Rahmen des Erinnerungs- und Mahnwesens);
- Verfügbarkeit der örtlich üblichen Anwendungen (z. B. Textverarbeitung);
- Anbindung an kommunale Zahlungs- und Verwaltungsvollstreckungsverfahren (z. B. um die Vergütung der Erhebungsbeauftragten oder den Einzug von Zwangsgeldern zu ermöglichen);
- Drucker im räumlich abgeschotteten Bereich der Erhebungsstelle, um Ausdrücke zu erstellen, die Informationen enthalten, die unter die statistische Geheimhaltung fallen (z. B.: Lieferschein für die Abgabe der Erhebungsunterlagen);
- E-Mail für die elektronische Erreichbarkeit der Erhebungsstelle vonseiten interessierter Bürgerinnen und Bürger oder der Auskunftspflichtigen und zwischen den Erhebungsstellen und dem HSL.

- Ein Internetzugang der Erhebungsstellen wurde nicht als zwingend erforderlich, aber als sinnvoll und wünschenswert eingestuft.

Als Hilfestellung für die Umsetzung der Anforderungen wurde den mit dem Aufbau der Erhebungsstellen betrauten Verwaltungen eine entsprechende Anleitung zur Verfügung gestellt.



Darin waren die bei Aufbau und Betrieb der Erhebungsstellen zu beachtenden Anforderungen und Maßnahmen beschrieben. Weiterhin enthielt diese Anleitung auch eine Checkliste zur Abarbeitung der Anforderungen sowie Mustertexte für Dienstanweisungen, Ausschreibungen, Informationsschreiben sowie die Verpflichtung zur Geheimhaltung. Die Umsetzung der Maßnahmen vor Ort wurde durch Mitarbeiter des HSL, aber auch durch den Hessischen Datenschutzbeauftragten geprüft.

Erhebungsbeauftragte

Die Erhebungsstellen mussten für die Durchführung der Erhebungen vor Ort auf die Mitarbeit von Erhebungsbeauftragten zurückgreifen. Gesetzliche Grundlage für den Einsatz sowie die von den Erhebungsbeauftragten wahrzunehmenden Aufgaben regelte § 11 ZensG. Für die Tätigkeit als Erhebungsbeauftragte waren solche Personen auszuwählen, die die Gewähr dafür boten, dass sie die Erhebungsbeauftragten-tätigkeit nach besten Kräften ausüben und das Statistikgeheimnis strikt wahren würden. Bewährt hatten sich in der Vergangenheit Kräfte aus dem Bereich

der öffentlichen Verwaltung, die auch jetzt wieder in die erste Wahl kamen. Die EHSt mussten die Erhebungsbeauftragten auswählen, schulen und über ihre Rechte und Pflichten belehren sowie auf die sorgfältige Durchführung ihrer Aufgaben und die Wahrung des Statistikgeheimnisses schriftlich verpflichten.



Wichtig war es, darauf zu achten, dass keine Erhebungsbeauftragten eingesetzt wurden, die Erkenntnisse aus ihrer Tätigkeit zu Lasten des Auskunftspflichtigen benutzen könnten (Polizei, Staatsanwalt, Einwohnermeldewesen etc.). Auch durften die Erhebungsbeauftragten nicht in ihrer eigenen unmittelbaren Nachbarschaft eingesetzt werden.

Die Schulungen führten die EHSt auf Grundlage ihrer vorherigen eigenen Schulung durch das HSL und anhand von vorbereiteten Schulungsunterlagen durch. Zu diesem Zweck erhielten sie vom HSL erstellte ausführliche Anleitungen zu den anstehenden Tätigkeiten, wie Begehungen oder Bearbeitung ihrer Interviewbezirke. Am Ende der Schulungen wurden den Erhebungsbeauftragten dann die notwendigen Unterlagen übergeben.

Die Aufgaben im Einzelnen

Im Rahmen des Zensus 2011 wurde auch eine postalische Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) durchgeführt. Obwohl die Vorbereitung und Durchführung der GWZ zentral im HSL erfolgte, gab es im Prozessablauf auch Aufgaben,

die durch die EHSt oder die von dort eingesetzten Erhebungsbeauftragten bearbeitet wurden. Schon kurz nach dem Versand der GWZ-Erhebungsunterlagen meldeten sich Auskunftspflichtige in den EHSt, gaben die Erhebungsunterlagen entgegen der Vorgaben in den EHSt ab oder suchten Hilfe und Unterstützung bei der Auskunftserteilung. Die Übergabe der Erhebungsunterlagen für die zentrale Beleglesung oder die Datenerfassung musste organisiert werden, um zu gewährleisten, dass aufgrund von Dateneingängen in einer EHSt keine Mahnungen an die Auskunftspflichtigen versandt wurden.

Für die Fälle, in denen die Auskunftspflichtigen trotz durch das HSL eingeleiteter Erinnerungs- und Mahnverfahren ihrer Auskunftspflicht nicht nachkamen, sah das GWZ-Fachkonzept die sogenannte Ersatzvornahme (EVN) vor Ort durch Erhebungsbeauftragte vor. Damit sollte eine ersatzweise Ermittlung notwendiger Gebäude- und Wohnungsmerkmale in Form einer Inaugenscheinnahme des Gebäudes und ggf. durch die Befragung von Bewohnern zur vollzähligen Ermittlung der Erhebungseinheiten durchgeführt werden. Eine vollzählige wohnungsweise Befragung aller Mieter erfolgte nicht. Da die GWZ-Angaben in den Kommunen mit weniger als 10 000 Einwohnern auch Hinweise für die Einwohnerzahlermittlung liefern sollten, erfolgte die Durchführung der EVN in Abhängigkeit des Erhebungsverlaufs schon ab Dezember 2011. Letzte Arbeiten im Rahmen der GWZ durch Erhebungsbeauftragte erfolgten bis Ende Juni 2012.

Die umfangreichsten Arbeiten fielen im Rahmen der Haushaltsstichprobe an. An insgesamt 185 000 ausgewählten Anschriften wurden 735 000 Personen befragt. Für den Bereich der Haushaltsstichprobe lassen sich die Aufgaben der Erhebungsstellen und der Erhebungsbeauftragten wie folgt weiter aufgliedern: Nach Einrichtung der Erhebungsstelle wies diese den Erhebungsbeauftragten Stichprobenanschriften zur Erhebung zu. Als Richtwert für die Einteilung wurde eine Aufteilung angestrebt, damit ein Erhebungsbeauftragter insgesamt rund 100 Personen bearbeitet (entspricht bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2 Personen etwa 50 Haushalten).

Bei großen Anschriften wurden im Rahmen einer Vorbegehung durch die Erhebungsstellen zunächst die Situation vor Ort und die Anzahl der Wohnungen je Geschoss festgestellt. Die Vor-

Bearbeitete Fallzahlen im Zensus 2011 in Hessen nach Erhebungsstellen und -teilen sowie Art der Rückfragen

Erhebungsstelle	Erhebungsteil				Rückfragen aufgrund unplausibler Angaben		
	Ersatzvornahmen ¹⁾ für die Gebäude- und Wohnungszählung	Haushalte- stichprobe	Befragungen an Sonderanschriften		Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten		sonstige Rückfragen
			sensibel	nicht-sensibel			
	Anschriften	Personen	Anschriften	Personen	Anschriften	Personen	Anschriften
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	2 440	8 106	21	4 628	–	–	40
Frankfurt am Main, Stadt	8 984	32 903	79	8 656	–	–	139
Offenbach am Main, Stadt	1 462	9 558	8	923	–	–	36
Wiesbaden, Landeshauptstadt	5 361	9 123	52	2 430	–	–	81
Bergstraße, Landkreis	5 741	36 774	53	2 826	1 882	3 154	478
Darmstadt-Dieburg, Landkreis	3 015	48 077	68	1 513	1 480	2 604	531
Groß-Gerau, Landkreis ²⁾	1 936	39 151	19	1 423	449	676	333
Hochtaunuskreis ¹⁾	1 524	25 793	30	2 554	1 229	1 894	288
Main-Kinzig-Kreis ¹⁾	4 726	51 834	52	2 543	2 107	4 096	755
Main-Taunus-Kreis	3 825	45 777	29	1 203	254	637	414
Odenwaldkreis	1 387	10 393	15	1 161	1 953	3 573	144
Offenbach, Landkreis	5 755	59 325	30	2 003	153	282	348
Rheingau-Taunus-Kreis	2 296	29 989	53	1 664	1 238	1 688	417
Wetteraukreis	7 288	37 690	49	3 614	3 072	2 716	554
Gießen, Landkreis ¹⁾	3 648	34 260	44	1 519	831	393	509
Lahn-Dill-Kreis ¹⁾	5 438	30 092	52	1 848	1 764	2 718	430
Limburg-Weilburg, Landkreis	2 205	18 379	29	1 699	1 823	1 902	200
Marburg-Biedenkopf, Landkreis ¹⁾	1 819	20 741	61	1 325	2 548	4 724	255
Vogelsbergkreis	1 603	12 449	70	1 074	1 788	2 644	173
Fulda, Landkreis ¹⁾	2 334	17 893	18	1 539	1 793	2 562	147
Hersfeld-Rotenburg, Landkreis	2 827	13 791	18	1 069	1 855	2 821	131
Kassel, Landkreis	2 459	33 887	39	2 550	2 386	4 675	310
Schwalm-Eder-Kreis	2 325	23 009	83	2 438	2 454	4 673	321
Waldeck-Frankenberg, Landkreis	2 187	18 102	61	1 938	2 388	3 504	277
Werra-Meißner-Kreis	1 251	12 795	20	1 553	1 506	2 956	182
Rüsselsheim, Stadt	1 352	6 895	7	482	–	–	26
Bad Homburg v.d. Höhe, Stadt	813	5 689	10	383	–	–	49
Wetzlar, Stadt	1 117	4 889	16	772	–	–	39
Hanau, Stadt	613	8 558	17	543	–	–	37
Gießen, Universitätsstadt	271	7 508	29	3 044	–	–	74
Marburg, Universitätsstadt	870	6 799	39	3 287	–	–	54
Fulda, Stadt	917	6 410	26	1 479	–	–	35
Kassel, documenta-Stadt	1 875	7 680	25	3 266	–	–	38
H e s s e n	91 664	734 319	1 222	68 949	34 953	54 892	7 845

1) Einschl. vorgezogene Ersatzvornahmen und Wohnraumprüfungen. – 2) Ohne Sonderstatusstadt.

begehungsliste diente der EHSt zur Zuweisung von Interviewbezirken bei Großanschriften, die größer als ein Interviewbezirk sind. Im Vorfeld der Schulungen waren dann die für die jeweiligen Erhebungsbeauftragten, personalisierten Organisationsunterlagen zusammenzustellen. Die personalisierten Unterlagen mussten mit den anderen Unterlagen, wie Fragebogen, Ankündi-

gungskarten und Verteilungslisten, zusammensortiert werden.

Die Erhebungsbeauftragten führten dann die Befragungen in Form von Interviews vor Ort durch. Sofern Selbstausfüllerwünsche geäußert wurden, wurden Papierfragebogen oder Zugangscodes für eine Online-Meldung übergeben. In allen an-

deren Fällen wurden die Erhebungsunterlagen durch den Erhebungsbeauftragten an die EHSt zurückgegeben. Aufgabe der EHSt-Mitarbeiter war eine Sicht- und Vollständigkeitskontrolle der Unterlagen. Ggf. mussten in Einzelfällen Rückfragen zur Klärung an die Erhebungsbeauftragten oder die Auskunftspflichtigen gestellt werden. Nach Feststellung, dass alle Unterlagen ordnungsgemäß und korrekt ausgefüllt worden waren, wurden zeitnah die Informationen des Rücklaufs erfasst. Postalisch eingegangene Frage-

Melderegisterangaben im Zusammenhang mit den Ergebnissen der GWZ, wurden in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern unplausible Anschriften identifiziert. Diese Fälle wurden den Erhebungsstellen zugeführt, die diese wiederum in Form von Befragungen durch Erhebungsbeauftragte vor Ort klären mussten. Diese Einzelfallklärungen spielten eine wichtige Rolle bei der Ermittlung der Einwohnerzahlen in den Kommunen mit weniger als 10 000 Einwohnern. Für die Durchführung der Arbeiten gelten im Wesentlichen die für die Durchführung der Haushaltsstichprobe gemachten Ausführungen.

Rücklauf von Erhebungsbogen in den Erhebungsstellen im Zensus 2011 in Hessen nach Erhebungsteilen und dem Weg der Rücksendung				
Erhebungsteil	Insgesamt	davon Rückgabe durch		
		Erhebungsbeauftragte	Post	Online-Meldung
		%		
Haushaltstichprobe	734 319	71,3	17,5	11,2
Sonderbereiche	70 171	.	.	.
davon sensible	1 222	80,8	0,1	19,1
nicht-sensible	68 949	45,1	51,1	3,8

bogen (Selbstaussfüller) wurden ebenfalls kontrolliert und als Eingang registriert. Online eingegangene Fragebogennummern wurden über eine Schnittstelle zu IDEV automatisch gespeichert und mit einem entsprechenden Hinweis (Online-Eingang) versehen. Alle Fragebogeneingänge wurden gesammelt und durch vom HSL veranlasste Transporte gebündelt und der Datenerfassung zugeführt. Fehlende Rückläufe wurden nach einer angemessenen Frist in das Erinnerungs- und Mahnungssystem eingespielt, gefolgt von Maßnahmen zur Durchsetzung der Auskunftspflicht über ein Buß- oder Zwangsgeldverfahren.

Im Rahmen der Erhebung an Gemeinschaftsunterkünften waren für die Bewohner in rund 2800 nicht-sensiblen und sensiblen Sonderanschriften die gleichen Prozessschritte wie im Rahmen der Haushaltsstichprobe notwendig. Auch hier wurden im Wege der Befragung entweder bei der Einrichtungsleitung (sensible Sonderanschriften, wie z. B. Behindertenwohnheime) oder bei den Bewohnern direkt die erforderlichen Merkmale erhoben (nicht-sensible Sonderanschriften, wie z. B. Studentenwohnheime).

Im Rahmen der Aufbereitung der Zensusdaten, insbesondere bei der Plausibilisierung der

Kommunikation/Begleitung des Prozesses

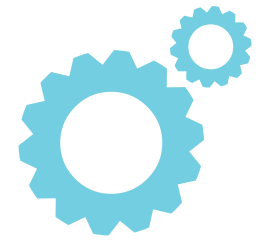
Im Verlauf der Tätigkeit der Erhebungsstellen gab es vielfältigen Kommunikationsbedarf, wie z. B. Fragen zum Ablauf oder zur Durchführung der Erhebungen, Informationsweitergabe zu neueren Entwicklungen oder der Austausch von Erfahrungen. Die Kommunikation zwischen HSL und Erhebungsstellen war eine der Voraussetzungen für das Gelingen des Zensus. Zur Bewältigung des Informationsaustausches wurden mehrere Kommunikationsstränge aufgebaut. Dazu zählten Schulungen, Erfahrungsaustausche und Besprechungen der mit der Kostenfrage betrauten Arbeitsgruppe. Darüber hinaus installierte das HSL ein nur den Erhebungsstellen zugängliches Internet-Angebot, welches dem Austausch von Informationen zwischen HSL und Erhebungsstellen diene. Über diesen Kommunikationsweg wurde eine Vielzahl von Newslettern an die EHSt mit aktuellen Informationen über Wartungsarbeiten der IT-Systeme, Fragen und Antworten zu aktuellen Problemen bei der Durchführung, Termine für anstehende Schulungen und Besprechungen, aber auch Materiallieferungen bzw. Abholung der Erhebungsunterlagen und aktuell in der Presse zum Zensus aufgetauchte Fragestellungen behandelt.

Insgesamt wurden im Zeitraum Oktober 2010 bis zur Schließung der Erhebungsstellen im Juni 2012 12 Schulungen für die verschiedenen Zielgruppen (Erhebungsstellenleiter, IT-Schulungen), 10 Erfahrungsaustausche, 2 Workshops für IT und Mahnwesen sowie 4 Sitzungen der mit der Frage der Kosten betrauten Arbeitsgruppe durchgeführt.



Carsten Beck
 cbeck@statistik-hessen.de

Zensus 2011 – Ihr Zugang zu den Ergebnissen¹⁾



Der Zensus 2011 ist eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung. Dabei werden – soweit möglich – bereits vorhandene Daten aus Verwaltungsregistern für statistische Zwecke genutzt. Eine Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis sowie die Befragung aller Gebäude- und Wohnungseigentümer korrigieren und ergänzen die Registerinformationen. Erste Ergebnisse zur Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung werden durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder am 31. Mai 2013 veröffentlicht.

Verschiedene Interessengruppen begegnen dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Zensusergebnisse mit unterschiedlichen Erwartungshaltungen. Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde erwarten beispielsweise Grundinformationen zu allgemeinen Fragestellungen, z. B. „Wie viele Bürgerinnen und Bürger leben tatsächlich in meiner Gemeinde?“ oder „Welche Bevölkerungsstruktur hat mein Wohnort?“. Der Informationsbedarf von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung hingegen kann als weit spezifischer und detaillierter eingeschätzt werden. Im Fokus werden hier insbesondere feingliedrige Informationen liegen. Fragestellungen wie „Wie hoch ist die Anzahl der leerstehenden Wohngebäude?“ oder „Welche Altersstrukturen charakterisieren meine Stadt und welche infrastrukturellen Maßnahmen sind daraus abzuleiten?“ werden den Informationsbedarf dieser Interessengruppe prägen. Um dieser Vielschichtigkeit Rechnung tragen zu können, wurde durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ein ebenso vielschichtiges Informationsangebot realisiert. Verschiedene Zugangswege, welche auf die Nutzenerwartungen der einzelnen Zielgruppen zugeschnitten sind, ermöglichen eine bedarfsgerechte Informationsversorgung.

Die Zensusdatenbank – das Ergebnisportal der statistischen Ämter im Netz

Herzstück der Ergebnisveröffentlichung bildet die Zensusdatenbank. Über das im Internet unter www.zensus2011.de frei zugängliche Webportal

sind die Ergebnisse des Zensus 2011 für jedermann abrufbar. Das breite Informationsangebot – von Bundes- bis hin zu Gemeindeergebnissen über ein vielfältiges Themenspektrum hinweg – richtet sich an verschiedenste Nutzergruppen. Die Heterogenität der Nutzergruppen spielt nicht nur eine Rolle dabei, welche Ergebnisse, sondern auch wie die Ergebnisse bereitgestellt werden können. Die Tatsache, dass sich die Nutzer auch in ihren statistischen Vorkenntnissen und dem Fachwissen zum Umgang mit Informationsdatenbanken unterscheiden werden, ist in der Ausgestaltung der beiden zentralen Ergebnisbereiche der Zensusdatenbank berücksichtigt (siehe Übersicht 1).

1) Der vorliegende Beitrag ist im Statistischen Monatsheft Baden-Württemberg 5/2013 erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg im Original-Wortlaut abgedruckt.

Übersicht 1

Exemplarische Darstellung der Startseite der Zensusdatenbank



ENGLISH | IMPRESSUM | KONTAKT | zensus2011.de

zensus 2011

Suchen

STARTSEITE | ERGEBNISSE EINFACH UND SCHNELL | ERGEBNISSE DYNAMISCH UND INDIVIDUELL | GLOSSAR | LINKS

Startseite

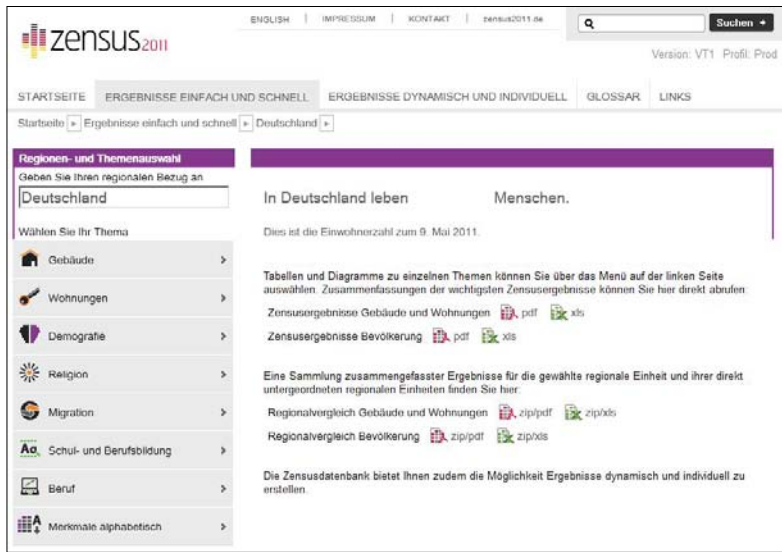
Willkommen bei der Zensusdatenbank des Zensus 2011

Wie möchten Sie zu den Ergebnissen gelangen?

Ergebnisse einfach und schnell	Ergebnisse dynamisch und individuell
 <p>Abruf von Einwohnerzahlen, zusammengefassten Ergebnissen nach Regionen sowie vordefinierten Tabellen und Diagrammen nach Themen</p>	 <p>Erstellung von variablen Tabellen, variablen Diagrammen sowie Gemeinde- und Regionalvergleichen</p>

Übersicht 2

Musterdarstellung der Einstiegsseite in den Auswertungsbereich „Ergebnisse einfach und schnell“



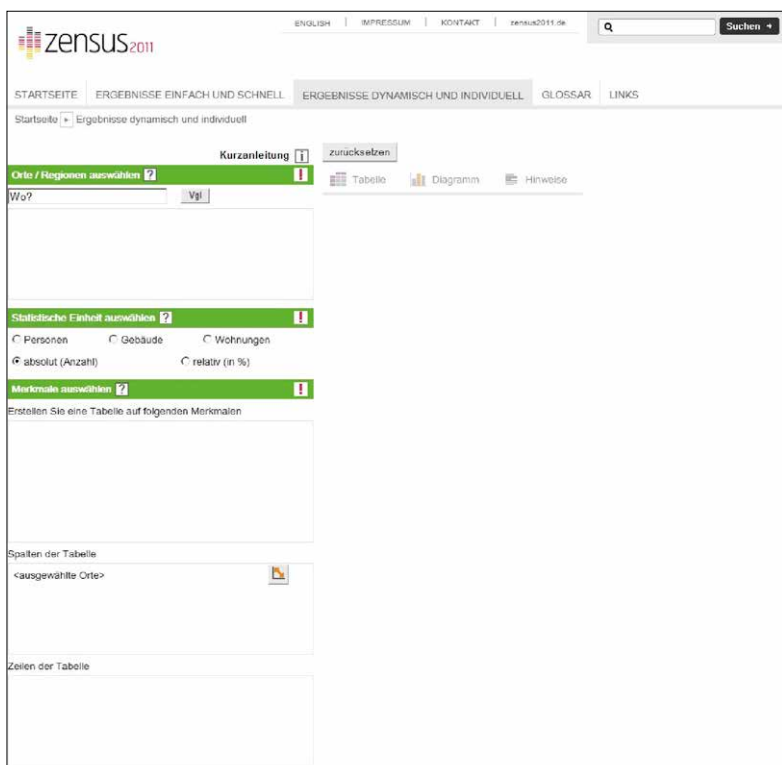
„Ergebnisse einfach und schnell“...

... gewährleistet einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu den Ergebnissen des Zensus 2011. Dieser Auswertungsbereich besteht im Wesentlichen aus einem integrierten Regionen- und Themenzugang. Zahlreiche Informationen werden dem Nutzer in Abhängigkeit von der gewünschten regionalen Einheit angeboten. Wichtigstes abrufbares Ergebnis bildet hierbei die im Rahmen des Zensus 2011 ermittelte Einwohnerzahl. Vordefinierte Ergebnissammlungen bieten dem Nutzer die Möglichkeit, sich schnell einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse aus den Themenbereichen „Bevölkerung“ oder „Gebäude und Wohnungen“ zu verschaffen. Gleichmaßen hat der Nutzer die Möglichkeit, über das bereitgestellte Themenangebot spezifisch in einzelne Themenbereiche einzusteigen. Dies ermöglicht den gezielten Abruf von themenbezogenen Ergebnistabellen und -diagrammen (siehe Übersicht 2).

Der Auswertungsbereich mit vordefiniertem Ergebnisprogramm richtet sich speziell an Nutzer, welche sich auch ohne statistische Vorkenntnisse schnell, aber dennoch gezielt über die Ergebnisse des Zensus 2011 informieren möchten.

Übersicht 3

Musterdarstellung der Einstiegsseite in den Auswertungsbereich „Ergebnisse dynamisch und individuell“



„Ergebnisse dynamisch und individuell“...

... bietet dem Nutzer hingegen die Möglichkeit, sich Ergebnistabellen zu den Themenblöcken „Gebäude“, „Wohnung“ oder „Bevölkerung“ nach eigenen Anforderungen bzw. Interessen selbst zusammenzustellen. Ausgangspunkt bilden ebenfalls die im Rahmen des Zensus 2011 gewonnenen Informationen. Es obliegt dem Nutzer, welche fachlichen Merkmale aus der Vielzahl der verfügbaren Merkmale miteinander kombiniert und ausgewertet werden sollen und wie diese in den Spalten und Zeilen angeordnet werden. Neben dieser individuellen Auswahl der fachlichen Merkmale verfügt der Nutzer ebenfalls über die freie Auswahl der auszuwertenden regionalen Einheiten. Der Nutzer kann gezielt Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise, Regierungsbezirke, Bundesländer und Deutschland auswählen oder seine Auswahl über einen komfortabel zu bedienenden Regionenvergleich durchführen (siehe Übersicht 3).

Dieser Auswertungsbereich richtet sich eher an Nutzergruppen, die über statistische Vorkennt-

nisse verfügen und im Umgang mit Online-Datenbanken versiert sind.

Im Frühjahr 2014 erfolgt die Erweiterung des Ergebnisangebots. Zu diesem (zweiten) Veröffentlichungstermin werden neben fachlich weitaus detaillierteren Auswertungen dann auch Ergebnisse zu Haushalts- und Familienstrukturen abgerufen bzw. erstellt werden können. Zusätzlich werden kombinierte Auswertungen über Personen-, Familien-, Haushalts-, Wohnungs- und Gebäudemerkmalen hinweg möglich sein.

Einzeldaten für Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle

Gemäß § 22 Abs. 2 ZensG 2011²⁾ besteht seitens der Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle³⁾ für ausschließlich kommunalstatistische Zwecke ein rechtlicher Anspruch auf Einzelangaben sowie auf die Hilfsmerkmale „Straße“ und „Hausnummer“⁴⁾. Zu den jeweiligen Veröffentlichungszeitpunkten Ende Mai 2013 bzw. Frühjahr 2014 wurde auf Basis der zu diesen Zeitpunkten verfügbaren Ergebnisse ein spezielles Datenangebot für die Kommunen mit abgeschotteter Statistik entwickelt.

Die zu den jeweiligen Zeitpunkten bereitgestellten Datenbestände umfassen stets einen bereits anonymisierten wie auch einen originären Datenbestand. Die Anonymisierung erfolgte, wie auch sonst beim Zensus 2011, mittels des Geheimhaltungsverfahrens SAFE (Verfahren zur sicheren Anonymisierung für Einzeldaten). *Übersicht 4* zeigt, welche Daten den Kommunen Baden-Württembergs zum jeweiligen Veröffentlichungszeitpunkt durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg übermittelt werden können.

Untergemeindliche Ergebnisse für Kommunen ohne Statistikstelle

Aus Gründen der statistischen Geheimhaltung (§16 BstatG) haben Gemeinden bzw. Gemeindeverbände ohne eigene Statistikstelle keinen gesetzlich begründeten Anspruch auf die Übermittlung von Zensusinformationen auf Einzeldatenbasis. Demgegenüber steht ein vielschichtiger Informationsbedarf zu infrastrukturellen, bevölkerungs- oder wohnungsmarktpolitischen Fragestellungen. Um diese Lücke zu schließen,

Übersicht 4

Grundinformationen zum Datenprogramm des Zensus 2011 für Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle

Datenbereitstellung geplant für	Umfang der Datenlieferung (nur an Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle) zum Zensus 2011
Frühjahr 2013	<p>Daten des Erhebungsteils Gebäude- und Wohnungszählung</p> <p>Vor Anonymisierung</p> <p>Einzeldaten auf Anschriftenebene zu Erhebungsmerkmalen</p> <ul style="list-style-type: none"> - inklusive der Hilfsmerkmale „Straße“ und „Hausnummer“ - inklusive gebäude- und wohnungsspezifische Qualitäts- und Imputationskennzeichen <p>Inklusive Anonymisierung (entsprechend § 16 BstatG)</p> <p>Auf Gemeindeebene aggregierte Informationen zu folgenden Auswertungsmerkmalen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gebäude: Baujahr (diverse Jahresklassifizierungen), Art des Gebäudes, Eigentumsform des Gebäudes, Gebäudetyp-Bauweise, Gebäudetyp-Größe, Heizungsart und Zahl der Wohnungen im Gebäude - Wohnung: Art der Wohnungsnutzung, Ausstattung der Wohnung, Fläche der Wohnung und Zahl der Räume
Frühjahr 2014	<p>Datenbestand des Zensus 2011 zu Bevölkerung, Gebäuden und Wohnungen</p> <p>Vor Anonymisierung</p> <p>Einzeldaten auf Anschriftenebene zu Erhebungsmerkmalen</p> <ul style="list-style-type: none"> - inklusive der Hilfsmerkmale „Straße“ und „Hausnummer“ - inklusive gebäude- und wohnungsspezifische Qualitäts- und Imputationskennzeichen <p>Inklusive Anonymisierung (entsprechend § 16 BstatG)</p> <p>Einzeldaten auf Anschriftenebene zu Erhebungsmerkmalen</p> <ul style="list-style-type: none"> - inklusive der Hilfsmerkmale „Straße“ und „Hausnummer“ - inklusive gebäude- und wohnungsspezifische Qualitäts- und Imputationskennzeichen

ohne dabei die Vorschriften der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes zu verletzen, gibt es die Möglichkeit für Kommunen, untergemeindliche aggregierte Zensusergebnisse zu erhalten. Zu diesem Zweck wurde federführend durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg ein standardisiertes untergemeindliches Auswertungsprogramm entwickelt.

Die Belieferung ist an verschiedene Rahmenbedingungen geknüpft. Zunächst differenziert das Auswertungsprogramm zwischen 3 untergemeindlichen Gliederungsebenen. Jede dieser Gliederungsebenen ist innerhalb eines 8-stelligen Schlüssels eindeutig referenzierbar. Er entspricht daher zwingend einer strukturellen wie auch inhaltlichen Systematik. In Abhängigkeit von der Gliederungsebene kann den Kommunen in der Folge ein spezifisches Auswertungsprogramm bereitgestellt werden. *Übersicht 5* zeigt die Zusammenhänge zwischen Gliederungsebene, Schlüsselsystematik und Auswertungsprogramm. Die Gemeinden Baden-Württembergs wurden durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg im September 2010 und im Juni 2012 über das Auswertungsprogramm informiert. Für rund 1000 der baden-württembergischen Gemeinden wurden entsprechende Datenlieferungen mit kleinräumiger Gliederung, welche zur Erstellung des Programms erforderlich sind,

2) ZensG 2011: Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahr 2011.

3) Gemäß § 16 Abs. 5 Bundesstatistikgesetz (BStatG) ist eine Datenübermittlung zulässig insofern „...die Übermittlung in einem eine Bundesstatistik anordnenden Gesetz vorgesehen ist sowie Art und Umfang der zu übermittelnden Einzelangaben bestimmt sind. Die Übermittlung ist nur zulässig, wenn durch Landesgesetz eine Trennung dieser Stellen von anderen kommunalen Verwaltungsstellen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist.“

4) Unabhängig vom rechtlichen Anspruch auf Bereitstellung der genannten Hilfsmerkmale unterliegen auch diese der gesetzlichen Löschpflicht gemäß § 22 Abs. 2 ZensG 2011; die Hilfsmerkmale sind daher frühestens 2 Jahre nach Übermittlung zu löschen.

Übersicht 5

 Grundinformationen zum Ergebnisprogramm
 für Kommunen ohne abgeschottete Statistikstelle

Gliederungsebene (Gliederungsschlüssel für Anschrittzuzuordnung je Gliederungsebene)	Rahmenbedingungen für die Ergebnisbereitstellung	Auszug aus dem Auswertungsprogramm ¹⁾ (auf Merkmalsebene)
Gemeindeteil (Stelle 1 – 4 des Gliederungsschlüssels)	Maximal bivariate Auswertungstabellen Ergebnisse zu Gebäuden, Wohnungen, Haushalten, Familien und Personen Auf Personenebene sind ausschließlich demografische Ergebnisse verfügbar	Gebäude – Art des Gebäudes x Zahl der Wohnungen im Gebäude – Art des Gebäudes x Eigentumsform Wohnungen – Art des Gebäudes x Zahl der Räume – Art des Gebäudes x Fläche der Wohnung Haushalte/Familien – Typ des Haushalts x Haushaltsgröße – Typ der Familie x Familiengröße Personen – Geschlecht x Alter – Staatsangehörigkeit x Religion
(Bau-)Block (Stelle 5 – 7 des Gliederungsschlüssels)	Ausschließlich univariate Auswertungstabellen Ergebnisse zu Gebäuden, Wohnungen, Haushalten, Familien und Personen Auf Personenebene sind ausschließlich demografische Ergebnisse verfügbar	Gebäude – Art des Gebäudes – Baujahr des Gebäudes Wohnungen – Art des Gebäudes – Art der Nutzung Haushalte/Familien – Typ des Haushalts/der Familie – Größe des Haushalts/der Familie Personen – Geschlecht – Alter
Blockseite (Stelle 8 des Gliederungs- schlüssels)	Ausschließlich univariate Auswertungstabellen Ergebnisse zu Gebäuden, Wohnungen, Haushalten, Familien und Personen Auf Personenebene sind ausschließlich demografische Ergebnisse verfügbar	Gebäude – Gesamtzahl der Gebäude Wohnungen – Gesamtzahl der Wohnungen Haushalte/Familien – Gesamtzahl der Haushalte/Familien Personen – Geschlecht – Alter

durch die – von den Kommunen beauftragten – Kommunalen Rechenzentren übermittelt.

Das Auswertungsprogramm kann den Gemeinden Baden-Württembergs zeitnah zur Veröffentlichung der Ergebnisse zu Haushalts- und Familienstrukturen, im Frühjahr 2014, zur Verfügung gestellt werden. Die Bereitstellung erfolgt kostenfrei. Darüber hinausgehende Auswertungswünsche oder auch die Auswertung alternativer Gliederungssystematiken (z. B. Schulbezirke) müssen als Sonderauswertung beim Statistischen

Landesamt Baden-Württemberg gegen Kosten-erstattung angefordert werden.

Zahlreiche Publikationen runden das Gesamtergebnisportfolio des Zensus 2011 ab

Grundsätzlich bildet die Zensusdatenbank mit ihrem Online-Ergebnisangebot das Kernstück des Gesamtauswertungsprogramms. Dieses Angebot wird durch die Bereitstellung verschiedener Publikationen, beispielsweise in Form von Bro-

SAFE – das im Rahmen des Zensus 2011 eingesetzte Geheimhaltungsverfahren

Die Einzeldaten für die Zensusergebnisse stammen sowohl aus vorhandenen Verwaltungsregistern als auch aus direkten Befragungen. Anhand von Hilfsmerkmalen wie Name und Adresse führen die statistischen Ämter die Informationen für jede Person zusammen. Nach dieser Zusammenführung haben die sensiblen Hilfsmerkmale ihre Funktion erfüllt und werden von den Erhebungsmerkmalen getrennt und gelöscht. Damit ist ein unmittelbarer Rückschluss auf eine einzelne Person (beispielsweise anhand des Namens) nicht mehr möglich.

Es muss aber darüber hinaus sichergestellt sein, dass nicht anhand einmaliger Merkmalskombinationen Rückschlüsse auf einzelne Personen gezogen werden können. Dies würde eine Aushebelung der Anonymisierung bedeuten und dem Schutz der Einzelangaben nach § 16 BStatG entgegenstehen.

Diesem Anspruch steht das breite Interesse an möglichst tiefgegliederten und detailgetreuen Ergebnissen gegenüber.

Um beiden Ansprüchen gleichzeitig gerecht zu werden, kommt beim Zensus 2011 das Anonymisierungsprogramm SAFE zum Einsatz (SAFE – ein Verfahren für die sichere Anonymisierung von Einzeldaten).

Es handelt sich dabei um ein datenveränderndes Verfahren, das von Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes Berlin-Brandenburg entwickelt wurde. Die Idee besteht darin, einen Datenbestand zu erzeugen, in dem jeder Einzeldatensatz mit mindestens 2 weiteren Datensätzen identisch ist und dieser Datenbestand

somit keine Rückschlüsse mehr auf eine einzelne Person zulässt. In den Ergebnistabellen werden aus Einzel- oder Zweierfällen entweder mindestens Dreierfälle erzeugt, oder aber es erfolgt die Ausweisung einer Null.

Dies soll anhand eines Beispiels erläutert werden: In einem kleinen Ort lebt nur ein einziger 93-jähriger Mann. Würde dieser Einzelfall in einer Tabelle mit Altersbezug veröffentlicht, wäre der Mann vermutlich für viele Mitbürger dieser Gemeinde auch ohne Nennung seines Namens zu identifizieren. Im Zuge des Geheimhaltungsverfahrens wird bei 2 anderen Fällen (möglichst ebenfalls Einzelfälle) das Alter geändert. Z. B. würde man bei einem 92-Jährigen und einem 94-Jährigen das Alter leicht nach oben beziehungsweise unten ändern, sodass in der Tabelle 3 93-jährige Männer, aber kein 94-jähriger und kein 92-jähriger enthalten sind. Alternativ könnte man auch das Alter des 93-jährigen Mannes ändern, sodass in der Tabelle kein 93-jähriger Mann auftaucht.

Durch die Datenveränderung erzeugt man bei sehr kleinen Fallzahlen zwar eine gewisse Unsicherheit, gleichzeitig bleibt aber die Qualität und statistische Aussagefähigkeit der Daten weitestgehend erhalten. Dies ist darin begründet, dass die Daten immer nur so verändert werden, dass wichtige statistische Informationen und Verteilungen nur unwesentlich geändert werden.

Die im Rahmen des Zensus 2011 ermittelten Einwohnerzahlen werden hingegen stets als originäre Werte ausgewiesen. Sie werden nicht mittels SAFE anonymisiert¹⁾.

¹⁾ Quelle: www.zensus2011.de/SharedDocs/Aktuelles/Wie_wird_die_Anonymitaet_beim_Zensus_2011_gesichert.html?nn=3066446 [28. März 2013].

schüren oder Flyern, ergänzt. Dies umfasst zum einen themenübergreifende Publikationen, welche die Leser in die Lage versetzen, sich komprimiert über das gesamte Spektrum der Ergebnisse des Zensus 2011 zu informieren. Zum anderen ermöglichen spezielle Themenpublikationen mit ersten Kurzanalysen und Interpretationen einen schnellen Einstieg in die einzelnen Themenbereiche des Zensus 2011. Diese Veröffentlichungen,

die sich im Wesentlichen auf Ergebnisse für Bundesländer und Deutschland beziehen, können im Frühsommer 2013 unter www.zensus2011.de abgerufen werden.



Jennifer Träuble
 Jennifer.Traeuble@stala.bwl.de

Die ersten Ergebnisse des Zensus 2011

Bevölkerung am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken, Altersgruppen und Geschlecht											
Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Insgesamt	davon im Alter von ... Jahren									
		männlich					weiblich				
		unter 18	18	30	50	65 oder älter	unter 18	18	30	50	65 oder älter
			bis unter					bis unter			
	30	50	65		30	50	65				
Darmstadt, Wissenschaftsst.	143 499	11 560	15 040	21 920	12 340	10 590	11 240	12 210	20 190	13 100	15 310
Frankfurt am Main, St.	667 925	53 270	51 550	117 570	58 540	46 320	51 730	57 740	109 540	58 860	62 810
Offenbach am Main, St.	113 443	10 460	8 360	17 700	10 270	8 700	9 920	9 350	16 320	10 650	11 720
Wiesbaden, Landeshauptst.	269 121	23 420	17 910	40 090	24 280	22 060	22 340	20 690	41 460	26 280	30 590
Bergstraße	260 741	22 290	16 900	36 620	27 920	23 640	20 800	15 990	37 690	28 690	30 190
Darmstadt-Dieburg	282 601	25 290	18 690	41 570	29 600	24 070	23 900	17 590	41 810	30 490	29 590
Groß-Gerau	251 050	22 470	17 530	37 930	24 400	21 160	21 440	17 560	37 170	25 020	26 350
Hochtaunuskreis	226 130	20 990	12 260	32 150	21 880	21 190	19 780	12 280	34 430	23 460	27 700
Main-Kinzig-Kreis	400 862	34 990	26 410	57 580	41 240	35 330	33 000	25 830	58 440	43 080	44 980
Main-Taunus-Kreis	224 059	20 660	12 490	33 660	21 440	20 370	19 340	12 890	35 150	22 690	25 380
Odenwaldkreis	96 613	8 350	6 640	12 880	10 710	8 890	7 970	6 120	13 110	10 560	11 390
Offenbach	332 327	28 980	21 280	49 030	33 300	29 200	27 290	21 130	49 550	35 300	37 260
Rheingau-Taunus-Kreis	180 226	15 730	10 950	25 360	19 070	16 770	14 980	10 280	26 430	19 750	20 900
Wetteraukreis	292 573	26 370	18 970	42 580	30 190	24 990	24 910	17 960	43 420	30 300	32 880
Reg.-Bez. Darmstadt	3 741 170	324 830	255 000	566 650	365 190	313 270	308 650	257 600	564 710	378 240	407 040
Gießen	251 238	20 790	21 940	34 880	24 730	20 100	19 640	22 520	34 930	25 210	26 500
Lahn-Dill-Kreis	253 441	22 590	17 760	35 300	25 960	22 170	21 560	16 600	35 610	26 250	29 640
Limburg-Weilburg	170 696	15 510	11 870	24 180	17 930	14 440	14 780	10 880	24 300	17 900	18 900
Marburg-Biedenkopf	241 226	20 660	20 830	33 520	23 430	19 120	19 810	22 290	32 860	23 410	25 300
Vogelsbergkreis	108 509	8 880	7 060	14 590	12 680	10 430	8 450	6 320	14 440	12 020	13 640
Reg.-Bez. Gießen	1 025 110	88 440	79 470	142 470	104 720	86 260	84 240	78 600	142 140	104 790	113 980
Kassel, documenta-St.	190 765	14 800	16 930	26 730	17 440	15 340	14 700	17 760	26 000	18 470	22 590
Fulda	216 179	20 270	15 770	30 440	20 990	18 440	19 190	15 090	30 230	21 250	24 490
Hersfeld-Rotenburg	120 694	9 940	8 000	16 190	13 070	12 040	9 700	7 100	16 110	12 990	15 550
Kassel	234 933	19 360	14 010	31 620	25 620	23 500	18 550	13 190	32 760	26 320	30 010
Schwalm-Eder-Kreis	181 851	15 450	12 370	25 350	20 070	16 850	14 350	10 830	25 060	19 480	22 050
Waldeck-Frankenberg	158 990	14 100	10 830	21 640	16 960	14 640	13 370	9 480	21 670	16 690	19 600
Werra-Meißner-Kreis	102 124	8 050	6 270	13 300	11 510	10 570	7 680	6 010	13 370	11 340	14 040
Reg.-Bez. Kassel	1 205 536	101 970	84 170	165 260	125 670	111 380	97 540	79 460	165 200	126 550	148 330
Land Hessen	5 971 816	515 230	418 640	874 380	595 580	510 910	490 430	415 670	872 050	609 580	669 350

Bevölkerung am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken, Erwerbsstatus und Geschlecht

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Insgesamt	davon						
		Erwerbspersonen	davon				Nichterwerbs- personen	dar. weiblich %
			Erwerbstätige	dar. weiblich	Erwerbslose	dar. weiblich		
				%		%		
Darmstadt, Wissenschaftsst.	143 499	73 240	69 140	45,9	4 100	42,0	69 390	55,7
Frankfurt am Main, St.	667 925	370 260	350 440	47,2	19 820	40,5	295 400	56,4
Offenbach am Main, St.	113 443	58 990	55 200	46,5	3 790	31,9	54 220	57,0
Wiesbaden, Landeshauptst.	269 121	138 510	132 550	48,4	5 960	40,3	129 560	58,4
Bergstraße	260 741	139 280	133 850	47,0	5 430	46,4	120 480	57,0
Darmstadt-Dieburg	282 601	151 870	146 280	46,8	5 590	43,5	129 020	55,9
Groß-Gerau	251 050	132 310	126 510	46,3	5 790	47,8	118 220	56,1
Hochtaunuskreis	226 130	117 420	113 010	47,9	4 410	48,8	107 930	57,4
Main-Kinzig-Kreis	400 862	207 800	199 310	46,0	8 480	48,2	191 500	56,9
Main-Taunus-Kreis	224 059	118 640	114 650	47,7	4 000	46,0	104 870	55,6
Odenwaldkreis	96 613	48 980	46 890	46,2	2 090	42,6	47 050	56,6
Offenbach	332 327	176 820	168 610	47,2	8 210	46,8	154 890	56,1
Rheingau-Taunus-Kreis	180 226	97 070	93 940	47,7	3 140	47,1	82 080	55,7
Wetteraukreis	292 573	151 040	144 880	47,1	6 160	46,4	140 020	56,6
Reg.-Bez. Darmstadt	3 741 170	1 982 230	1 895 260	47,0	86 980	43,9	1 744 640	56,6
Gießen	251 238	131 700	124 440	47,9	7 250	43,9	118 320	55,5
Lahn-Dill-Kreis	253 441	130 510	125 510	45,2	5 010	47,5	121 840	57,6
Limburg-Weilburg	170 696	85 830	82 410	44,9	3 420	47,7	84 360	56,0
Marburg-Biedenkopf	241 226	126 770	121 220	47,4	5 550	49,7	113 240	55,1
Vogelsbergkreis	108 509	56 490	54 500	46,0	1 990	53,3	50 820	56,1
Reg.-Bez. Gießen	1 025 110	531 290	508 080	46,4	23 210	47,4	488 570	56,1
Kassel, documenta-St.	190 765	96 650	89 960	48,2	6 700	38,1	93 120	56,6
Fulda	216 179	111 480	108 220	45,8	3 260	50,9	103 660	56,5
Hersfeld-Rotenburg	120 694	59 910	57 960	44,6	1 950	51,3	60 320	56,6
Kassel	234 933	120 400	116 720	47,9	3 690	50,9	113 880	55,7
Schwalm-Eder-Kreis	181 851	92 140	87 970	46,0	4 160	52,2	88 040	55,7
Waldeck-Frankenberg	158 990	80 990	78 400	45,6	2 590	49,0	77 040	55,5
Werra-Meißner-Kreis	102 124	50 250	47 730	46,2	2 510	43,4	51 440	56,2
Reg.-Bez. Kassel	1 205 536	611 830	586 960	46,5	24 880	46,7	587 510	56,1
Land Hessen	5 971 816	3 125 350	2 990 290	46,8	135 070	45,0	2 820 700	56,4

Erwerbspersonen am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken und Wirtschaftszweigen

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungsbereiche	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Darmstadt, Wissenschaftsst.	/	/	13 700	18,9	58 110	80,1
Frankfurt am Main, St.	1 410	0,4	52 850	14,4	312 550	85,2
Offenbach am Main, St.	/	/	12 290	21,0	45 850	78,5
Wiesbaden, Landeshauptst.	/	/	26 970	19,6	109 140	79,4
Bergstraße	1 900	1,4	44 470	32,2	91 910	66,5
Darmstadt-Dieburg	1 800	1,2	41 180	27,3	107 980	71,5
Groß-Gerau	1 700	1,3	31 980	24,4	97 630	74,3
Hochtaunuskreis	900	0,8	21 550	18,5	94 250	80,8
Main-Kinzig-Kreis	2 700	1,3	59 500	28,8	144 250	69,9
Main-Taunus-Kreis	1 090	0,9	25 670	21,7	91 250	77,3
Odenwaldkreis	1 020	2,1	16 850	34,6	30 890	63,4
Offenbach	870	0,5	42 360	24,2	132 070	75,3
Rheingau-Taunus-Kreis	2 220	2,3	21 430	22,2	72 870	75,5
Wetteraukreis	2 250	1,5	36 330	24,3	111 190	74,2
Reg.-Bez. Darmstadt	20 270	1,0	447 120	22,7	1 499 940	76,2
Gießen	1 440	1,1	31 290	24,0	97 740	74,9
Lahn-Dill-Kreis	1 360	1,1	50 270	38,8	77 920	60,1
Limburg-Weilburg	1 240	1,5	25 590	30,1	58 310	68,5
Marburg-Biedenkopf	1 570	1,3	40 500	32,2	83 680	66,5
Vogelsbergkreis	1 780	3,2	19 770	35,3	34 460	61,5
Reg.-Bez. Gießen	7 390	1,4	167 430	31,8	352 110	66,8
Kassel, documenta-St.	/	/	22 040	23,1	72 420	75,9
Fulda	2 530	2,3	35 380	31,9	72 920	65,8
Hersfeld-Rotenburg	1 570	2,6	17 850	30,0	40 120	67,4
Kassel	2 220	1,9	35 640	29,8	81 870	68,4
Schwalm-Eder-Kreis	2 490	2,7	30 970	34,0	57 700	63,3
Waldeck-Frankenberg	2 250	2,8	29 160	36,3	48 930	60,9
Werra-Meißner-Kreis	1 900	3,8	14 680	29,4	33 260	66,7
Reg.-Bez. Kassel	13 930	2,3	185 720	30,6	407 230	67,1
Land Hessen	41 600	1,3	800 270	25,8	2 259 270	72,9

Bezugsgröße bei relativen Zahlendarstellungen ist die Einwohnerzahl je regionaler Einheit zum 9. Mai 2011. Abweichungen hiervon werden explizit benannt.

Bei den ausgewiesenen Ergebnissen sind nicht berücksichtigt: im Ausland tätige Angehörige der Bundeswehr, der Polizeibehörden und des Auswärtigen Dienstes sowie ihre dort ansässigen Familien. Ausnahme bilden die demografischen Ergebnisse der regionalen Einheit „Deutschland“.

Für die Bevölkerung in bestimmten Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften (sog. „sensible Sonderbereiche“) liegen keine Informationen zu sozioökonomischen Strukturmerkmalen, wie dem Wirtschaftszweig, vor.

Die Auswertung zu „Wirtschaftszweig“ bildet lediglich eine Teilbevölkerungsgruppe der betrachteten regionalen Einheit ab. Die Ergebnistabelle weist neben den Erwerbstätigen ebenso Erwerbslose aus, deren letzte Tätigkeit maximal zehn Jahre zurückliegt.

Die Summe aus den Teilbevölkerungsgruppen kann daher von der Einwohnerzahl abweichen.

Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken und Gebäudeart

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Gebäude insgesamt	davon								Wohnungen insgesamt
		Gebäude mit Wohnraum						bewohnte Unterkünfte		
		Wohngebäude				sonstige Gebäude mit Wohnraum				
		Wohngebäude (ohne Wohnheime)		Wohnheime						
		Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen	
Darmstadt, Wissenschaftsst.	23 728	22 664	71 580	181	3 401	877	2 528	6	6	77 515
Frankfurt am Main, St.	77 944	74 061	344 180	728	10 496	3 136	11 287	19	47	366 010
Offenbach am Main, St.	13 900	13 273	58 374	37	634	587	2 174	3	3	61 185
Wiesbaden, Landeshauptst.	40 196	38 203	132 787	267	3 912	1 710	5 837	16	16	142 552
Bergstraße	69 418	66 846	120 371	52	629	2 502	4 872	18	22	125 894
Darmstadt-Dieburg	75 677	73 405	128 618	45	627	2 211	4 107	16	19	133 371
Groß-Gerau	56 477	54 606	114 624	178	1 937	1 680	3 524	13	16	120 101
Hochtaunuskreis	54 547	52 780	107 737	80	1 428	1 687	3 375	/	/	112 540
Main-Kinzig-Kreis	100 739	97 228	187 435	143	1 650	3 323	6 822	45	86	195 993
Main-Taunus-Kreis	51 547	50 046	105 913	78	1 184	1 417	3 157	6	6	110 260
Odenwaldkreis	28 346	27 158	43 783	15	336	1 167	2 083	6	6	46 208
Offenbach	70 948	68 479	156 037	61	859	2 399	5 308	9	9	162 213
Rheingau-Taunus-Kreis	49 429	47 765	85 689	54	712	1 604	3 194	6	6	89 601
Wetteraukreis	78 914	76 311	134 091	73	953	2 518	4 806	12	12	139 862
Reg.-Bez. Darmstadt	791 810	762 825	1 791 219	1 992	28 758	26 818	63 074	84	125	1 883 305
Gießen	63 177	60 863	119 849	138	2 189	2 144	4 619	32	32	126 689
Lahn-Dill-Kreis	74 496	72 041	114 685	57	736	2 376	4 283	22	39	119 743
Limburg-Weilburg	51 656	49 867	77 662	33	305	1 749	3 033	7	14	81 014
Marburg-Biedenkopf	62 290	60 058	107 047	226	3 954	1 997	4 125	9	12	115 138
Vogelsbergkreis	35 226	33 650	49 204	45	268	1 507	2 417	24	24	51 913
Reg.-Bez. Gießen	286 845	276 479	468 447	499	7 452	9 773	18 477	94	121	494 497
Kassel, documenta-St.	31 804	30 101	96 125	426	5 628	1 271	3 894	6	6	105 653
Fulda	55 242	53 280	99 040	93	1 286	1 857	3 591	12	12	103 929
Hersfeld-Rotenburg	37 731	36 285	56 234	94	784	1 340	2 456	12	12	59 486
Kassel	69 873	67 800	111 321	64	594	1 984	3 540	25	25	115 480
Schwalm-Eder-Kreis	55 826	53 922	83 414	78	602	1 817	3 157	9	9	87 182
Waldeck-Frankenberg	49 000	46 682	75 300	80	679	2 219	4 015	19	19	80 013
Werra-Meißner-Kreis	33 147	31 597	49 409	88	909	1 456	2 533	6	6	52 857
Reg.-Bez. Kassel	332 623	319 667	570 843	923	10 482	11 944	23 186	89	89	604 600
Land Hessen	1 411 278	1 358 971	2 830 509	3 414	46 692	48 535	104 737	358	464	2 982 402

Daten zur Wirtschaftslage

Die Entwicklung in den Bereichen der hessischen Wirtschaft lässt sich für das erste Quartal 2013 folgendermaßen beschreiben: Die Auftragseingänge in der Industrie sind im Vergleich zum Vorjahresquartal rückläufig; die Beschäftigtenzahlen gingen erstmals wieder leicht zurück. Der Umsatz im Bauhauptgewerbe litt unter dem kalten März. Die Zahl der genehmigten Wohnungen wie auch die Wohnfläche verzeichneten im ersten Quartal beachtliche Zuwächse. Des Weiteren nahmen die Umsätze im Einzelhandel im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht ab. Wie auch in den vorherigen Quartalen blieb der Arbeitsmarkt stabil und der Verbraucherpreisindex stieg leicht. In der Industrie waren im Vergleich zum ersten Quartal 2012 die Auftragseingänge zwischen Januar und März dieses Jahres rückläufig. Infolge der anhaltend geringeren Nachfrage lagen dann auch die realen Umsätze unter dem Vorjahresniveau. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Beschäftigten der Industrie. Die Zuwachsraten bei den Beschäftigten nahmen im Vorjahresvergleich seit August 2011 stetig ab und im aktuell betrachteten Quartal gingen sie erstmals wieder leicht zurück. Auf das Bauhauptgewerbe wirkten sich im ersten Jahresquartal die Kälte im März sowie ein negativer Kalendereinfluss dämpfend aus, die Umsätze waren rückläufig. Bei den Genehmigungen im Wohnbau war in der Betrachtung des ersten Quartals 2012 sowie 2013 eine deutliche Ausweitung der Wohnfläche und der Wohnungen 2013 festzustellen. Die Zahl der Wohnungen stieg um 48 % und die Wohnfläche um 29 %. Im Vergleich zum Vorjahresquartal waren die Umsätze im Einzelhandel im ersten Quartal 2013 weiterhin rückläufig. Besonders deutlich fiel der Umsatzrückgang im KFZ-Handel aus, während der Großhandel ein leichtes Plus verbuchen konnte. Der hessische Arbeitsmarkt blieb stabil. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im vierten Quartal 2012 um 0,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit einher ging auch ein historischer Höchststand in einem Quartal von 3,253 Mill. Erwerbstätigen. Verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum war im ersten Quartal 2013 ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 3,8 % zu beobachten. Der Verbraucherpreisindex stieg im ersten Quartal 2013 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 1,6 %. Die größten Steigerungen waren bei der Haushaltsenergie – einem Plus bei den Strompreisen stand ein Rückgang bei den Mineralölprodukten gegenüber – und den Nahrungsmitteln zu verzeichnen. Hingegen bezahlten die Verbraucher für Unterhaltungselektronik und Nachrichtenübermittlung weniger als noch vor einem Jahr.

Industrienachfrage weiter ohne Schwung

Die hessische Industrie verzeichnete auch im ersten Quartal 2013 einen Auftragsrückgang, der durch einen negativen Kalendereinfluss – es standen 3 Arbeitstage weniger zur Verfügung als vor einem Jahr – verstärkt

wurde. Bei den preisbereinigten Umsätzen gab es eine verstärkte Einbuße. Nachdem der Beschäftigungsaufbau bereits im letzten Jahr seine Dynamik stetig verloren hatte, gab es im ersten Quartal dieses Jahres erstmals im Vorjahresvergleich wieder einen leichten Rückgang.

Im ersten Quartal 2013 lagen die preisbereinigten Auftragseingänge der hessischen Industrie um 7,4 % niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Inlandsaufträge gingen um 12 % zurück, die Aufträge von ausländischen Geschäftspartnern um 4,0 %. Weiterhin positiv ist die Auftragslage bei den Herstellern von pharmazeutischen Erzeugnissen, die 7,7 % mehr Aufträge erhielten. Dagegen musste die Chemische Industrie einen Rückgang von 7,0 % und der Maschinenbau von 4,9 % hinnehmen. Stärker betroffen waren die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen mit einem Rückgang von 33 % und die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 11 %.

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2012 ¹⁾				2013
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ²⁾ des Auftragseingangs insgesamt	108,9	100,3	96,2	95,7	100,8
Inland	101,0	92,1	89,2	84,7	89,2
Ausland	116,1	107,7	102,4	105,6	111,4
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ²⁾ des Auftragseingangs insgesamt	– 5,9	– 7,2	– 6,8	– 3,3	– 7,4
Inland	– 2,0	– 7,5	– 10,8	– 6,5	– 11,7
Ausland	– 8,7	– 7,0	– 3,4	– 1,0	– 4,0
1) Korrigiert nach Jahreskorrektur. — 2) 2005 = 100.					

Reale Umsätze deutlich unter Vorjahresniveau

Die anhaltende Schwäche der Nachfrage ließ auch die realen Umsätze zurückgehen. Seit dem vierten Quartal 2011 lagen die preisbereinigten Umsätze (ohne sonsti-

Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie¹⁾

Art der Angabe	2012 ²⁾				2013
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ³⁾ der Umsätze i n s g e s a m t	105,1	102,2	102,7	103,3	96,8
Inland	96,8	93,1	95,2	92,6	86,3
Ausland	114,9	112,8	111,4	115,9	109,1
Beschäftigte	354 538	354 346	357 749	356 426	353 819
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ³⁾ der Umsätze i n s g e s a m t	– 0,8	– 2,9	– 2,6	– 2,2	– 7,9
Inland	2,4	– 4,7	– 5,6	– 7,1	– 10,8
Ausland	– 3,9	– 1,1	0,7	3,0	– 5,0
Beschäftigte	2,6	1,5	0,8	0,2	– 0,2
1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. — 2) Korrigiert nach Jahreskorrektur. — 3) 2005 = 100.					

ge Umsätze, wie Handelsware etc.) unter dem Vorjahresniveau. Vor allem kalenderbedingt wurde für das erste Quartal 2013 ein stärkerer Rückgang ausgewiesen. Die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen trotzten der allgemeinen Entwicklung mit einem Umsatzwachstum von 2,9 % im ersten Quartal dieses Jahres. Einstellige Einbußen gab es bei der Chemischen Industrie mit 2,9 % und bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 8,1 %. Stärkere Umsatzabnahmen auf dem Inlandsmarkt ließen die Umsätze bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren insgesamt um 14 % zurückgehen. Auch bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen gingen die Inlandsumsätze überdurchschnittlich zurück. Insgesamt gab es dort ein Minus von 23 % im ersten Quartal. Rückläufige Inlandsumsätze und noch stärkere Abnahmen im Auslandsgeschäft ließen die gesamten Umsätze des Maschinenbaus um 17 % zurückgehen.

Erstmals leichter Beschäftigungsrückgang

Die globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hatte bei der hessischen Industrie 2009 nicht nur zu einem deutlichen Umsatzeinbruch geführt, sondern auch die Beschäftigung zurückgehen lassen. Dies setzte sich 2010 bis zum September fort, wenn auch stark reduziert. Danach gab es im Vorjahresvergleich wieder stetig zunehmende Zuwachsraten, deren Höhepunkt im August 2011 erreicht worden war. Seitdem hatten sich die Zunahmen im Vorjahresvergleich wieder verringert. Im Januar 2013 gab die Beschäftigung erstmals wieder leicht nach.

Im ersten Quartal 2013 lag die Beschäftigtenzahl der hessischen Industrie mit 353 800 um 0,2 % niedriger als

im entsprechenden Vorjahresquartal. In einigen großen Branchen lag die Beschäftigung aber noch über dem Vorjahresniveau. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen nahm die Zahl der Mitarbeiter um 0,9 % auf 48 100 und bei den Pharmaherstellern um 0,8 % auf 19 200 zu. Ein leichtes Plus gab es beim Maschinenbau mit 0,3 % auf 38 500 Personen. Dagegen musste die Chemische Industrie eine Einbuße von 0,2 % auf 37 200 und die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren eine Abnahme von 0,5 % auf 31 800 hinnehmen. Starke Auftrags- und Umsatzabnahmen führten bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen zu einem Rückgang von 2,6 % auf 24 200 Mitarbeiter.

Kalter Winter bremst Bauhauptgewerbe

Der extrem kalte März dieses Jahres beeinträchtigte die Aktivitäten des hessischen Bauhauptgewerbes und schlug sich auch im Ergebnis des ersten Quartals deutlich nieder. Zudem standen im Vergleich zum ersten Quartal 2012 drei Arbeitstage weniger zur Verfügung. Dies zeigte sich vor allem in einem deutlichen Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden, die in den ersten 3 Monaten um 10 % auf 4,9 Mill. zurückgingen. Nur leicht gestiegene Auftragseingänge und etwas geringere Umsätze ergänzten das Bild. Die Beschäftigung lag aber weiter deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die wertmäßigen Auftragseingänge lagen im ersten Quartal 2013 um 0,6 % höher als vor einem Jahr. Während die Auftragseingänge im Hochbau um 29 % zunahmen, verringerten sich die Tiefbauaufträge um 20 %. Im Hochbausektor gab es im Wohnungsbau und im gewerblichen sowie industriellen Hochbau hohe Zuwachsraten von 41 und 26 %, während der öffentliche Hochbau ein Minus von 1,4 % verzeichnete. Im Tiefbaubereich nahmen die Auftragseingänge in allen Bausparten ab. Eine deutliche Einbuße von 35 % musste der gewerbliche und industrielle Tiefbau hinnehmen. Die

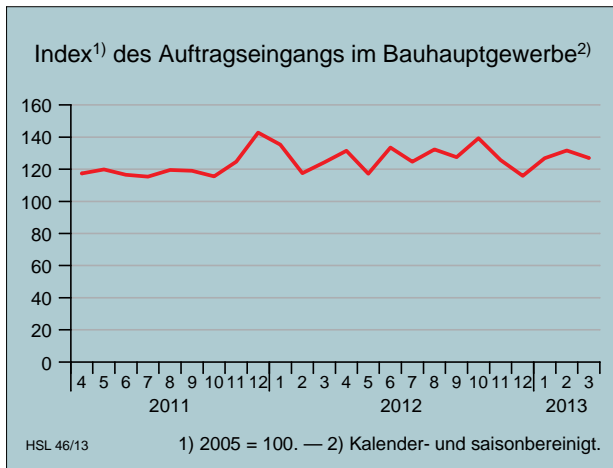
Bauhauptgewerbe¹⁾ in Hessen

Art der Angabe	2012				2013
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	892 488	1 091 836	982 346	876 511	897 408
Umsatz (1000 Euro)	667 724	962 761	1 150 319	1 179 335	656 167
Beschäftigte	24 726	25 378	25 590	26 453	25 339
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang	20,8	7,6	6,7	– 2,8	0,6
Umsatz	8,4	– 0,5	7,4	1,8	– 1,7
Beschäftigte	6,9	3,8	2,9	2,6	2,5
1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten.					

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2005 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 2010 = 100	Verbraucherpreis-index ⁶⁾ 2010 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Gemeldete Arbeitsstellen ⁸⁾¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ⁸⁾
	insgesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen ¹¹⁾											
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 548	94,7	23 359	100,0	100,0	197 932	7,2	30 821	31 737
2011 D	106,5	98,3	113,9	351 320	117,7	24 557	102,9	101,9	182 518	6,6	38 053	7 943
2012 D	100,3	91,8	108,0	355 765	126,4	25 537	104,2	103,9	178 320	6,4	35 542	...
2012 Februar	104,7	97,4	111,3	353 988	104,0	24 573	95,6	103,3	186 399	6,7	36 362	12 834
März	112,7	101,8	122,4	354 713	130,5	25 001	111,0	103,9	181 911	6,6	36 897	9 525
1. Vj. D	108,9	101,0	116,1	354 538	117,5	24 726	100,8	103,2
April	95,2	87,8	101,9	354 122	139,5	25 218	102,3	103,7	181 250	6,5	36 639	5 059
Mai	102,5	96,1	108,1	354 279	119,9	25 360	106,5	103,7	176 865	6,3	36 482	7 709
Juni	103,3	92,4	113,2	354 637	171,7	25 557	105,3	103,6	175 172	6,2	36 504	3 714
2. Vj. D	100,3	92,1	107,7	354 346	143,7	25 378	104,7	103,7
Juli	99,0	91,8	105,5	356 097	115,7	25 516	99,2	103,9	182 465	6,5	36 688	2 501
August	95,8	88,8	102,1	358 485	147,8	25 643	102,9	104,4	179 905	6,4	35 845	2 473
September	93,7	87,1	99,7	358 666	124,3	25 611	101,6	104,5	172 680	6,2	35 492	5 750
3. Vj. D	96,2	89,2	102,4	357 749	129,3	25 590	101,2	104,3
Oktober	105,1	95,6	113,8	357 884	127,9	26 758	105,7	104,5	172 783	6,2	35 189	7 371
November	99,8	88,6	109,8	356 834	100,5	26 674	107,8	104,5	170 597	6,1	34 415	8 125
Dezember	82,2	70,0	93,2	354 559	117,6	25 928	116,6	104,7	174 338	6,2	30 980	...
4. Vj. D	95,7	84,7	105,6	356 426	115,4	26 453	110,0	104,6
2013 Januar	102,3	88,4	114,9	353 952	112,7	25 307	95,6	104,2	191 769	6,8	29 356	...
Februar	99,2	86,8	110,4	353 661	111,0	25 308	90,7	104,9	192 670	6,9	31 410	...
März	101,0	92,4	108,8	353 845	130,6	25 401	105,7	105,2	190 639	6,8	32 665	...
1. Vj. D	100,8	89,2	111,4	353 819	118,1	25 339	97,3	104,8
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
2010 D	12,5	6,4	17,6	-2,1	-16,1	1,3	3,4	0,8	-5,7	.	25,8	-55,9
2011 D	1,9	2,5	1,5	3,5	24,2	5,1	2,9	1,9	-7,8	.	23,5	-75,0
2012 D	-5,8	-6,6	-5,2	1,3	7,5	4,0	1,3	2,0	-2,3	.	-6,6	...
2012 Februar	-8,0	-3,9	-11,0	2,6	4,0	6,3	5,5	2,0	-6,1	.	6,7	-29,6
März	-8,7	-5,5	-11,2	2,3	5,1	7,2	7,0	2,1	-5,2	.	2,4	-29,4
1. Vj.	-5,9	-2,0	-8,7	2,6	20,8	6,9	5,7	1,9
April	-9,7	-9,9	-9,5	1,9	18,1	3,6	-2,0	1,9	-3,3	.	-1,0	-33,1
Mai	-8,2	-7,3	-9,1	1,6	-5,3	3,9	2,4	2,0	-3,0	.	-3,7	-26,4
Juni	-3,7	-5,4	-2,3	1,2	10,1	3,9	9,2	1,9	-3,4	.	-6,1	-32,3
2. Vj.	-7,2	-7,5	-7,0	1,5	7,6	3,8	3,1	2,0
Juli	-4,1	-8,1	-0,5	1,0	5,6	3,3	1,8	1,9	-2,0	.	-8,9	-22,9
August	-3,2	-7,4	0,4	0,9	11,1	2,7	2,1	2,4	-0,6	.	-10,6	-30,4
September	-12,7	-16,3	-9,5	0,5	2,8	2,7	0,7	2,2	-0,5	.	-14,2	56,7
3. Vj.	-6,8	-10,8	-3,4	0,8	6,7	2,9	1,5	2,2
Oktober	8,6	3,5	12,9	0,3	28,5	2,2	0,4	2,2	1,4	.	-14,7	121,1
November	-6,6	-11,8	-2,5	0,2	-3,1	3,0	0,2	2,1	2,0	.	-14,8	125,8
Dezember	-12,0	-11,2	-12,6	0,0	-23,0	2,7	-3,1	2,0	3,0	.	-18,3	...
4. Vj. D	-3,3	-6,5	-1,0	0,2	-2,8	2,6	-1,9	2,1
2013 Januar	-6,5	-14,8	0,3	-0,3	-4,4	2,9	0,0	1,7	3,4	.	-16,2	...
Februar	-5,3	-10,9	-0,8	-0,1	6,8	3,0	-5,1	1,5	3,4	.	-13,6	...
März	-10,4	-9,2	-11,1	-0,2	0,0	1,6	-4,8	1,3	4,8	.	-11,5	...
1. Vj.	-7,4	-11,7	-4,0	-0,2	0,6	2,5	-3,5	1,6
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2012 Februar	-4,3	-6,2	-2,8	-0,3	-11,8	-0,1	0,0	0,8	0,5	.	3,5	10,2
März	7,6	4,5	10,0	0,2	25,5	1,7	16,1	0,6	-2,4	.	1,5	-25,8
1. Vj.	10,0	11,5	8,8	-0,4	-1,0	-4,1	-10,1	0,8
April	-15,5	-13,8	-16,7	-0,2	6,9	0,9	-7,8	-0,2	-0,4	.	-0,7	-46,9
Mai	7,7	9,5	6,1	0,0	-14,0	0,6	4,1	0,0	-2,4	.	-0,4	-6,9
Juni	0,8	-3,9	4,7	0,1	43,2	0,8	4,2	-0,1	-1,0	.	0,1	-21,1
2. Vj.	-7,9	-8,8	-7,2	-0,1	22,3	2,6	3,9	0,5
Juli	-4,2	-0,6	-6,8	0,4	-32,6	-0,2	-1,9	0,3	4,2	.	0,5	-32,7
August	-3,2	-3,3	-3,2	0,7	27,7	0,5	-3,4	0,5	-1,4	.	-2,3	-1,1
September	-2,2	-1,9	-2,4	0,1	-15,9	-0,1	-3,0	0,1	-4,0	.	-1,0	132,5
3. Vj.	-4,1	-3,1	-4,9	1,0	-10,0	0,8	-1,5	0,6
Oktober	12,2	9,8	14,1	-0,2	2,9	4,5	6,6	0,0	0,1	.	-0,9	28,2
November	-5,0	-7,3	-3,5	-0,3	21,5	3,0	4,8	0,0	-1,3	.	-2,2	10,2
Dezember	-17,6	-21,0	-15,1	-0,6	17,1	-2,8	12,7	0,2	2,0	.	-10,0	...
4. Vj.	-0,5	-5,0	3,1	-0,4	-10,8	3,4	8,3	0,3
2013 Januar	24,5	26,3	23,3	-0,2	-4,2	-2,4	-18,0	-0,5	10,0	.	-5,2	...
Februar	-3,0	-1,8	-3,9	-0,1	-1,5	0,0	-5,1	0,7	0,5	.	-7,0	...
März	1,8	6,5	-1,4	0,1	17,6	0,4	16,5	0,3	-1,1	.	4,0	...
1. Vj.	5,3	5,3	5,5	-0,7	2,4	-4,2	-7,9	0,2

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte); Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderten Verfahren (Data Warehouse - Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.



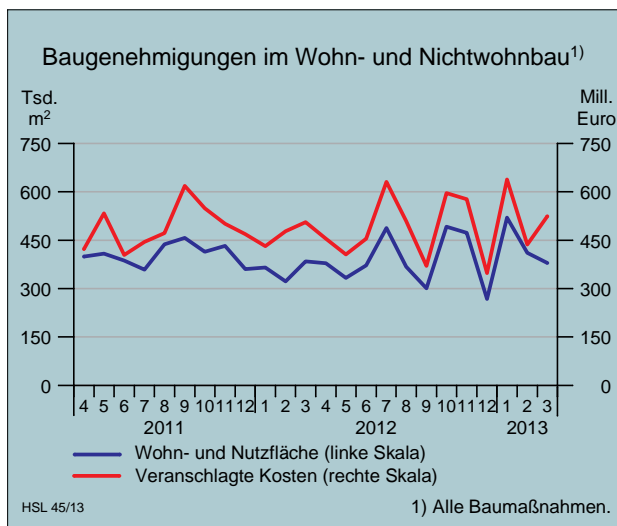
Auftragseingänge im Straßenbau gingen um 6,2 % und die des sonstigen Tiefbaus um 7,5 % zurück.

Die frostige Witterung und der negative Kalendereinfluss schlug sich auch beim baugewerblichen Umsatz nieder, der im ersten Quartal um 1,7 % auf 660 Mill. Euro zurückging. Einen starken Rückgang gab es beim öffentlichen und Verkehrsbau, dessen Umsätze um 22 % auf 160 Mill. Euro abnahmen. Dagegen verbuchte der Wohnungsbau ein Plus von 7,0 % auf 130 Mill. Euro und der gewerbliche und industrielle Bau eines von 7,2 % auf 370 Mill. Euro.

Der saisonübliche Frühlingsaufschwung bei der Beschäftigung im März blieb diesmal aus. Das drückte auch leicht die Zuwachsrate für das gesamte erste Quartal. Im Durchschnitt des ersten Quartals 2013 lag die Beschäftigtenzahl des hessischen Bauhauptgewerbes in den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten mit 25 300 um 2,5 % höher als vor einem Jahr.

Hochbau mit neuen Impulsen

Die genehmigte Wohn- und Nutzfläche stieg um 238 000 m² auf 1 310 000 m²; das war ein Plus von 22 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die dafür veranschlagten Baukosten summierten sich



Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen

Art der Angabe	2012				2013
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	3 218	3 666	3 489	4 132	4 763
Wohnfläche (1000 m ²)	344	414	381	397	443
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt (1000 m ³)	2 805	2 771	2 921	4 014	4 742
Nutzfläche (1000 m ²)	471	397	500	610	563
Wohnungen insgesamt ²⁾	3 749	4 242	4 001	4 831	5 172
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾ (1000 m ²)	1 072	1 083	1 156	1 232	1 310
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	- 5,3	18,8	26,2	3,3	48,0
Wohnfläche	- 12,1	13,0	17,4	0,1	28,6
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt	- 19,7	- 33,2	- 34,7	14,9	69,1
Nutzfläche	- 5,0	- 34,6	- 26,4	12,7	19,7
Wohnungen insgesamt ²⁾	- 1,5	12,3	12,5	0,4	38,0
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾	- 14,6	- 12,1	- 7,7	2,2	22,2
1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).					

auf 1600 Mill. Euro. Das waren 184 Mill. Euro bzw. 13 % mehr als im ersten Quartal 2012.

Im **Wohnbau** wuchs die genehmigte Fläche um 29 %. Den größten Anteil an dieser Zunahme hatte die Wohnungswirtschaft, die ihre Vorhaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast ein Drittel ausdehnte. Auch das Engagement der privaten Haushalte steigerte sich, und zwar um rund 18 %. Die veranschlagten Kosten im Wohnbau lagen um 23 % über dem Wert des Vorjahresquartals. Sie stiegen bei den Unternehmen um 30 % und bei den privaten Haushalten um 15 %. Die Investitionssumme der privaten Haushalte lag 21 % über der gewerblichen.

Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 269 Genehmigungen mehr erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser stieg um 37 und die der darin vorgesehenen Wohnungen um 465. Eine beachtliche Steigerung auf 960 Einheiten war bei Wohnungen in Wohnheimen zu verzeichnen. Damit waren 4763 Wohnungen in Neubauten vorgesehen; das waren 48 % mehr als im Vorjahresquartal. Weitere 340 Wohnungen sollen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen, 70 Wohnungen wurden in Nichtwohngebäuden genehmigt. Mit insgesamt 5172 neuen Wohnungen wurden 38 % mehr genehmigt

als im gleichen Quartal des Vorjahres; die durchschnittliche Wohnfläche betrug 96 m². Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung nahmen um 14 % und die Kosten je m² Wohn- und Nutzfläche leicht um 0,7 % ab.

Der Flächenbedarf im **Nichtwohnbau** stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um ein Fünftel auf 563 000 m². Die dafür veranschlagten Kosten stiegen um 4,9 % auf 828 Mill. Euro. Der stärkste Zuwachs war mit 154 % bei Handels- und Lagergebäuden festzustellen. Die genehmigten Flächen für sonstige Nichtwohngebäude und landwirtschaftliche Betriebsgebäude nahmen ebenfalls zu. Während der Flächenbedarf bei Hotels und Gaststätten konstant blieb, nahm er bei Anstaltsgebäuden, Fabrik- und Werkstattgebäuden, Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie bei den übrigen nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden ab.

Insgesamt betrachtet, gab das Engagement der Privatwirtschaft dem Nichtwohnbau im ersten Quartal 2013 neue Impulse. Die genehmigten Flächen der öffentlichen Bauherren wurden im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 22 % ausgeweitet. Im Gegensatz zum Wohnbau nahmen die Vorhaben der privaten Haushalte um 13 % ab.

Einzelhandel: weiterhin rückläufige Umsätze

Die monatliche Einzelhandelsstatistik basiert auf einer Stichprobenerhebung. Monatlich werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 000 Euro oder mehr befragt. In Hessen sind das momentan rund 2400 Unternehmen. Erfragt wird neben dem Umsatz auch die Zahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten im jeweiligen Berichtsmonat. Auf dieser Basis erstellt das Hessische Statistische Landesamt die monatliche Konjunkturstatistik für den hessischen Einzelhandel.

Nach den starken Umsatzsteigerungen, die der hessische Einzelhandel in den ersten Quartalen der letzten Jahre verbuchen konnte, lagen die Umsätze im ersten Quartal 2013 inflationsbereinigt um 4,9 % unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals. Die nominalen Umsätze gingen um 3,5 % zurück. Dieser Basiseffekt ist auch innerhalb der 3 nach Umsätzen bedeutendsten Bereiche des hessischen Einzelhandels zu erkennen. Alle verzeichneten im ersten Quartal reale Umsatzeinbußen.

Der „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ (z. B. Supermärkte, SB-Kaufhäuser und Verbrauchermärkte) musste reale Umsatzeinbußen von 2,0 % hinnehmen. Der nominale Umsatz blieb auf dem Niveau des ersten Quartals 2012. Im ersten Quartal 2010 gab es hingegen inflationsbereinigte Umsatzsteigerungen von 14 % und 2012 von 2,7 %.

Etwas ungünstiger entwickelte sich der Einzelhandel mit sonstigen Gütern (z. B. Bekleidung, Apotheken, kosme-

tische Erzeugnisse und Körperpflegemittel). Hier nahmen die realen Umsätze im ersten Quartal 2013 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 3,4 % ab; nominal war ein Umsatzminus von 1,7 % festzustellen. Auch in diesem Bereich war die Umsatzentwicklung in den Jahren zuvor besonders positiv. Im ersten Quartal 2012 lagen die Zuwächse im Vergleich zum ersten Quartal 2011 bei 5,3 %.

Deutlich schlechter erging es dem Einzelhandel mit Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf. Hier sanken die realen Umsätze um 7,1 %. Auch die nominalen Umsätze verringerten sich um 6,0 %. Wie in den anderen 2 Bereichen verzeichneten die Umsätze in den Jahren zuvor hohe Zuwächse. Im ersten Quartal 2011 waren dies inflationsbereinigt 9,6 %, auch wenn sich der Umsatzrückgang bereits 2012 mit einer Umsatzsteigerung von nur 0,2 % im ersten Quartal bereits abzeichnete.

Die Zahl der im Einzelhandel Beschäftigten nahm im ersten Quartal 2013 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 0,5 % ab.

Kfz-Handel mit starken Umsatzeinbußen

Die monatliche Kfz-Handelsstatistik wird seit Beginn des Berichtsmonats September 2012 nicht mehr als Stichprobenerhebung durchgeführt. Jeden Monat befragt das Hessische Statistische Landesamt daher alle Kfz-Händler mit einem Jahresmindestumsatz von 10 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Dies sind derzeit rund 230 Unternehmen. Die Daten der übrigen Unternehmen stammen aus Verwaltungsdaten (Bundesagentur für Arbeit und Oberfinanzdirektion).

Gegenüber dem Vorjahresquartal ging der Umsatz der Kfz-Händler um 14,8 % zurück. Damit setzt sich die negative Umsatzentwicklung im zweiten Quartal in Folge fort. Im umsatzstärksten Bereich, dem Handel mit Kraftwagen, sind die Umsätze inflationsbereinigt und nominal mit über 16 % am stärksten zurückgegangen. Hingegen fielen die Umsatzrückgänge im Bereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ weniger negativ aus: inflationsbereinigt 8,0 % und nominal 8,3 %.

Die Anzahl der Beschäftigten nahm trotz der schlechten Umsatzentwicklung gegenüber dem ersten Quartal 2012 um 1,3 % zu.

Leichter Anstieg bei den Umsätzen des Großhandels

Hessenweit werden monatlich rund 500 Großhandelsunternehmen durch das Statistische Bundesamt befragt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Großhändler mit einem Jahresumsatz von mindestens 20 Mill. Euro oder mindestens 100 Beschäftigten. Die Daten der übrigen Unternehmen werden – wie bei der monatlichen

Umsätze und Beschäftigte im Einzelhandel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2012				2013
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2010 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	100,8	104,7	101,2	110,0	97,3
Kfz-Handel ²⁾	121,9	117,8	111,3	110,7	103,8
Großhandel	111,0	109,8	116,2	122,4	111,6
Reale Umsätze ²⁾					
Einzelhandel ¹⁾	98,2	101,2	98,2	105,7	93,4
Kfz-Handel ²⁾	119,2	115,1	108,6	107,8	101,5
Großhandel	104,9	103,1	109,3	116,9	105,4
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	102,0	102,5	102,2	102,6	101,5
Kfz-Handel ²⁾	104,0	104,3	105,8	106,5	105,4
Großhandel	97,5	98,0	99,4	99,9	99,6
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	102,8	103,3	102,8	103,2	101,7
Kfz-Handel ²⁾	111,9	114,8	116,4	117,5	117,7
Großhandel	102,8	103,8	105,6	106,3	106,3
Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	4,7	2,0	0,5	– 1,9	– 3,5
Kfz-Handel ²⁾	11,5	1,3	2,3	– 0,9	– 14,8
Großhandel	– 4,0	– 1,2	– 3,9	2,6	0,5
Reale Umsätze ³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	2,8	0,1	– 1,2	– 3,9	– 4,9
Kfz-Handel ²⁾	10,1	0,2	1,7	– 1,4	– 14,8
Großhandel	– 1,7	0,6	– 1,9	1,7	0,5
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	1,3	1,3	0,4	– 0,4	– 0,5
Kfz-Handel ²⁾	3,1	2,3	1,9	1,3	1,3
Großhandel	2,5	2,4	3,9	2,5	2,2
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	2,3	2,0	0,5	– 0,5	– 1,1
Kfz-Handel ²⁾	9,0	9,0	10,3	7,4	5,2
Großhandel	9,7	9,6	9,4	5,2	3,4
1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 3) In Preisen des Jahres 2010.					

Kfz-Handelsstatistik – aus Verwaltungsdaten (Bundesagentur für Arbeit und Oberfinanzdirektion) entnommen.

Im ersten Quartal 2013 stiegen die Umsätze im Großhandel um 0,5 % gegenüber dem Vorjahresquartal leicht an. Der umsatzstärkste Bereich des hessischen Großhandels ist der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. In diesem Bereich stiegen die Umsätze stärker an als im gesamten Großhandel: nominal um 5,4 % und inflationsbereinigt um 6,3 %.

Der hessische Großhandel beschäftigte im ersten Quartal 2013 2,2 % mehr Personen als im ersten Quartal 2012.

Dies ist vor allem auf die Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen, deren Anzahl um 3,4 % stieg.

Arbeitsmarkt weiterhin in guter Verfassung - langer Winter zeigt Spuren

Die Konjunktur in Deutschland zieht im Frühjahr 2013 wieder an. Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich seit dem Herbst letzten Jahres verbessert. Der konjunkturelle Dämpfer im Jahresschlussquartal 2012 scheint überwunden. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass sich die Lage an den Finanzmärkten entspannte. Auch außerhalb des Euroraums deutet sich eine leichte Expansion an. Die Wirtschaftslage und insbesondere die Konjunkturaussichten werden im ersten Quartal 2013 wieder besser eingeschätzt. Allerdings hat sich der Stimmungsumschwung kaum in den Auftragseingängen oder in der Industrieproduktion niedergeschlagen. Dabei spielt auch der lange Winter eine Rolle. Die sonst übliche Frühjahrsbelebung konnte noch nicht einsetzen. Ein- und Wiedereinstellungen insbesondere in den Außenberufen wurden dadurch verzögert.

Nach dem Frühjahrsgutachten 2013 der „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ stieg das Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt im ersten Quartal 2013 im Vergleich zum Vorquartal nur um 0,2 %, nach einem Rückgang im letzten Quartal 2012 von 0,6 %.

Trotz konjunktureller Schwäche befindet sich der Arbeitsmarkt in einer guten Grundverfassung. Im Verlauf des letzten Jahres wurden jedoch Zeichen der Schwäche auf dem Arbeitsmarkt sichtbar. Typische Frühindikatoren wie die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellen oder die Zahl der Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit) sanken tendenziell. Das Niveau insbesondere für die Zahl der gemeldeten offenen Stellen blieb weiterhin hoch. Der positive Trend bei der Erwerbstätigkeit flachte zwar ab, hielt aber im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit noch an. Der absolute Anstieg bei der Zahl der Erwerbstätigen schlug sich jedoch nicht in einem entsprechenden Abbau der Arbeitslosigkeit nieder, weil arbeitsmarktpolitische Maßnahmen reduziert wurden und das Erwerbspersonenpotenzial stieg.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen stieg im vierten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 0,6 % oder fast 18 600 Personen auf 3,253 Mill. Nach noch vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) wurde damit ein neuer Höchststand erreicht: Noch nie wurden so viele Erwerbstätige in Hessen in einem Quartal statistisch nachgewiesen. Der im Jahresverlauf zu beobachtende Beschäftigungsaufbau setzte sich damit auch im letzten Quartal des Jahres 2012 fort, aber weniger dynamisch als in den Vorquartalen (drittes Quartal: + 1,0 %, zweites Quartal: + 1,2 % erstes Quar-

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen¹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2012				2013
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Erwerbstätige						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 203,0	3 224,5	3 234,5	3 253,3	...
Zu- bzw. Abnahme (–) der Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	1,6	1,2	1,0	0,6	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1000	2 262,3	2 273,4	2 294,4	2 308,0	...
Arbeitslose						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	184 595	177 762	178 350	172 573	191 693
und zwar						
Männer	„	99 138	93 433	92 316	90 825	104 973
Frauen	„	85 457	84 329	86 034	81 748	86 720
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	17 656	16 838	19 470	15 891	18 729
dar. 15 bis unter 20	„	3 183	3 178	3 825	3 023	3 252
50 oder älter	„	55 322	53 658	52 933	53 023	58 289
dar. 55 oder älter	„	33 274	32 411	32 024	32 074	35 005
Ausländer	„	47 231	46 035	46 072	45 627	50 077
im Rechtskreis III	„	60 214	54 883	57 319	56 632	69 732
im Rechtskreis II	„	124 380	122 879	121 031	115 941	121 961
Zu- bzw. Abnahme (–) der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal	%	– 6,4	– 3,2	– 1,0	2,1	3,8
Arbeitslosenquote ²⁾ i n s g e s a m t	„	5,9	5,7	5,7	5,5	6,1
und zwar						
Männer	„	6,0	5,6	5,6	5,5	6,3
Frauen	„	5,8	5,7	5,8	5,5	5,9
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	„	5,4	5,1	5,9	4,8	5,6
dar. 15 bis unter 20	„	3,4	3,4	4,1	3,2	3,5
50 oder älter	„	6,5	6,2	6,0	6,1	6,6
dar. 55 oder älter	„	7,2	6,8	6,6	6,6	7,2
Ausländer	„	13,5	12,9	12,8	12,7	13,9
Deutsche	„	5,0	4,7	4,8	4,6	5,1
Gemeldete Stellen						
Gemeldete Stellen (Bestand) ³⁾	Anzahl	36 091	36 542	36 008	33 528	31 144
Kurzarbeit						
Betriebe mit Kurzarbeit ⁴⁾	„	1 166	309	252
Kurzarbeiter ⁴⁾	„	11 337	4 494	3 575
Anzeigen über Kurzarbeit	„	214	106	90	340	275
Anzahl d. i. d. Anzeigen über Kurzarbeit genannten Personen	„	2 876	1 198	3 679	5 901	3 335
1) Durchschnittswerte des Quartals. — 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor.						
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.						

tal: + 1,6 %). Im Durchschnitt der letzten 4 Jahre betrug der Zuwachs im vierten Quartal 25 800 Personen oder 0,8 %.

Bundesweit betrug der relative Aufbau der Zahl der Erwerbstätigen 0,8 % und war damit geringfügig stärker als in Hessen. Auch hier fiel der Anstieg im letzten Quartal 2012 im Vorjahresvergleich schwächer aus als in den Vorquartalen.

Die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen im vierten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorjahr verlief in den Regionen Deutschlands unterschiedlich. Die alten Länder insgesamt (ohne Berlin) hatten im letzten Quartal 2012 gegenüber dem Vorjahresquartal einen Zuwachs der Zahl der Erwerbstätigen von 0,8 %, während in den neuen Ländern (ohne Berlin) die Erwerbstätigenzahl leicht zurückging (– 0,2 %). Einen leichten Rückgang der Erwerbstätigenzahl in den neuen Ländern gab es

letztmals im dritten und vierten Quartal 2011 (jeweils - 0,1 %). Die im vierten Quartal 2010 beginnende schwächere Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern setzte sich im aktuellen Quartal fort. Nach einzelnen Ländern aufgeschlüsselt ergaben sich im vierten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal Veränderungsraten in einer Bandbreite von - 1,1 % (Sachsen-Anhalt) bis + 2,5 % (Berlin).

Die Erwerbstätigen setzen sich aus mehreren Teilgruppen zusammen. Die größte Gruppe ist die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Diese Gruppe trug erneut maßgeblich zum Beschäftigungsaufbau im vierten Quartal 2012 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal bei. Die positiven Zuwachsraten bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schwächten sich im Jahresverlauf aber merklich ab. Die Personen in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) verzeichneten im Vorjahresvergleich starke Rückgänge.

Die Betrachtung der Entwicklung nach Wirtschaftsbereichen zeigt, dass im Vorjahresvergleich fast alle Bereiche einen Beschäftigungszuwachs aufweisen. Den größten absoluten Zuwachs verzeichnete der Dienstleistungsbereich (+ 12 900 Erwerbstätige oder + 0,5 %). Innerhalb des Dienstleistungsbereichs meldeten die Wirtschaftsabschnitte „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“ sowie „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ Zuwächse von 12 000 Erwerbstätigen (+ 1,3 %) bzw. von 3500 (+ 0,4 %), während der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ einen Stellenabbau von 2600 oder 0,4 % meldete. Im dritten Quartal 2012 wurde hier noch ein leichtes Plus von 0,2 % registriert.

Im Baugewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen im vierten Quartal 2012 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 2200 Personen oder 1,3 %, im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) um knapp 4000 Personen oder 0,7 %. In der Land- und Forstwirtschaft; Fischerei verringerte sich die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich in Hessen im ersten Quartal 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 7100 Personen oder 3,8 %. Im Durchschnitt des ersten Quartals waren in Hessen 191 700 Personen arbeitslos gemeldet. In den letzten 3 Jahren sank die Zahl der Arbeitslosen im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal durchschnittlich um 5,1 %. 2005 gab es letztmals im Jahresvergleich einen Anstieg der Arbeitslosenzahl in den ersten drei Monaten. Im Gegen-

satz zur Entwicklung der Arbeitslosenzahl sank die Zahl der Personen in Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) im Jahresvergleich, weil die Entlastungen durch die Arbeitsmarktpolitik und hier insbesondere die Förderung der Selbstständigkeit stark rückläufig waren.

Die bundesweite Zahl der Arbeitslosen stieg ebenfalls im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahresquartal. Nach Regionen betrachtet entwickelte sich die Arbeitslosenzahl unterschiedlich: Zunahme in den alten Ländern und Abnahme in den neuen Ländern. In den alten Ländern meldete nur noch Hamburg einen leichten Rückgang von 0,6 %; den relativ stärksten Anstieg gab es im Saarland (+ 12,3 %). Die Arbeitslosigkeit nahm in allen neuen Ländern ab, die Spanne reichte von - 3,7 % (Sachsen) bis zu - 2,3 % (Sachsen-Anhalt).

Die hessische Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, war mit 6,1 % weiterhin günstiger als die Quote der alten Länder (6,4 %) und deutlich niedriger als die für Gesamtdeutschland (7,4 %). Den vierten Platz im Länderranking hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz konnte Hessen auch im ersten Quartal behaupten.

Für internationale Vergleiche liegen von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, Angaben bis März vor. Nach diesen Angaben lag die harmonisierte und saisonbereinigte Arbeitslosenquote¹⁾ im Durchschnitt des ersten Quartals im Euroraum (ER) bei 12,0 % und in der Europäischen Union (EU27) bei 10,9 %. Von den Mitgliedstaaten der EU verzeichneten Österreich (4,7 %), Deutschland (5,4 %) und Luxemburg (5,7 %) die niedrigsten Arbeitslosenquoten, und die höchsten Quoten meldeten Griechenland (27,2 %) Spanien (26,7 %) und Portugal (17,5 %). Die entsprechende hessische Quote lag bei 4,5 %. In den USA lag die Quote bei 7,7 % und in Japan bei 4,3 %.

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahresquartal machte sich bei allen Personengruppen bemerkbar. Besonders stark betroffen waren die Männer und die Gruppe der 50-Jährigen oder Älteren. Deutlich schwächer war die Zunahme bei den Frauen und bei den Jugendlichen unter 20 Jahren.

Von den 191 700 Arbeitslosen im ersten Quartal 2013 wurden in Hessen im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit gut 36 % und im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung knapp 64 % betreut. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III um 9500 Personen oder fast 16 %. Dagegen liegt die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II weiter unter dem Vorjahreswert (- 1,9 %). Der Rückgang der entlastenden Arbeitsmarktpolitik im Rechtskreis SGB III fiel stärker aus als im Rechtskreis SGB II, was die ungünstigere Entwicklung der Arbeitslosigkeit im

1) Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen. Stand 30. April 2013. Dabei werden die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde gelegt.

Rechtskreis SGB III beeinflusste. Innerhalb des Landes Hessen zeigt sich in den Kreisen und kreisfreien Städten eine große Heterogenität des Anteils Arbeitsloser im Rechtskreis SGB II an der jeweiligen Gesamtarbeitslosigkeit. Der geringste Anteil findet sich mit 51 % in Fulda, während die kreisfreie Stadt Darmstadt mit fast 76 % den höchsten Anteil hat.

Die Entwicklung des Arbeitslosenbestandes insgesamt war in den Regionen Hessens im Berichtsquartal im Vergleich zum Vorjahresquartal unterschiedlich. Von den 26 Landkreisen und kreisfreien Städte waren in 19 Regionen die Arbeitslosenzahlen höher als im Vorjahr. Starke Zuwächse meldeten der Lahn-Dill-Kreis, der Landkreis Groß-Gerau und die kreisfreie Stadt Darmstadt. Rückgänge verzeichneten nur 6 Landkreise, und im Werra-Meißner-Kreis blieb die Zahl der Arbeitslosen im Jahresvergleich konstant.

Im Ranking der 26 hessischen Landkreise und kreisfreien Städte ist der Landkreis Fulda erstmals mit einer Arbeitslosenquote von 4,0 % Spitzenreiter und verdrängt damit den Hochtaunuskreis auf den zweiten Platz. Die höchsten Quoten hatten die kreisfreien Städte Offenbach am Main und Kassel (11,3 bzw. 10,6 %).

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit war in den Regierungsbezirken unterschiedlich stark. Während der nördliche und mittlere Regierungsbezirk eine Zunahme unter dem Landesdurchschnitt von 3,8 % meldeten, lag sie im südlichen Bezirk mit 4,2 % deutlich über diesem Wert. Die Arbeitslosenquote im Regierungsbezirk Darmstadt lag mit 6,1 % genau im Landesdurchschnitt, während in den beiden anderen Regierungsbezirken die jeweiligen Quoten knapp über diesem Wert lagen.

Der Bestand an gemeldeten offenen Arbeitsstellen verringerte sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum um fast 14 % auf 31 150. Auch in den Vorjahren hatte der Bestand im ersten Quartal nachgegeben, mit Ausnahme des ersten Quartals 2011. Die Stellenzugänge, die ein besserer Indikator für die Einstellungsbereitschaft der Betriebe als die Bestandszahlen sind, sind weiterhin im langjährigen Vergleich auf hohem Niveau, haben sich aber deutlich verringert. Zum Ende des ersten Quartals 2013 lag die Zahl der Stellenzugänge gut 16 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Von den gemeldeten 11 250 neuen Stellen war im März genau die Hälfte sofort zu besetzen. 94 % der Gesamtzahl der gemeldeten Stellen beziehen sich auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und knapp 6 % auf geringfügige Beschäftigungen. Gleichzeitig wurden im März knapp 10 000 Arbeitsstellen abgemeldet. Das waren 23 % weniger als im Vorjahr. Knapp ein Drittel war weniger als 1 Monat vakant. Die durchschnittliche Zeit, in der ein Arbeitsplatz zu besetzen war (Vakanzeit), betrug 73 Tage.

Im Februar lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach ersten Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit um 1,0 % über dem Vorjahreswert. Die hessische Entwicklung war damit erneut schwächer als im Bundesgebiet (+ 1,4 %) bzw. in den alten Ländern (+ 1,5 %). Danach sind in Hessen rund 2,282 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die stärksten Zuwächse gab es im Bereich „Information und Kommunikation“, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe und dem Gastgewerbe. Die Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit) war weiterhin rückläufig.

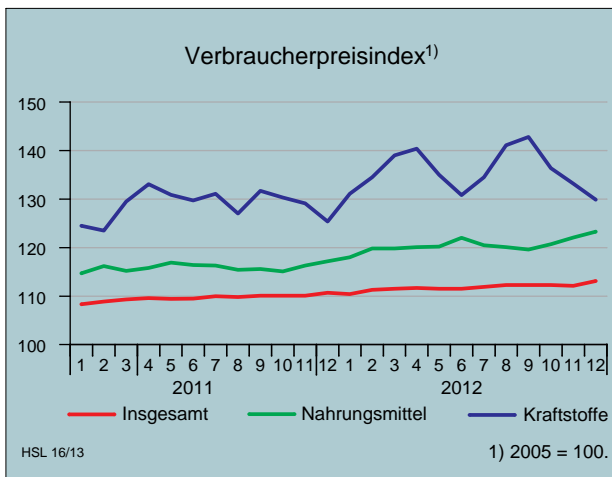
Inflationsrate sinkt merklich auf 1,6 %

Der Verbraucherpreisindex lag im ersten Quartal 2013 um 1,6 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums und 0,2 % höher als im vierten Quartal 2012. Seit Jahresbeginn ist die Inflationsrate kontinuierlich gesunken: Von 2, % im Dezember 2012 auf 1,7 % im Januar, 1,5 % im Februar und 1,3 % im März 2013. Ursächlich hierfür sind vor allem Preisrückgänge für Mineralölprodukte und Gebrauchsgüter, darunter insbesondere Produkte der Unterhaltungselektronik und Haushaltsgeräte. Zusätzlich gab es mit der Abschaffung der Praxisgebühr für ärztliche Leistungen einen Sondereffekt, der ebenfalls dämpfend auf die Inflationsrate wirkte.

Der Preisindex für Haushaltsenergie (Strom, Heizöl, Gas, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag im

Verbraucherpreisindex in Hessen

Art der Angabe	2012				2013
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
	2010 = 100				
Verbraucherpreisindex	103,2	103,7	104,3	104,6	104,8
darunter					
Nahrungsmittel	105,4	106,3	105,7	107,8	109,8
Kleidung und Schuhe	99,7	103,4	100,2	105,4	101,7
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	102,1	102,6	103,0	103,3	103,6
Haushaltsenergie	114,6	114,6	116,2	116,8	120,4
Verkehr	106,6	106,9	108,0	106,7	106,8
Kraftstoffe	115,9	116,3	119,7	114,6	113,6
Nachrichtenübermittlung	95,4	95,1	94,6	94,0	93,8
Unterhaltungselektronik	86,5	86,7	86,3	85,2	82,7
	Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %				
Verbraucherpreisindex	1,9	2,0	2,2	2,1	1,6
darunter					
Nahrungsmittel	3,1	3,5	3,6	5,0	4,2
Kleidung und Schuhe	1,6	2,9	1,8	2,1	2,0
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,4	1,5	1,7	1,7	1,5
Haushaltsenergie	6,5	5,2	6,0	4,2	5,1
Verkehr	3,4	2,1	3,1	2,1	0,2
Kraftstoffe	7,1	3,1	7,2	3,9	– 2,0
Nachrichtenübermittlung	– 2,4	– 1,9	– 1,5	– 1,5	– 1,7
Unterhaltungselektronik	– 9,8	– 6,4	– 4,1	– 3,3	– 4,4



ersten Quartal 2013 um 5,1 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Die Preisentwicklung der einzelnen Produkte verlief sehr unterschiedlich. Während der Strompreis u. a. aufgrund einer Anhebung der EEG-Umlage um 12,9 % stieg, führte die Entspannung auf dem Weltmarkt für Rohöl zu sinkenden Preisen für Heizöl (- 3,6 %) und auch für Gas (- 1,7 %). Autofahrer zahlten durchschnittlich 2,0 % weniger für Kraftstoffe, wobei der Preis für Diesel (- 3, %) stärker zurückging als für Superbenzin (- 1,7 %).

Die teilweise saisonal bedingten Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln fielen im ersten Quartal 2013 mit 1,9 % gegenüber dem Vorquartal merklich schwächer aus als vor einem Jahr (+ 2,6 %), sodass die Jahresteuersatzrate von 5,0 % im vierten Quartal 2012 auf 4,2 % im ersten Quartal 2013 zurückging. Die Preisentwicklung der einzelnen Produkte verlief recht unterschiedlich. Teurer wurden binnen Jahresfrist Obst (+ 7,5 %), Fisch (+ 7,2 %), Fleisch und Fleischwaren (+ 7,1 %), Gemüse (+ 3,9 %), Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 2,0 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (+ 1,7 %). Für Speisefette und -öle (- 0,5 %) zahlten die Verbraucher weniger als vor einem Jahr.

Die Preise von Kleidung und Schuhen lagen im ersten Quartal 2013 um 2,0 % über dem Niveau des Vorjahres. Dagegen setzte sich der Trend sinkender Preise für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (- 1,7 % gegenüber dem ersten Quartal 2012) und für Unterhaltungselektronik (- 4,4 %) weiter fort. Deutliche Preissenkungen wurden für PCs (- 16,6 %), Fernsehgeräte (- 13,0 %), Digitalkameras (- 8,2 %), Notebooks (- 7,0 %), sowie DVD-Recorder (- 6,6 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. MP3-Player (+ 2,8 %) und Laserdrucker (+ 2,5 %). Ebenfalls uneinheitlich verlief die Entwicklung bei den anderen Gebrauchsgütern im Haushalt. Glaswaren und Geschirr verteuerten sich im ersten Quartal 2013 um 1,5 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Die Preise für Haushaltsgeräte (- 1,9 %), Möbel und Einrichtungsgegenstände (- 0,4 %) sowie Heimtextilien (- 0,2 %) sanken binnen Jahresfrist.

Dienstleistungen für private Haushalte wurden durchschnittlich 1,1 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für Pauschalreisen (+ 6,9 % gegenüber dem ersten Quartal 2012), Sport- und Erholungsdienstleistungen (+ 5,1 %), Verbundfahrkarten (+ 4,2 %) sowie Übernachtungen in Hotels und anderen Beherbergungsbetrieben (+ 3,3 %). Einen Sondereffekt gab es durch den Wegfall der Praxisgebühr zu Beginn des Jahres 2013. Dieser bewirkte, dass der Preisindex der von den privaten Haushalten unmittelbar zu zahlenden ärztlichen Dienstleistungen im ersten Quartal 2013 um 19,2 % gegenüber dem ersten Quartal 2012 sank. Dadurch schwächte sich die Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte ab.

Die Jahresteuersatzrate für Wohnungsmieten ging von 1,7 % im vierten Quartal 2012 auf 1,5 % im ersten Quartal 2013 zurück.

Hessen hat nach dem Zensus über 6 Mill. Einwohner. Die Pressekonferenz zum Zensus 2011 des Hessischen Statistischen Landesamts

Mit Spannung wurden die Ergebnisse des Zensus 2011 erwartet. Am 31. Mai 2013 verkündete Frau Dr. Christel Figgener, die Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamts, die ersten Resultate im Hessischen Landtag. Von besonderem Interesse waren hierbei die Einwohnerzahlen, weil sie die Basis für eine Vielzahl von Rechtsgrundlagen, allen voran für den Länderfinanzausgleich, bilden. Am Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011, lebten in Hessen knapp 5,972 Mill. Einwohner. Seither ist die Bevölkerungszahl in Hessen kontinuierlich gestiegen. Nach der neuen Bevölkerungsfortschreibung wurde in Hessen die 6 Mill.-Einwohner-Grenze bereits zur Jahresmitte 2012 überschritten. Die derzeit aktuellste Zahl liegt zum 30. September 2012 vor; hier hatte Hessen 6 012 811 Einwohner. Maßgeblich für den Bevölkerungsanstieg

nach dem Zensusstichtag war die hohe Zuwanderung aus dem Ausland, während die natürliche Bevölkerungsbilanz aus Geburten und Sterbefällen sowie die Binnenwanderungsbilanz negativ ausfielen.

Darüber hinaus präsentierte Frau Dr. Figgener ausgewählte Themen. So zeigte sie durch einen Ergebnisvergleich des Zensus 2011 mit der Volkszählung von 1987 die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Altersstruktur: Höhere Altersgruppen nehmen zahlenmäßig zu, während in jüngeren Altersgruppen die Bevölkerung rückläufig ist. Von besonderem Interesse war auch der im Zensus 2011 erhobene Migrationshintergrund. Rund ein Viertel der in Hessen lebenden Personen hatte zum Zensusstichtag einen Migrationshintergrund, d. h. die betreffende Person oder mindestens ein Elternteil waren nach 1955 in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik zugewandert. Weitere Themen waren die Religionszugehörigkeit und die Erwerbstätigkeit.

Neben der Zählung der Bevölkerung stand beim Zensus 2011 auch die Erfassung aller Gebäude und Wohnungen im Vordergrund. So gab es in Hessen zum Stichtag 2011 1 411 278 Gebäude mit 2 981 938 Wohnungen.



Im Anschluss an die rund 30-minütige Präsentation nutzten die Medienvertreter die Möglichkeit, bei Frau Dr. Figgenger und ihren Mitarbeiter nachzufragen. Von besonderem Interesse waren die Auswirkungen der Bevölkerungszahlen auf die Politik. Hier erklärte Frau Dr. Figgenger, dass Hessen auch zukünftig über 5 Sitze im Bundesrat verfügen wird, weil für die Ermittlung der Anzahl an Sitzen die jeweils aktuellste Einwohnerzahl gilt; das ist die zum 30. September 2012.

Ein weiterer Fragenkomplex bezog sich auf das Antwortverhalten der Bevölkerung und die Zahl der erhobenen Zwangsgelder. Frau Dr. Figgenger verwies auf eine sehr geringe Anzahl an Mahnungen und tatsächlichen Zwangsgeldern und stellte die gute Resonanz in der Bevölkerung heraus. Bei der Befragung der Haushalte gab es eine freiwillige Frage zum Glaubensbekenntnis. Diese wurde lediglich von rund der Hälfte der Befragten beantwortet.

Detailliertere Ergebnisse, insbesondere zu den Haushaltsstrukturen, folgen im Frühjahr 2014. PhGr

Die Statistische Bibliothek – ein gemeinsames Archiv der Online-Publikationen im Internet

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben ihre Veröffentlichungen zur rascheren Verbreitung der Ergebnisse und zur Reduzierung der Druckkosten ganz überwiegend von Druckwerken auf Online-Versionen umgestellt. Kostenlose Online-Publikationen können auf den Internetseiten der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes direkt heruntergeladen werden.

Seit Anfang Juni 2013 wird mit der **Statistischen Bibliothek** im Internet (www.destatis.de/DE/PresseService/Bibliothek/Bibliothek.html) die Möglichkeit geboten, im gesamten Datenbestand der Veröffentlichungen der amtlichen Statistik zu recherchieren. Das gemeinsame, umfassende Datenangebot ist mit statistikspezifischen Suchfunktionen ausgestattet, die ein schnelles Auffinden der gesuchten Informationen in wenigen Schritten ermöglichen. Die gewünschte Veröffentlichung kann – soweit diese kostenfrei zur Verfügung gestellt wurde – direkt auf dem eigenen Rechner abgespeichert werden.

Die Statistische Bibliothek basiert auf der frei verfügbaren Software MyCoRe, mit deren Hilfe Institutionen eigene Dokumentenserver entwickeln können.

Neben dem Nutzen für die Kunden der amtlichen Statistik dient die Statistische Bibliothek der langfristigen Archivierung sämtlicher Veröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die als Dateien vorliegen. Die Informationsbereitstellung im Internet wird auch für die gesetzlich vorgeschriebene Ablieferung der Pflichtexemplare an die Deutsche Nationalbibliothek genutzt.

Eine Recherche in den Titeldaten nach Herausgeber, Themenbereichen und Titelstichwörtern führt zielgerichtet zur gesuchten Online-Ausgabe eines Jahrbuchs oder eines Statistischen Berichts.

Daneben wird eine Volltextsuche in den Online-Ausgaben angeboten, mit der eine schrittweise inhaltliche Erschließung der statistischen Monatszeitschriften möglich wird.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 067,0	6 092,1	6 087,2	6 089,7	6 093,0	6 107,1	6 111,0	6 113,9	6 115,5
N a t ü r l i c h e B e v ö l k e r u n g s - b e w e g u n g:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 290	2 289	2 880	2 153	2 005	4 013	2 760	2 199	1 481
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,5	4,5	5,8	4,2	4,0	7,8	5,5	4,2	3,0
* Lebendgeborene	"	4 312	4 290	4 885	3 772	4 545	5 159	4 226	4 703	4 040
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,5	9,8	7,3	9,1	10,0	8,4	9,1	8,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 017	5 037	4 694	5 008	5 087	5 525	4 229	5 608	5 016
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	9,9	9,4	9,7	10,2	10,7	8,4	10,8	10,0
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	14	16	19	14	12	13	10	19	12
auf 1000 Lebendgeborene	"	3,2	3,7	3,9	3,7	2,6	2,5	2,4	4,0	3,0
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 705	- 747	191	- 1 236	- 542	- 366	- 3	- 905	- 976
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,5	0,4	- 2,4	- 1,1	- 0,7	- 0,0	- 1,7	- 1,9
W a n d e r u n g e n:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	14 014	15 855	18 843	19 493	16 504	19 899	18 364	19 778	15 599
* darunter aus dem Ausland	"	6 420	7 771	9 734	8 696	8 043	10 444	10 132	9 346	8 074
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 989	13 151	14 997	15 812	12 804	15 956	14 576	16 273	13 283
* darunter in das Ausland	"	5 613	5 313	5 512	5 153	5 499	6 444	5 695	5 037	5 654
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 025	2 705	3 846	3 681	3 700	3 943	3 788	3 505	2 316
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 098	17 623	17 980	17 432	18 745	20 525	17 636	18 568	19 121

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	April
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	182 518	178 320	185 474	186 399	181 911	181 250	191 769	192 670	190 318
und zwar										
Frauen	"	87 435	84 392	86 252	85 718	84 401	85 548	87 059	86 663	87 431
Männer	"	95 083	93 928	99 222	100 681	97 510	95 702	104 710	106 007	102 887
Ausländer	"	46 024	46 241	47 231	47 479	46 983	46 845	50 053	50 201	50 086
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	17 474	17 464	17 084	18 305	17 578	17 131	18 004	19 315	18 240
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	5,9	5,7	5,9	6,0	5,8	5,8	6,1	6,1	6,1
und zwar der										
Frauen	"	6,0	5,7	5,9	5,8	5,8	5,8	5,9	5,9	5,9
Männer	"	5,7	5,7	6,0	6,1	5,9	5,8	6,3	6,4	6,2
Ausländer	"	13,2	13,0	13,5	13,5	13,4	13,4	13,9	13,9	13,9
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	5,4	5,3	5,2	5,6	5,4	5,3	5,4	5,8	5,5
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 943	...	11 651	12 834	9 525	5 059
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁵⁾	"	38 053	35 553	35 139	36 362	36 897	36 639	29 356	31 410	32 348

Erwerbstätigkeit ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2010	2011	2010		2011		2012		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁷⁾⁸⁾	1000	2 165,8	2 233,4	2 227,3	2 217,2	2 283,7	2 272,5	2 267,5	2 272,3	2 310,9
und zwar										
Frauen	"	973,2	1 006,7	1 004,9	1 004,4	1 030,7	1 029,6	1 027,5	1 027,2	1 046,8
Ausländer	"	214,5	232,4	224,3	221,5	238,5	236,1	242,5	247,4	254,6
Teilzeitbeschäftigte ⁹⁾	"	423,5	458,8	441,8	444,6
darunter Frauen ⁹⁾	"	348,6	373,7	362,3	364,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ¹⁰⁾										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,5	7,9	7,8	6,8	8,2	7,2	7,7	8,1	8,3
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,3	2,7	2,4	2,5	2,7	2,7
Produzierendes Gewerbe	"	559,7	563,3	565,4	557,0	573,0	565,9	566,2	574,7	584,5
darunter Frauen	"	123,8	125,3	126,3	124,7	127,4	126,1	126,8	129,2	131,5
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	527,9	543,9	540,9	540,6	557,0	558,0	555,9	554,9	566,1
darunter Frauen	"	232,6	239,2	238,1	238,6	245,1	245,5	243,9	243,0	248,1
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	543,1	570,0	563,3	560,3	583,5	576,2	577,4	557,0	583,9
darunter Frauen	"	245,2	252,8	251,0	250,3	259,1	257,4	257,8	256,9	261,4
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	527,6	548,1	549,7	552,4	561,1	564,0	559,2	557,0	567,1
darunter Frauen	"	369,0	386,7	386,8	388,4	396,0	397,7	396,0	395,0	402,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. Erstellungsdatum: 05.11.2012.
1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 6) Statistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte. — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 8) Erstellungsdatum: 28.03.2013. — 9) Wegen Umstellungen im Erhebungsverfahren wird dieses Merkmal bis voraussichtlich Mitte 2013 ausgesetzt. — 10) Abgrenzung nach WZ 2008.

Hessischer Zahlenspiegel

Soziales										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Leistungsbezug nach SGB II¹⁾										
Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten										
Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	413 081	403 510	402 779	407 483	407 336	399 070
darunter Frauen	"	211 398	207 435	206 783	209 081	208 928	205 147
davon										
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	287 958	280 239	279 266	283 161	283 375	276 371
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	"	125 123	123 271	123 514	124 322	123 961	122 699
darunter unter 15 Jahren	"	117 982	116 289	116 370	117 278	116 892	115 749
Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Schlachtungen²⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	3 769	3 471	3 755	3 718	4 273	3 538	3 242	3 257	3 822
darunter										
Kälber ³⁾	"	166	141	110	96	123	238	106	101	184
Jungrinder	"	99	136	158	157	181	167	105	100	170
Schweine	"	46 648	44 763	46 321	43 273	46 373	46 280	42 223	40 619	44 168
darunter hausgeschlachtet	"	1 667	1 423	2 370	1 857	2 259	2 065	1 921	1 765	1 824
Schlachtmengen⁴⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	5 926	5 598	5 610	5 366	5 980	5 696	5 217	4 980	5 732
darunter										
* Rinder insgesamt	"	1 130	1 050	1 113	1 112	1 267	1 021	996	979	1 129
* darunter										
Kälber ³⁾	"	20	18	14	12	15	30	14	11	24
Jungrinder	"	14	20	22	22	27	23	15	13	22
* Schweine	"	4 290	4 131	4 176	3 947	4 245	4 229	3 913	3 690	4 014
* Geflügelfleisch ⁵⁾	"
* Erzeugte Konsumeier ⁶⁾	1000 St.	14 789	17 263	16 444	16 475	18 078	17 049	18 236	18 983	20 467
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Betriebe	Anzahl	1 373	1 401	1 392	1 395	1 404	1 399	1 390	1 393	1 398
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	351,3	355,8	354,9	354,0	354,7	354,6	354,0	353,7	353,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	45 230	44 907	47 030	46 826	48 871	35 963	46 276	44 349	44 497
* Entgelte	Mill. Euro	1 360,7	1 421,1	1 319,6	1 279,2	1 402,4	1 411,3	1 396,4	1 311,9	1 406,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	8 793,9	8 645,4	8 170,4	8 580,9	9 733,6	7 802,9	7 897,6	8 058,1	8 586,4
* darunter Auslandsumsatz	"	4 526,0	4 493,7	4 171,6	4 394,9	5 087,5	4 261,0	4 201,6	4 271,2	4 458,5
Exportquote ⁸⁾	%	51,5	52,0	51,1	51,2	52,3	54,6	53,2	53,0	51,9
Volumenindex des Auftragseingangs ⁹⁾ insgesamt	2005 = 100 % ¹⁰⁾	1,9	- 5,8	- 3,0	- 8,0	- 8,7	- 12,0	- 6,5	- 5,3	- 10,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,2	- 6,4	2,2	- 3,6	- 7,7	- 17,5	- 14,1	- 10,1	- 14,7
Investitionsgüterproduzenten	"	7,4	- 6,6	0,0	- 4,4	- 7,3	- 3,9	- 2,5	- 5,6	- 8,2
Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,4	- 5,4	- 19,1	- 15,8	- 22,9	- 7,2	0,4	- 6,6	- 0,6
Verbrauchsgüterproduzenten	"	3,3	- 2,0	- 3,1	- 22,6	- 11,2	- 13,0	7,4	9,5	- 4,3
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ¹¹⁾	- 4,0	- 8,5	- 8,0	- 12,3	- 13,6	- 16,3	- 6,1	- 3,5	- 11,0
Maschinenbau	"	10,4	- 7,3	4,0	- 9,1	- 2,5	- 11,6	- 10,2	- 2,6	- 8,0
Kraftwagen und -teile	"	1,5	- 9,8	3,5	- 19,8	- 13,5	- 10,6	- 8,8	- 6,5	- 18,2
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	11,9	- 9,9	- 3,4	- 6,4	- 14,2	- 13,4	- 5,8	19,8	- 8,0
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Betriebe ¹¹⁾	Anzahl	112	114	113	113	113	114	114	115	115
* Beschäftigte ¹¹⁾	"	16 143	16 396	16 350	16 371	16 367	16 402	16 313	16 295	16 292
* Geleistete Arbeitsstunden ¹¹⁾¹²⁾	1000 h	2 042	2 025	2 192	2 137	2 193	1 601	2 157	1 994	1 989
* Entgelte ¹¹⁾	Mill. Euro	67,9	70,1	64,3	68,1	63,2	68,3	71,7	70,2	66,4
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹³⁾	Mill. kWh	1 244,6	939,0	1 000,5	1 249,1	1 017,9	967,3	1 020,2	946,1	920,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. — 2) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 3) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 4) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 5) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 6) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. — 7) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 9) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 10) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 11) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 12) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 13) Mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2011		2012			2013	
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Beschäftigte ²⁾	2009 = 100 ³⁾	98,0	97,6	100,1	97,9	96,9	97,1	99,6	97,0	96,3
* Umsatz ⁴⁾	2009 = 100 ⁵⁾	105,4	102,5	108,2	119,6	88,8	103,1	104,4	113,9	82,8
Baugewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
B a u h a u p t g e w e r b e⁷⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	49,0	50,3	47,5	47,4	50,3	49,1	48,0	48,0	48,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 920	4 745	3 358	3 034	5 010	3 256	2 621	3 105	3 804
davon										
* Wohnungsbau	"	2 137	2 061	1 705	1 519	2 128	1 478	1 165	1 434	1 708
* gewerblicher Bau	"	1 472	1 491	1 010	908	1 555	1 069	983	1 111	1 302
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 312	1 192	643	607	1 327	709	473	560	794
* Entgelte	Mill. Euro	115,2	119,1	104,9	89,3	110,9	109,8	103,2	91,2	101,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	503,4	513,9	325,0	297,9	477,5	545,4	290,2	310,6	411,7
davon										
* Wohnungsbau	"	168,1	179,2	148,3	119,5	156,1	173,5	80,6	117,4	165,2
* gewerblicher Bau	"	174,9	191,1	118,8	123,0	191,3	228,4	158,4	141,7	159,4
* öffentlicher und Straßenbau	"	160,5	143,6	57,9	55,3	130,0	143,4	51,1	40,7	86,9
Index des Auftragseingangs ⁸⁾	2005 = 100	117,7	126,4	117,9	104,0	130,5	117,6	112,7	111,0	130,6
darunter										
Wohnungsbau	"	138,8	168,8	122,0	103,6	136,2	166,9	138,3	233,7	138,9
gewerblicher Bau	"	148,0	152,3	208,3	128,6	149,5	171,2	183,1	137,2	138,4
öffentlicher und Straßenbau	"	89,3	95,7	49,0	85,5	114,7	64,3	53,0	58,6	122,4
A u s b a u g e w e r b e⁹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ¹⁰⁾	1000	20,6	21,4	.	.	20,9	22,1	.	.	22,0
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 159	6 309	.	.	6 169	6 429	.	.	6 367
* Entgelte	Mill. Euro	162,6	172,9	.	.	161,8	185,2	.	.	170,7
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	720,6	672,8	.	.	526,3	842,8	.	.	541,1
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	523	530	428	396	599	451	471	544	721
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	464	462	377	335	519	387	375	490	635
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	668	687	502	565	794	578	818	617	933
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	123	128	92	105	147	110	152	118	174
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	185 546	191 860	138 216	160 766	220 960	159 706	238 965	173 025	268 140
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	128	127	136	105	121	87	106	120	112
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 301	1 043	1 174	902	729	622	1 454	2 676	613
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	193	165	202	141	128	104	228	235	101
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	192 706	175 873	207 380	214 430	153 636	119 825	204 062	185 782	115 607
* Wohnungen insgesamt ¹¹⁾	Anzahl	1 330	1 402	959	1 159	1 631	1 221	1 956	1 379	1 837
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹¹⁾	"	6 602	6 675	5 050	5 875	7 691	5 564	7 637	6 062	8 495
Großhandel ¹²⁾¹³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — real	2010 = 100	108,8	108,5	99,5	100,6	114,6	107,3	105,2	99,2	111,9
* Index der Umsätze ¹⁴⁾ — nominal	"	116,6	114,8	104,2	106,8	122,0	110,6	110,8	106,0	117,9
* Beschäftigte (Index)	"	96,0	98,7	97,4	97,4	97,7	99,7	99,7	99,6	99,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung (ab 1.1.2004); die Angaben für die letzten beiden Quartale sind jeweils vorläufig. — 2) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 3) Hier: 30.09.2009 = 100. — 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 5) Hier: Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 6) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; frühere Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 7) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u.a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 9) Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 10) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 11) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 12) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 13) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 14) Ohne Umsatzsteuer.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2010 =100	98,2	100,8	94,0	93,0	107,5	112,4	92,5	87,1	100,6
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	101,9	104,2	95,6	95,6	111,0	116,6	95,6	90,7	105,7
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,9	105,0	97,1	97,8	109,9	120,7	98,3	95,4	111,1
Apotheken ⁵⁾	"	105,7	105,5	102,7	103,6	111,4	108,1	110,3	107,1	108,4
Bekleidung	"	112,6	103,6	94,4	82,0	107,0	129,0	94,5	78,5	100,2
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	108,8	104,0	98,6	94,5	115,4	109,8	95,3	92,1	109,9
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	109,0	102,5	105,9	88,8	97,4	153,9	101,1	83,4	93,5
Versand- u. Internet-Eh.	"	91,8	93,3	95,7	97,5	114,0	73,2	70,1	63,0	75,1
* Beschäftigte (Index)	"	97,1	102,4	101,9	101,9	102,3	103,0	101,5	101,2	101,8
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	"	99,3	112,7	108,0	114,0	135,5	87,2	93,0	100,8	110,7
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	105,5	115,4	110,5	116,7	138,7	89,0	95,2	103,0	113,3
* Beschäftigte (Index)	"	98,7	105,2	104,1	103,8	104,1	106,0	106,0	105,2	105,0
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 =100	88,8	101,7	90,0	92,2	101,7	103,3	89,0	87,8	99,0
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	98,7	105,3	92,2	94,5	104,9	107,3	93,1	92,0	104,2
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	107,6	105,8	89,2	97,6	106,0	101,6	91,5	92,9	106,2
Restaurants, Gastst., Imbissst., Cafés u. Ä.	"	92,5	107,8	93,8	92,0	106,2	117,9	93,3	91,9	105,7
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	103,4	100,6	91,3	93,4	101,7	97,4	93,3	91,2	99,9
Ausschank von Getränken	"	85,0	105,3	100,2	95,6	107,9	126,1	95,3	88,5	102,6
* Beschäftigte (Index)	"	98,6	104,5	100,3	100,8	102,4	103,0	101,5	101,3	103,1
Außenhandel⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	4 615,8	4 611,8	4 319,9	4 570,1	5 080,4	3 886,8	4 584,8	4 752,1	4 850,5
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	127,5	148,4	129,7	145,5	133,0	117,5	132,2	141,8	145,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 398,7	4 357,2	4 014,4	4 240,7	4 750,9	3 616,0	4 270,0	4 429,9	4 517,0
davon										
* Rohstoffe	"	17,1	17,9	16,4	14,5	18,1	14,6	14,9	15,5	17,9
* Halbwaren	"	400,6	353,1	313,2	368,8	418,0	272,7	428,5	361,3	335,3
* Fertigwaren	"	3 981,0	3 986,2	3 684,8	3 857,4	4 314,8	3 328,6	3 826,6	4 053,1	4 163,8
davon										
* Vorerzeugnisse	"	663,2	652,4	647,3	673,5	732,3	498,5	653,6	651,5	656,3
* Enderzeugnisse	"	3 317,8	3 333,8	3 037,5	3 183,9	3 582,5	2 830,1	3 173,0	3 401,6	3 507,5
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	1 205,4	1 293,1	1 223,4	1 204,1	1 460,5	1 086,6	1 355,3	1 336,4	1 286,9
Maschinen	"	566,2	529,6	427,2	497,5	534,8	483,3	499,6	489,0	551,6
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	534,5	455,0	462,5	474,9	519,6	382,0	439,1	618,4	535,5
elektrotechnische Erzeugnisse	"	486,2	470,4	436,7	463,8	448,3	405,7	442,1	476,2	566,8
Eisen- und Metallwaren	"	319,0	303,4	290,4	309,5	308,4	223,2	266,4	279,9	296,5
davon nach										
* Europa	"	3 125,4	3 067,4	2 944,8	3 130,2	3 360,5	2 500,8	3 050,3	3 233,5	3 261,2
* darunter EU-Länder	"	2 673,7	2 575,6	2 537,3	2 624,3	2 846,9	2 116,9	2 573,6	2 780,4	2 791,7
* Afrika	"	91,7	90,7	82,8	93,0	128,5	96,9	96,6	99,3	94,5
* Amerika	"	611,7	649,3	586,4	591,8	749,8	572,5	632,1	681,2	656,6
* Asien	"	744,0	757,2	671,4	715,4	797,6	685,2	764,1	701,8	796,7
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	43,0	46,6	33,7	38,4	43,5	30,3	41,8	35,3	40,8
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	6 321,8	6 490,2	6 242,7	6 477,5	6 594,9	5 831,2	6 617,8	6 402,2	6 974,0
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	250,5	237,2	203,2	226,0	241,6	215,6	244,3	211,2	232,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	5 808,0	5 982,1	5 677,4	5 860,7	5 933,1	5 278,1	5 895,5	5 723,7	6 228,3
davon										
* Rohstoffe	"	143,3	230,0	145,3	155,6	128,0	426,8	470,8	383,7	490,7
* Halbwaren	"	791,1	730,0	832,0	889,8	696,1	520,2	668,3	768,2	634,4
* Fertigwaren	"	4 873,6	5 022,1	4 700,2	4 815,4	5 109,0	4 331,2	4 756,3	4 571,8	5 103,3
davon										
* Vorerzeugnisse	"	629,5	624,8	574,4	626,3	595,7	542,9	577,4	550,6	597,3
* Enderzeugnisse	"	4 244,1	4 397,2	4 125,8	4 189,0	4 513,3	3 788,3	4 178,9	4 021,2	4 506,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungss Stichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 8) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausführergebnissen nicht vertretbar. — 9) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Gesamt-Positionen enthalten.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ²⁾										
davon aus										
* Europa	Mill.Euro	4 007,2	4 096,4	3 926,2	4 285,7	4 256,1	3 851,5	4 304,9	4 346,5	4 397,0
* darunter EU-Länder	"	3 437,8	3 415,6	3 299,0	3 542,9	3 704,6	3 048,0	3 437,3	3 528,1	3 503,2
* Afrika	"	189,5	130,1	190,5	132,0	154,1	93,3	135,2	138,0	108,1
* Amerika	"	648,2	715,1	628,0	629,1	696,1	633,1	618,4	634,1	981,5
* Asien	"	1 438,8	1 508,0	1 464,6	1 420,5	1 465,1	1 212,8	1 515,4	1 266,1	1 454,9
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	38,1	40,7	33,4	10,2	23,6	40,6	43,9	17,6	32,4
Tourismus ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Gästeankünfte	1000	1 037	1 086	832	894	1 019	854	853	883	998
darunter										
* von Auslandsgästen	"	248	270	227	235	235	207	229	232	241
* Gästeübernachtungen	"	2 418	2 497	1 977	2 089	2 296	1 952	1 997	2 046	2 317
darunter										
* von Auslandsgästen	"	471	519	456	480	448	404	464	473	456
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	829	855	787	853	898	758	755	698	...
davon										
* Gütereingang	"	650	669	558	637	699	580	568	525	...
* Güterversand	"	180	186	229	216	198	178	187	173	...
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ⁴⁾	Anzahl	30 433	29 525	23 149	25 685	38 052	23 273	22 236	22 489	33 529
darunter										
* Personenkraftwagen ⁵⁾	"	27 009	26 317	20 526	23 090	33 315	21 311	20 264	20 220	29 267
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 913	1 736	1 729	1 650	1 960	1 307	1 343	1 240	1 765
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	986	976	463	601	2 195	163	307	704	2 027
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	419	392	316	271	512	346	231	240	370
S t r a ß e n v e r k e h r s u n f ä l l e										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁶⁾	"	2 569	2 485	2 289	1 985	2 268	2 341	1 904	1 956	2 086
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 872	1 801	1 519	1 313	1 678	1 485	1 175	1 206	1 342
* getötete Personen	"	22	23	18	18	19	24	14	8	21
* verletzte Personen	"	2 478	2 392	2 056	1 778	2 205	2 035	1 634	1 640	1 898
L i n i e n n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s u n t e r n e h m e n ⁷⁾										
Fahrgäste ⁸⁾	1000	136 380	136 321	.	.	413 215	418 099
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	91 904	93 175	.	.	284 342	288 311
Straßenbahnen	"	18 389	18 354	.	.	53 048	54 957
Omnibussen	"	26 510	25 265	.	.	77 342	76 212
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 648 899	2 671 866	.	.	7 941 733	8 298 730
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 401 498	2 426 984	.	.	7 190 589	7 527 190
Straßenbahnen	"	77 660	77 581	.	.	224 011	233 811
Omnibussen	"	169 742	167 301	.	.	527 133	537 729
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁷⁾										
Fahrgäste	1000	66	66	.	.	168	192
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	57 104	55 550	.	.	130 524	162 563

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Ingesamt-Positionen enthalten. — 3) Betriebe ab 9 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012: Betriebe ab 10 Betten; einschl. Campingplätzen (Touristik-Camping) ab 10 Stellplätzen. — 4) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 5) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 6) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel. — 7) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 8) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	171 086	168 240	.	.	509 229	497 280
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	126 420	123 438	.	.	373 500	366 142
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	24 928	24 055	.	.	74 334	72 187
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	101 491	99 383	.	.	299 166	293 955
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	187 443	189 021	.	.	565 762	576 741
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	946	845	827	972	854	753	781	722	...
davon										
* Unternehmen	"	140	129	114	156	143	113	153	110	...
* Verbraucher	"	591	511	513	585	514	469	492	428	...
* ehemals selbstständig Tätige	"	181	173	168	201	170	140	111	165	...
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	34	32	32	30	27	31	25	19	...
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	198 427	303 120	133 423	179 707	347 557	384 326	126 182	215 709	...
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 495	6 032	7 138	6 058	6 822	4 224	7 328	5 690	5 931
* Gewerbeabmeldungen	"	5 607	5 877	7 119	6 552	6 466	6 594	7 556	5 553	5 536
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010 = 100	109,7	111,8	110,4	111,3	111,5	113,1	104,2	104,9	105,2
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	116,0	120,2	118,0	119,4	119,5	122,6	109,3	109,2	109,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	115,0	118,4	116,5	117,4	118,2	119,0	105,6	106,0	105,4
Bekleidung, Schuhe	"	96,9	99,2	95,1	97,2	100,0	103,3	98,1	100,6	106,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	112,8	115,4	114,4	114,8	115,0	115,9	106,9	107,1	106,9
*Nettokalmmieten	"	107,6	109,2	108,5	108,5	108,6	109,8	103,6	103,6	103,6
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushalts- zubehör	"	102,8	103,1	102,5	102,6	102,8	102,8	99,8	99,6	100,1
Gesundheitspflege	"	107,5	109,6	109,2	109,4	109,4	109,8	98,2	98,4	99,0
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	117,9	120,9	119,2	120,3	121,6	119,9	106,4	107,7	106,4
Nachrichtenübermittlung	"	85,6	84,5	84,9	85,0	84,8	83,7	93,8	93,8	93,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	99,9	101,4	98,6	101,0	99,9	106,4	98,8	101,6	102,9
Bildungswesen	"	107,5	104,4	104,4	104,5	105,3	103,0	99,7	99,7	99,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	111,0	114,2	112,3	113,1	112,2	119,1	105,8	106,3	107,8
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	115,9	118,3	.	117,7	.	.	.	119,5	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 721,1	3 929,5	3 938,7	3 298,9	4 506,2	5 719,9	4 033,1	3 711,4	4 882,5
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 558,4	3 345,7	3 785,6	3 153,4	4 357,4	548,2	3 882,4	3 506,1	4 771,7
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 491,7	1 538,6	1 481,3	1 424,0	1 502,9	2 015,7	1 582,0	1 487,1	1 512,4
veranlagte Einkommensteuer	"	179,4	210,3	- 19,8	- 41,8	622,6	779,4	27,2	- 39,5	737,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	147,2	165,9	167,4	- 5,0	135,6	135,6	189,7	56,0	149,7
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	234,1	259,1	690,6	268,1	207,2	280,8	728,2	273,4	247,7
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	108,8	132,6	17,1	- 225,5	659,8	719,9	- 28,7	- 90,8	691,0
Umsatzsteuer	"	1 256,9	1 305,8	1 314,2	1 613,3	1 071,6	1 385,0	1 253,4	1 728,5	1 254,3
Einfuhrumsatzsteuer	"	140,2	144,6	134,7	120,2	157,8	165,8	130,6	91,4	179,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafer. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2012				2013		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾ noch: davon Bundessteuern Landessteuern darunter Erbchaftsteuer Grunderwerbsteuer sonstige Landessteuern Gewerbsteuerumlage	Mill. Euro									
		133,2	141,0	156,3	134,6	148,8	145,2	164,6	190,1	110,7
		33,6	29,2	28,3	21,8	29,1	26,4	26,5	54,0	38,5
		43,2	46,9	56,0	49,1	49,4	45,4	57,3	59,0	56,1
		56,4	64,9	71,9	63,6	70,3	73,5	80,7	77,1	16,2
		29,5	31,6	- 3,2	11,0	0,0	92,5	- 13,9	15,2	0,0

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2011			2012			2013
		Durchschnitt ²⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände davon Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) Gemeindeanteil an der Einkommensteuer andere Steuern ³⁾	Mill. Euro									
		1 827,5	2 016,8	1 848,8	2 378,8	1 226,1	2 212,2	2 020,1	2 608,7	1 284,2
		4,4	4,5	5,8	3,6	4,4	4,2	5,8	3,6	4,5
		188,3	153,0	218,7	170,9	183,0	189,8	239,3	178,0	191,1
		938,5	828,5	929,3	966,8	857,7	1 228,8	1 049,6	1 050,9	998,9
		589,1	658,0	583,4	1 044,9	158,7	681,9	612,6	1 178,8	69,6
		16,6	20,7	21,1	15,1	18,2	18,3	27,9	18,3	18,6

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2011	2012	2011		2012				2013
		Durchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich und zwar * männlich * weiblich * Leistungsgruppe 1 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 2 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 3 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 4 ⁷⁾ * Leistungsgruppe 5 ⁷⁾ * Produzierendes Gewerbe * Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden * Verarbeitendes Gewerbe * Energieversorgung * Wasserversorgung ⁸⁾ * Baugewerbe * Dienstleistungsbereich * Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz * Verkehr und Lagerei * Gastgewerbe * Information und Kommunikation * Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen * Grundstücks- und Wohnungswesen * Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen * Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen * Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung * Erziehung und Unterricht * Gesundheits- und Sozialwesen * Kunst, Unterhaltung und Erholung * Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro									
		4 161	4 200	3 697	3 720	3 662	3 722	3 745	3 788	...
		4 445	4 484	3 919	3 943	3 878	3 943	3 965	4 011	...
		3 513	3 560	3 188	3 210	3 178	3 223	3 247	3 289	...
		7 808	7 914	6 556	6 637	6 565	6 640	6 698	6 734	...
		4 847	4 983	4 319	4 336	4 356	4 401	4 450	4 497	...
		3 288	3 319	3 002	3 011	2 957	3 020	3 028	3 062	...
		2 603	2 643	2 419	2 428	2 380	2 450	2 459	2 478	...
		2 112	2 108	2 000	2 007	1 919	1 970	1 993	2 019	...
		4 020	4 143	3 584	3 584	3 570	3 679	3 703	3 737	...
		3 317	3 623	3 195	3 121	3 240	3 486	3 457	3 467	...
		4 159	4 297	3 666	3 673	3 689	3 777	3 806	3 835	...
		4 996	4 870	4 421	4 418	4 207	4 326	4 269	4 302	...
		3 518	3 451	3 252	3 265	3 086	3 169	3 151	3 198	...
		3 076	3 325	2 968	2 921	2 910	3 132	3 170	3 198	...
		4 233	4 225	3 754	3 790	3 703	3 741	3 764	3 811	...
		3 810	3 832	3 396	3 425	3 399	3 423	3 401	3 424	...
		3 908	3 860	3 555	3 591	3 407	3 550	3 518	3 536	...
		2 451	2 411	2 249	2 308	2 252	2 261	2 246	2 300	...
		5 383	5 696	4 715	4 711	4 760	4 812	4 786	4 839	...
		6 900	6 884	5 407	5 534	5 355	5 350	5 450	5 520	...
		4 719	5 214	4 092	4 090	4 322	4 368	4 395	4 429	...
		5 813	5 156	4 851	4 890	4 491	4 515	4 518	4 596	...
		2 677	2 630	2 504	2 535	2 394	2 446	2 460	2 522	...
		3 411	3 486	3 263	3 271	3 292	3 304	3 353	3 390	...
		4 145	4 151	4 048	4 063	4 038	4 036	4 049	4 110	...
		3 520	3 577	3 302	3 323	3 281	3 345	3 375	3 418	...
		4 688	3 992	3 988	4 263	3 615	3 741	3 853	3 635	...
		3 637	3 927	3 353	3 349	3 525	3 572	3 631	3 732	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
 1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit der Daten mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Statistisches Jahrbuch Hessen in zwei Bänden



STATISTIK HESSEN

Benötigen Sie

- Strukturdaten über das Land Hessen aus den verschiedensten Fachstatistiken?
- optisch gut aufbereitete Daten in Form von Tabellen, Schaubildern und Texten?
- eine PC-gestützte Weiterverarbeitungsmöglichkeit der Daten?

Dann greifen Sie zum Statistischen Jahrbuch Hessen. Es besteht aus zwei Einzelbänden (s. u.), die zu unterschiedlichen Terminen zweijährlich erscheinen.

Jeder Band liefert umfangreiches Datenmaterial zum Thema, aufbereitet in optisch ansprechenden und übersichtlichen Tabellen. Das Datenmaterial wird durch zahlreiche Schaubilder, kurze textliche Zusammenfassungen sowie durch methodische Vorbemerkungen mit Begriffserklärungen erschlossen. In jedem Band befindet sich außerdem ein Kapitel mit Vergleichsdaten über die Länder der BRD.

Jeder Band enthält eine CD-ROM mit einer PDF-Datei des kompletten Inhaltes sowie zusätzlich sämtliche Tabellen im Excel-Format. Der Bezugspreis beinhaltet außerdem eine **Update-CD-ROM**, die im Folgejahr des Erscheinens geliefert wird.

Band 1: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt

Themenbereiche: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit, Unternehmen und Insolvenzen, Preise, Verdienste, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen, Tourismus, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Band 2: Bevölkerung, Bildung, Soziales und öffentliche Finanzen

Themenbereiche: Gebiet und Fläche, Bevölkerung, Haushalte, Bevölkerungsbewegung, Religionen, Versorgung und Verbrauch, Wohnungswesen, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Wahlen, Bildung und Kultur, Sozialleistungen, Finanzen der öffentlichen Haushalte, Personal des öffentlichen Dienstes, Steuern, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Die Bände sind auch als reine CD-ROM-Version lieferbar.

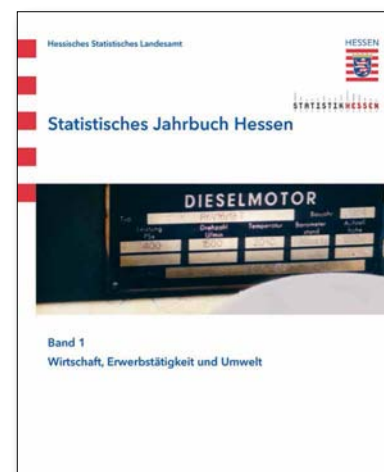
Die Bände können einzeln bezogen werden.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Jeder Band mit festem Einband
Format: 27,3 x 21,5 cm
Umfang:
Band 1: ca. 296 Seiten
Band 2: ca. 460 Seiten



W_181

Autoritäre Wirtschaftsstrategien

Die Legende vom kasachstanischen Schneeleoparden. Von Anja Franke-Schwenk, 374 Seiten, kartoniert, 49,95 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2012.

Im vorliegenden Band analysiert die Autorin die Herrschaftsstrategien der kasachstanischen Präsidentschaft im Zeitraum von 1991 bis 2011 vor dem besonderen Hintergrund des Ressourcenreichtums. Dabei arbeitet sie 4 Strategien heraus: Strategie der Freundschafts- und Familienbande, Kooptationsstrategie, Repressionsstrategie sowie Pazifizierungsstrategie. Die Analyse der rentierstaatlichen Herrschaftsstrategien erfolgt im Kontext einer ausführlichen Studie über die kasachstanische politische und wirtschaftliche Elite und deren neopatrimonialen Verflechtungen. Hierbei reflektiert die Autorin die klassischen Erklärungskonzepte neopatrimonialer Herrschaft kritisch und bietet Alternativen an.

7500

Der Sozialstaat

Fundamente und Reformdiskurse. Herausgegeben von Michael Spieker, 305 Seiten, kartoniert, 49,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012.

Der Sozialstaat dient der Freiheit, die ohne Gerechtigkeit nicht realisierbar ist. Wie der Staat als solcher ist er ein konkretes Allgemeines. Er ist weder das Ergebnis von Sonderinteressen noch von zentralistischer Normierung. Wird das Allgemeine nur noch als abstrakt vorgestellt, fehlt dem Sozialstaat seine Basis. Das gilt umso mehr, wenn sich das Verständnis tragender Begriffe verändert; wenn es beispielsweise als sozial gilt, für sich selbst zu sorgen und als unsozial, Solidarität in Anspruch zu nehmen, oder wenn der Markt nicht mehr nur als effizient, sondern darüber hinaus auch als gerecht angesehen wird. Angesichts neuer Herausforderungen, etwa durch veränderte Familienstrukturen und Arbeitswelten, ist es unerlässlich, sich stets von Neuem die Begründung der Sozialstaatlichkeit zu vergegenwärtigen. Daher beleuchtet der Band aus philosophischer, soziologischer, ökonomischer, juristischer und politikwissenschaftlicher Perspektive Begründungen und Herausforderungen des Sozialstaats. Die mittlerweile veränderte Sozialstaatsarchitektur und ihre Auswirkungen werden im zweiten Teil des Bandes betrachtet. Dabei geht es auch kontrovers zu, z. B. bei der Einschätzung der Bedeutung der demografischen Entwicklung.

7511

Macht und Herrschaft

Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen. Herausgegeben von Peter Imbusch, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VII, 472 Seiten, kartoniert, 24,95 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2013.

Die Auseinandersetzung mit Macht und Herrschaft in den Sozialwissenschaften ist vielfältig gewesen. Diese reichte von unterschiedlichen theoretischen Zugängen über die Bildung heterogener Begriffe bis hin zu empirischen Untersuchungen konkreter Machtgebilde und Herrschaftszusammenhänge. In dem vorliegenden Buch werden die wichtigsten Theorien und Themenfelder aus der Soziologie und der Politikwissenschaft vorgestellt, um die Vieldeutigkeit der Befunde und Konzeptionen zu Macht und Herrschaft zu verdeutlichen. Die einzelnen Beiträge arbeiten jeweils heraus, welche inhaltliche Füllung die-

se Phänomene erfahren haben, wie sie begrifflich differenziert wurden und wo die Besonderheiten und Innovationen des jeweiligen Ansatzes zu sehen sind. Dabei scheint in historischer Perspektive nicht nur eine Entwicklungsrichtung des Denkens über Macht und Herrschaft durch, sondern es werden auch Traditionslinien, Bezüge und mögliche Verknüpfungen deutlich, die Orientierung im Dickicht eines höchst kontroversen Wissenschaftsfeldes bieten.

7499

Organisationstheorie

Problemstellung – Modelle – Entwicklung. Reihe: Soziologische Theorie, von Bernhard Miesbach, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, 255 Seiten, kartoniert, 19,95 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2012.

Die Einführung in die Organisationstheorie gibt einen Überblick über die zentralen Themen der Organisationsforschung: Motivation und Karriere, Unternehmenskultur, Macht, Strukturen, Prozesse, Institutionelle Einbettung, Gestaltung von Veränderungen, evolutionärer Wandel und der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie. Zu diesen Themen werden die wichtigsten organisationstheoretischen Modelle dargestellt und auf Beispiele aus der Organisationspraxis angewendet. Für Studenten bietet dieses Lehrbuch einen Einblick in den Stand der Organisationsforschung mit einer ausführlichen Literaturliste. Organisationspraktiker werden über die wissenschaftlichen Erklärungsmodelle in Theorie und Praxis der Organisationsforschung informiert.

7492

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Buchführung und Bilanzierung von A–Z

Buchungsfälle und Bilanzierungstipps für Betriebe. Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Heft 2/2013 rd. 1202 Seiten, in Plastikordner); Erscheinungsfolge der Ergänzungslieferungen: jährlich 4 bis 6 Lieferungen; Rudolf-Haufe-Verlag, Freiburg 2013.

6135

TV-L Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst der Länder

Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst. Bearbeitet von Alfred Breier und Dr. Annette Dassau, Loseblattausgabe, 45. Aktualisierung, Gesamtwerk (einschl. Textausgabe Aushangpflichtige Arbeitsgesetze im öffentl. Dienst; 10. Aufl. vom April 2013, in 2 Ordnern); Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, München 2013.

6204

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG

Kommentar. Von Dr. Torsten von Roetteken, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt am Main, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 45. Erg.-Lfg. vom Mai 2013, 2444 Seiten in 2 Ordnern) 125,00 Euro; Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm, Heidelberg 2013.

6749

Kontenrahmen (KR)

für die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und für die Träger der sozialen Pflegeversicherung und den Ausgleichsfonds. Mit Erläuterungen und Buchführungsanweisungen für die Praxis und einem Anhang mit den Vorschriften über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung. Von Bernhard Knoblich, 5. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 2. Erg.-Lfg.; 1481 Seiten in Spezialordner) 89,00 Euro; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 2013.

4334

Rassismus wider Willen

Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit. Von Anja Weiß, 2. Auflage, 340 Seiten, kartoniert, 39,95 Euro, Springer VS, Wiesbaden 2013.

Rassismus äußert sich nicht nur in Vorurteilen oder Diskursen. Auch Alltagspraktiken und Institutionen werden durch Rassismus strukturiert. In Anlehnung an die Bourdieu'schen Theorien des sozialen Raumes und der symbolischen Gewalt entwickelt die Autorin ein Modell des Rassismus als symbolisch vermittelte Dimension sozialer Ungleichheit. Die Auswertung von Gruppendiskussionen und Rollenspielen mit antirassistisch engagierten Realgruppen zeigt, wie diese offene Rassismen kompetent vermeiden und wo trotz ihrer Bemühungen rassistische Effekte auftreten. Interkulturelle Konfliktstrukturen werden als Ausdruck struktureller Machtasymmetrie verständlich. Die antirassistische Mobilisierung von weißen Deutschen kann in der klassenspezifischen Distinktion der gebildeten Mittelschicht verortet werden. Aus dem Inhalt: Vorwort zur Neuauflage – Was ist Rassismus? – Die interaktive Reproduktion von Rassismus – Antirassistische symbolische Kämpfe und ihre kurzfristigen Effekte – Rassistische Effekte trotz antirassistischer Selbstkontrolle? – Die Reproduktion von Rassismus im Kontext machtsymmetrischer interkultureller Konflikte – (Anti-) Rassismus im Kontext habitueller Übereinstimmung und Distinktion. 7501

Demokratie und Wirtschaft

Eine interdisziplinäre Herausforderung. Herausgegeben von Boris Gehlen und Frank Schorkopf, XII, 191 Seiten, kartoniert, 54,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen 2013.

Die Spannung zwischen ökonomisch-modellhaften Idealordnungen und politisch Machbarem steht nicht nur im Mittelpunkt aktueller wirtschaftspolitischer Diskussionen, sondern sie bestimmt das Verhältnis von Wirtschaft und Staat seit jeher. Wirtschaft, Demokratie, Partizipation, Legitimation, Expertise und Pluralität befanden und befinden sich untereinander in einem beweglichen Beziehungsgeflecht. Es muss immer wieder neu feinjustiert werden und der wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Dynamik Rechnung tragen. Die Autoren des vorliegenden Bandes nehmen sich diesem Beziehungsgeflecht beispielhaft mit unterschiedlichen – historischen, juristischen, verwaltungspolitischen und ökonomischen – Standpunkten an. Die Beiträge zeigen Konzeptionen auf, legen Legitimationsmaßstäbe dar und nehmen Grenzen in den Blick, die sich aus dem Zusammenspiel von Demokratie und Wirtschaft ergeben können oder müssen. Der Band gliedert sich in folgende Hauptkapitel: Responsivität der Demokratie vs. Stabile Wettbewerbsverhältnisse / Europäisierung der Infrastruktur – Europäisierung des Rechts / Historische Perspektiven auf Demokratie und Wirtschaft / Regulierung und wirtschaftliche Freiheit. 7513

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM MAI 2013

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte und sonstige Veröffentlichungen – kostenfreie Download-Dateien

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. September 2012 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 3/12); (K)¹⁾

Erhebung über den Anbau von Strauchbeeren 2012; (C I 9 mit C II - j/12)¹⁾

Schlachtungen in Hessen im 1. Vierteljahr 2013

(Vorläufiges Ergebnis); (C III 2 - vj 1/13); (K)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im Januar 2013 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 01/13); (K)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im Februar 2013 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 02/13); (K)¹⁾

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen im März 2013 (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten); (E I 1 - m 03/13); (K)¹⁾

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im März 2013; (E II 1 - m 03/13); (K)¹⁾

Energieversorgung in Hessen im Dezember 2012; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 12/12)¹⁾

Baugenehmigungen in Hessen im März 2013; (F II 1 - m 03/13); (K)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Februar 2013; (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 02/13)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Februar 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 02/13)¹⁾

Die Ausfuhr Hessens im Februar 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 02/13)¹⁾

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Februar 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - 02/13)¹⁾

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im März 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 03/13)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Oktober 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 10/12)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im November 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 11/12)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Dezember 2012 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 12/12)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Januar 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 01/13)¹⁾

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Februar 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 02/13)¹⁾

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im März 2013 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 03/13); (K)¹⁾

Die schwerbehinderten Menschen in Hessen Ende 2012; (K III 1 - j/12 - Teil I); (K)¹⁾

Die Pflegeeinrichtungen in Hessen am 15. Dezember 2011; (K VIII 1 - 2j/011)¹⁾

Verbraucherpreisindex in Hessen im April 2013; (M 1 2 - m - 04/13)¹⁾

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Hessen im Jahr 2012; (M I 7 - j/12); (K)¹⁾

Schlüsselverzeichnis der Verwaltungsbezirke und Gemeinden in Hessen (Gebietsstand 1.1.1981); (Verz-2); Excel-Datei

Verzeichnisse

Anschriftenverzeichnis der Regierungspräsidien, Landkreise, Städte und Gemeinden in Hessen; (A Verz-3) 10,20 Euro

E-Mail-Versand (Excel-Format) 21,00 Euro
1) PDF-Datei mit Excel-Anhang.